

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkautet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Bülow-Pobbielskische Wirtschafts-Aera.

I. Die Tendenz der neuen offiziellen Handelspolitik.

Mit dem heutigen Tage treten der in der Adventsnacht des 13. Dezember 1902 durchgepeitschte neue Zolltarif und die auf seiner Basis abgeschlossenen neuen Handelsverträge in Kraft. Das Caprivische Interregnum ist zu Ende. Die neue Bülow-Pobbielskische Wirtschaftsära beginnt, mit Hallo begrüßt von den Agrarkonservativen und einem Teil der syndizierten Großindustrie. Besonders sieht, wie die Reden auf den Paraderantalkungen der letzten Berliner agrarischen Woche bewiesen haben, der ostelbische Grundbesitz eine neue schönere Zeit der hohen Profite und steigenden Grundrente heraufziehen, und die Kollektenden um Kanitz, Arnim und Schwerin-Bülow haben ein Recht darauf zu frohlocken, denn der neue General- und Vertragstarif bedeuten einen vollen Erfolg der seit zwölf Jahren mit Hochdruck betriebenen landbündlerischen Agitation. Nicht nur um eine etwas größere Berücksichtigung der Landwirtschaftsinteressen handelt es sich, wie national-liberal-schutzöllnerische Blätter in naiver Selbsttäuschung über das Mißergebnis ihrer Zollpolitik behaupten, sondern um eine völlige Umschwenkung der Handelspolitik — um die Rückkehr zu den Grundsätzen der Bismarck'schen Wirtschaftsära.

Beide, die Bismarck'sche und die Caprivische Handelspolitik, suchten auf ganz verschiedenen wirtschaftspolitischen Grundanschauungen. Das hehre vaterländische Ziel, das Bismarck sich mit seiner Wirtschaftspolitik stellte, war die Erhaltung der wirtschaftlichen und damit zugleich der politischen Machtstellung des ostelbischen Junkertums im neuen Deutschen Reich preussischer Nation. Die industrielle Entwicklung ließ sich nach seiner Ansicht zwar nicht ganz aufhalten, wohl aber verlangsamten und in ein solches handelspolitisches Gleise drängen, daß sie dem ganz- und halbfeudalen Grundbesitz nicht über den Kopf wuchs. Bismarck's Bestreben war deshalb, zwischen dem Schlot- und Straußjunker eine gewisse zollpolitische Profitkoalition herzustellen und zu erhalten: eine gegenseitige Interessengarantie. Deshalb förderte er, als sich gegen Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts die rheinisch-westfälischen Großindustriellen mit den Junkern zu einer Zollphalanx zusammenschanden, diese Koalition nach Kräften und gründete auf sie seine „vaterländische“ Wirtschaftspolitik — zu dem ausgesprochenen Zweck, so weit als möglich die wirtschaftliche Grundlage zu stärken, auf der neben seinem Einfluß im höheren Beamtentum und im Offizierkorps des ostelbischen Junkertums Machtstellung in Preußen beruht. Zwar erhielten durch den Zolltarif von 1879 auch verschiedene Industriezweige, namentlich die Eisen- und Textilindustrie, einen profitablen Zollschutz eingeräumt, aber keineswegs bezweckte Bismarck damit eine Förderung des Industrialismus. Zur Durchsetzung der agrarischen Zollforderungen konnte die Mitwirkung der schutzöllnerischen industriellen Kreise nicht entbehrt werden, und diese Mitwirkung war ohne gewisse Zugeständnisse an den Zentralverband deutscher Industrieller und seine Klientel nicht zu haben. Nachdem aber die schutzöllnerische Interessenskoalition gesichert erschien, suchte Bismarck deren agrarischen Flügel auf jede Weise zu stärken, und bekanntlich setzte dieser denn auch in den Jahren 1884 und 1886 weitere beträchtliche Erhöhungen verschiedener Zölle auf landwirtschaftliche Produkte durch, während der großindustrielle Flügel mit relativ geringen Konzessionen abgefunden wurde.

Allerdings bestimmten Bismarck zu seiner Wirtschaftspolitik noch verschiedene andere Motive: z. B. die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches, die Herabsetzung der Matrikularbeiträge und damit die Verminderung des Einflusses der nichtpreussischen Bundesstaaten auf den Reichshaushalt, die Veranschaffung neuer Mittel für die damals geplante Heeresvermehrung nach dem bevorstehenden Ablauf des Septennats; das erste und oberste Leitmotiv war jedoch die Stärkung des feudalen Elements im Staatsleben.

Ganz andere Grundsätze leiteten die Caprivische Handelspolitik. Sie verfolgte den Zweck, der deutschen Industrie zu einem erweiterten ausländischen Absatzgebiet zu verhelfen. Indem sie von dem Gesichtspunkt ausging, daß Deutschlands landwirtschaftliche Produktion dessen schnellwachsende Bevölkerung immer weniger zu ernähren vermöge, gelangte sie zu dem Ergebnis, daß, wenn das Deutsche Reich nicht dazu gezwungen werden sollte, in steigendem Maße Menschen zu exportieren, seine industrielle Entwicklung, seine Industriewarenausfuhr gefördert werden müsse. Eine rasche Ausdehnung des deutschen Warenabfahes nach dem Auslande lasse sich aber nur dann erreichen, wenn die Agrarstaaten, nach denen Deutschland vornehmlich seine Waren sende, ihre Zölle für die deutschen Exportartikel ermäßigten, und da diese Länder nur dann zu solchen Zollreduktionen bereit seien, wenn ihnen dafür als Gegenkonzession eine Reduktion derjenigen Zölle zugestanden werde, die das Deutsche Reich von den in das deutsche Zollgebiet eingeführten landwirtschaftlichen Produkten erhebe, so müsse das Bestreben einer dem wirtschaftlichen Entwicklungsstadium Deutschlands anovachten Handels-

politik darauf gerichtet sein, fremde Zollherabsetzungen auf deutsche industrielle Ausfuhrartikel gegen Ermäßigungen der bisherigen deutschen Einfuhrzölle auf ausländische landwirtschaftliche Produkte einzutauschen. Dieses Prinzip weisen denn auch die im Jahre 1891 mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien, Serbien abgeschlossenen neuen Handelsverträge auf, zu denen 1894 noch ein gleichartiger Vertrag mit Rußland hinzukam. Alle genannten Staaten räumten Deutschland Ermäßigungen ihrer Zölle auf dessen Ausfuhrartikel, vornehmlich auf die Erzeugnisse der deutschen Eisen-, Elektrizitäts-, Maschinen-, Leder-, Papier-, Textil- und chemischen Industrie ein; dafür setzte Deutschland seine Zölle auf die von diesen Ländern in Deutschland eingeführten Agrarprodukte herab. So wurden z. B. die deutschen Zölle für fremden Weizen und Roggen, die 1886 auf 5 M. pro Doppelzentner erhöht worden waren, auf 3,50 M. herabgesetzt, der Haferzoll von 4 M. auf 2,80 M., der Gerstenzoll von 2,25 auf 2 M., der Maiszoll von 2 auf 1,60 M., der Hopfenzoll von 20 auf 14 M. Auch die Vieh- und Holzölle erfuhren teilweise beträchtliche Herabsetzungen. Und um die Staaten, mit denen solche Verträge abgeschlossen wurden, daran zu hindern, später nach Belieben ihre Zölle wieder zu erhöhen, wurde eine „Bindung“ der Vertragstarife bis zum Ablauf des Jahres 1903 vereinbart, d. h. sämtliche Vertragsstaaten verzichteten auf das Recht, bis zu diesem Termin ihre Tarife gegenüber dem anderen vertragsschließenden Teil zu erhöhen. Es wurde also das System der bloßen Meistbegünstigung fallen gelassen, das den vertragsschließenden Teilen nur das Recht sichert, nicht ungünstiger gestellt zu werden als andere Staaten, das aber jedem der Vertragsstaaten freistellt, nach eigenem Belieben seinen Zolltarif zu ändern. Allerdings enthielten auch die Caprivischen Tarifverträge die Meistbegünstigungsklausel, aber nur als Ergänzung der „Bindung“. Die Klausel hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung, daß, wenn einer von zwei Vertragsstaaten nachträglich einem dritten Staate noch spezielle größere Zollkonzessionen macht, auch der andere Staat ohne weiteres ein Recht auf solche Vergünstigungen erhält.

Die neue Bülow-Pobbielskische Handelspolitik, die uns die heute in Kraft tretenden Handelsverträge besichert hat, bricht mit den Caprivischen Ueberlieferungen und kehrt zu den Prinzipien der Bismarck'schen Wirtschaftsära zurück. Das System der Tarifverträge ist beibehalten, das Motiv aber ein ganz anderes als das der Caprivischen Verträge. Bezwecken die Caprivischen Vertragsabschlüsse die Eröffnung eines sicheren Absatzgebietes für die deutschen Exportindustrien im Auslande und Herabsetzung der Lebensmittelpreise, so verfolgen umgekehrt die jetzt in Wirkung tretenden Bülow-Pobbielskischen Handelsverträge das Ziel, der deutschen Landwirtschaft möglichst den einheimischen deutschen Markt zu sichern auf Kosten der deutschen exportierenden Industriebranchen und der in diesen beschäftigten Arbeiter. Sie bedeutet eine Bevorzugung der Interessen des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes vor den Interessen der auf die Ausfuhr ihrer Fabrikate angewiesenen Industriezweige, eine Stärkung des Junkertums gegenüber der Industrie und ihrer revolutionären Arbeiter-schaft. Und unter diesem Gesichtswinkel werden sie auch von der deutschen Regierung betrachtet. Sie sieht in den neuen Verträgen ein Mittel, der ihr allzu schnell fortschreitenden Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat, mit der zugleich eine stetige Vermehrung der industriellen Arbeiterarmee verbunden ist, zu hemmen und den Einfluß der konservativ-feudalen Elemente auf das politische Leben und den Staatsmechanismus zu stärken. Das gelang am letzten Tage der Verhandlung des Reichstages über die neuen Verträge, am 22. Februar vorigen Jahres, der Graf Pobadowsky offen ein, indem er zur Begründung der von der Regierung eingebrachten Vorlagen ausführte:

„Meine Herren, wir haben in Deutschland das radikalste Wahlrecht der Welt — darüber kann gar kein Zweifel sein. Ich habe eine Zusammenstellung machen lassen über alle Wahlrechte der Welt und ich habe hierbei festgestellt, daß Deutschland das unbeschränkteste und radikalste Wahlrecht besitzt, das überhaupt in der Welt besteht... Und ich stelle ferner fest, daß in keinem Volke der Welt eine solche lebhafteste Reizung zur aufsteigenden Klassenbewegung vorhanden ist, eine solche starke Reizung, seine äußere Lage zu verbessern, in höhere soziale Schichten emporzusteigen, wie in Deutschland. In diesen beiden Momenten, in dieser gesellschaftlichen Tatsache und in dieser psychologischen Charakterseite des deutschen Volkes, verbunden mit unserer schnellen Volksvermehrung, liegen gewisse wichtige Elemente des wirtschaftlichen und politischen Fortschrittes unseres Volkes, und ich glaube, daß ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Aufschwunges auch auf der fortschreitenden Bildung der Massen in Deutschland beruht. Aber, meine Herren, dadurch ist auch in unser ganzes politisches und öffentliches Leben eine nervöse Hast gekommen, ein Drängen und Treiben, das große politische und physische Gefahren in sich schließt. Die politische Maschine, die amtliche Maschine — und ich glaube, ich kann da aus Erfahrung und mit einem gewissen Maß von Autorität sprechen — arbeitet in Deutschland mit einer Hast, mit einer Nervosität, die unter Umständen fast bis zur Selbstvernichtung gehen könnte — bis zur Aufreibung... Gegenüber diese m-

raslosen Gang unserer politischen Maschine bedarf jeder Staat eines politischen Gegengewichts, und ich glaube, meine Herren, Sie auf der äußersten Linken auch. Wenn dieses politische Gegengewicht nicht befände, würde unsere politische Maschine einen Gang annehmen von einer Schweißigkeit, daß selbst Ihnen dabei schließlich vielleicht der Atem ausginge.

Deshalb bedürfen wir in Deutschland unter allen Umständen eines politischen Gegengewichts, und dieses politische Gegengewicht sehen wir in der deutschen Landwirtschaft, die der feste Anker unseres Staatschiffes ist.“

Als politisches „Gegengewicht“ gegen die revolutionären Tendenzen der Arbeiter-schaft, als Mittel zur Mäßigung des Tempos der Staatsmaschine sollen also die neuen Handelsverträge dienen. Die Regierung zeigt sich in dieser Hinsicht sogar von ihrem Standpunkte aus weislicher als einzelne sozialistische Schutzöllner, welche die handelspolitischen Fragen fast ausschließlich vom rein wirtschaftlichen Standpunkt betrachten und ihre Entscheidung für oder gegen eine Zollforderung lediglich danach bemessen, ob der Zoll die fremde Einfuhr zurückdrängen und der einheimischen Produktion ein größeres inländisches Absatzgebiet zu sichern vermag. Tatsächlich handelt es sich bei dem Zollkampf, wie er sich geschichtlich in Deutschland entwickelt hat, um ein Stück Klassenkampf. Das Eintreten für die Schutzöllner bedeutet unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland nichts anderes als die Konservierung der Machtstellung des deutschen Junkertums und seines retardierenden Einflusses auf die gesamte politische Entwicklung, nicht zum wenigsten auf die sozialpolitische Gesetzgebung.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 28. Februar. Auf der Station Gatschina wurde gestern abend der Betriebschef der Warschauer Bahn Anstolow von mehreren Personen überfallen und schwer verwundet. Die Täter, welche flüchteten, erschossen einen Schutzmann und verwundeten einen zweiten. Es scheint sich um einen Mordakt von Arbeitern zu handeln, die wegen des Ausstandes entlassen worden waren.

Petersburg, 28. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Unter dem Vorbehalt des Kaisers fand gestern in Jaroslavl eine Beratung statt, an der außer dem Ministerrat die Vorsitzenden der Departements des Reichsrats, sowie einige Mitglieder derselben teilnahmen. Die Sitzung dauerte fünf Stunden, doch wurden die auf der Tagesordnung stehenden Fragen, Reorganisation des Reichsrats und Änderungen der Gesetze betreffend die Reichsduma entsprechend dem Manifest vom 30. Oktober vorigen Jahres und entsprechend der bekannten Denkschrift des Grafen Witte, nicht erledigt. Der Kaiser verließ die Fortsetzung der Beratung auf einen der nächsten Tage. Es steht zu erwarten, daß innerhalb der nächsten zehn Tage über diesen Gegenstand ein kaiserliches Manifest erscheint und die Veröffentlichung eines Gesetzes über die Reorganisation des Reichsrats und über die Änderungen des Gesetzes über die Reichsduma erfolgt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Lieb Vaterland — magst ruhig sein...

In allen Tonarten wird bei jeder Sedanfeier oder sonstigem patriotischen Alimbum der Mut, die Treue und vaterlandsfreudige Opferbereitschaft der Teilnehmer an den „siegreichen“ Kriegen von 1870/71 usw. geschrieben. Aber seit 35 Jahren mußte das „dankbare Vaterland“ erinnert werden, seine Pflicht den Opfern des Krieges, den Witwen und Waisen und den Veteranen gegenüber zu erfüllen, denn die „Dankbarkeit des Vaterlandes“ hat sich oft in der schäbigsten Weise, mühsamer — wie an manchem im Reichstage vorgeführten Falle erwiesen wurde — in größlicher Pflichtverletzung bewährt. Alle Parteien traten darum seit Jahren für die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer ein.

In dem heutigen Säweringstage lag wiederum eine an das Reich gerichtete Mahnung, die almosenhafte Unterstützung der Veteranen zu erhöhen, in Form eines Antrages der Abgeordneten Nihler und Sufnagel vor, der von Nihler begründet wurde. Auf diese Mahnung antwortete der Schatzsekretär Frhr. v. Stengel mehr gereizt als bereitwillig, es hätte dem Antrages nicht bedurft, die Regierung habe durch ihren dem Reichstag vorgelegten Nachtragsetat ihre Fürsorge für die Veteranen dokumentiert. Dann aber argumentierte der Schatzsekretär gegen den Antrag mit der mangelhaften Finanzlage des Reiches, um die höhere Ausgabe für die Veteranen abzuwenden.

Bei dem für die Regierung besorgten Zentrum findet die Finanzlage des Herrn v. Stengel beweglichen Widerhall, darum fürdiete der Abgeordnete Fischer bei aller Versicherung des Wohlwollens seiner Partei für die Veteranen, daß der Antrag schwer ausführbar sei. Diese sonderbare Art des Wohlwollens charakterisierte unser Genosse Wod in einer trefflichen, das „dankbare Vaterland“ und die bürgerlichen Parteien beschämenden Rede, in der die Mittelvergeudung für eine wahnwitzige Weltmachts- und Kolonialpolitik, sowie die falschen Wohltätigkeitsakte und die Knauerei der

Vourgeoisie, für deren Güter die Veteranen ihr Leben in die Schanze schlugen, gegenüber der erbarmungswürdigen Lage vieler Veteranen drohlich illustriert und das Reich scharf an seine Pflicht gemahnt wurde.

Das rief eine gefühlte Entrüstung bei den pomadiferten Patrioten à la Graf Oriola hervor, der zwar sein „warmes Herz“ für die Veteranen schon längst entdeckt hat, aber trotzdem nicht umhin konnte, der Regierung seinen tiefgefühltesten Dank für ihre Fürsorge abzustatten, die doch den ungemein bescheidenen, richtiger unzureichenden Antrag Nihil für überflüssig erklären ließ. Dieser Umstand allein kennzeichnet das Wohlwollen gewisser Redegeden für die Veteranen, unter denen auch der unvermeidliche „Germane“ Arnoldi nicht fehlte.

Es wurmte sie alle, diese kriegsbegeisterten Redehelden, daß sich die Sozialdemokratie der vernachlässigten Kämpfer für des Deutschen Reiches Größe und Herrlichkeit annimmt und damit den Redepatriotismus ins rechte Licht stellt, der schmächtig ebenso pflichtvergessen im Parlament ist, wie in Reihen der Gefahr, sonst müßte er längst Beihilfen an die Veteranen durchgesetzt haben, wie Voß und dann noch Zubeil sie forderten.

Selbst der Präsident ironisierte — freilich ungewollt — das Wohlwollen der bürgerlichen Veteranenprotektoren. Denn gegenüber dem Wunsche, den Nachtragsetat baldigst auf die Tagesordnung zu stellen, erklärte er, daß dies geschehen werde, wenn das Haus dies auf einen Antrag aus seiner Mitte beschleße. Eine Wirkung rief das bei den veteranenbegeisterten Patrioten nicht hervor. Liebermann v. Sonnenberg, der als patientierter Kurrapatriot mit der Beschuldigung des Vaterlandsverrates seiner Wut gegen die Sozialdemokratie Ausdruck gab, holte sich dafür eine kurze, aber gepfeiferte Abfertigung seitens Webers, die den Maulhelden verstummen ließ.

Dann verließ das Haus nach Erledigung des Antrages in erster Lesung diesen an die Budgetkommission.

Morgen: Justizetat. —

Preussisches Volksschulwesen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit der Beratung des wichtigen Kultusetatkapitels: „Elementar-Unterrichtswesen“. Da von vornherein alle prinzipiellen Fragen, die bei der Beratung des Schulunterhaltungsgesetzes zur Erledigung kommen, aus der Debatte ausgeschieden waren, mußte die Erörterung naturgemäß an der Oberfläche haften. Insbesondere drehte sich die Debatte um den Lehrermangel.

Es ist bekannt, daß es in ganz Preußen, namentlich aber im Osten, an der genügenden Anzahl von Lehrkräften für die Volksschule fehlt. Schuld daran ist teilweise die gänzlich unzureichende Besoldung der Lehrer. Das sieht allmählich auch die Regierung ein; auch sie hält eine Reform des Lehrerbefoldungsgesetzes für nötig, nur will sie damit warten, bis die Schulunterhaltung geregelt, d. h. bis das Verfassungsgesetz unter Dach und Fach gebracht ist. Inzwischen begnügt sie sich damit, zur Verringerung der schlimmsten Härten und Ungleichheiten im Osten einige Millionen in den Etat einzustellen, eine Summe, die selbst nach Ansicht freikonservativer Kreise nicht ausreicht. Aus diesem Grunde hat Abg. Frhr. v. Jedlich (H.) die Einstellung weiterer zwei Millionen beantragt, und Abgeordneter Keruth (fr. Vp.) stellte einen gleichlautenden Antrag mit dem Hinzufügen, daß die Beihilfen nicht nur an leistungsschwache Schulverbände im Osten, sondern auch in anderen Landesteilen behufs Erhöhung des Mindestgehalts sowie des Mindestbetrages der Dienstalterszulagen der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen gewährt werden sollen. Ein weiterer Antrag des Frhrn. v. Jedlich ging dahin, die Alterszulagen für Seminardirektoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Seminaren und Präparandenanstalten pensionsfähig zu machen, eventuell, wenn das in diesem Jahre nicht mehr angängig sein sollte, dies im nächsten Etat zu tun.

In der Debatte überboten sich alle Redner förmlich in Lehrerfreundlichkeit. Trotzdem will die Mehrheit von positiven Maßnahmen nichts wissen. Die Konservativen bekämpfen in trauriger Harmonie mit der Regierung die Anträge mit dem bekannten sadescheinigen Grund, daß — wenn die Lehrer ausgebessert würden — sofort alle Beamtenkategorien kommen und das Gleiche fordern würden. Lieber gibt man keinem etwas, als daß man eine Kategorie herausgreift. So wurde denn der Antrag Jedlich betr. die Seminarlasten schließlich vom Antragsteller als ausichtslos zurückgezogen, und den Eventualantrag lehnte das Haus ab.

Ueber die anderen Anträge wird am Freitag verhandelt; sie werden voraussichtlich kein besseres Schicksal haben. So ist es um die „Lehrerfreundlichkeit“ des Landtages bestellt. —

Die Politik der Sinnlosigkeit.

Daß die derzeitige Regierungspolitik eine geradezu sinnlose ist, beweist eine Enthüllung der „Allg. Ev.-luth. Kirchenzeitung“ mit förmlich beängstigender Deutlichkeit. Bekanntlich hatte vor einigen Tagen das Scherblatt allerlei Indiscretionen über eine Konferenz erzählt, die der Reichskanzler Fürst Bälou kurz vor der Beratung des amerikanischen Zollprovisoriums mit einer Anzahl zu ihm gebotener Parlamentarier gehabt hatte. Diese Konferenz habe dem Zwecke gedient, diese Parlamentarier dem Zollprovisorium geneigt zu machen. Eine Korrespondenz behauptet, von „vorzüglich unterrichteter Seite“ erfahren zu haben, daß Bälou die Beladenen geradezu beschworen habe, ihren ganzen Einfluß in die Waagschale zu werfen, um die Vorlage durchzubringen. Wehe die Vorlage nicht durch, so sei er genötigt, sofort sein Abschiedsgesuch einzureichen. Die „Allg. Ev.-luth. Kirchenzeitung“ erzählt nun aber ferner, daß der Reichskanzler die betreffenden Reichstags-Abgeordneten dadurch für die Vorlage zu gewinnen versucht habe, daß er allerhand weltpolitische Argumente für die Notwendigkeit des Zustandekommens des Zollprovisoriums geltend gemacht habe. Fürst Bälou habe sich in folgender Weise geäußert:

„Sollen wir den Zollkrieg beginnen und unseren Generalat in Kraft treten lassen? Das wäre moralisch und wirtschaftspolitisch unanschäufbar. Aber wir brauchen nicht nur die amerikanische Baumwolle, sondern auch die amerikanische Unter-
schiffung oder wenigstens wohlwollende Neutralität auf dem Welttheater. Und diese politischen Gründe setze der Reichskanzler den Abgeordneten auseinander; wir wollen eine splendid isolation vermeiden und Roosevelts Republik als Rückendeckung haben, wenn ein England und mit Frankreich gemeinsam an den Krügen will. Darum der „Professorenaustausch“ und alle Liebeshändel des Kaisers und des Prinzen Heinrich. Darum auch jetzt das Eingehen auf den Wunsch der Regierenden in Washington, das Provisorium möge noch auf ein Jahr verlängert werden, statt, daß es einen Handelsvertrag gäbe. Das ist eine harte Kuh für die gewissenhafte Parlamentarier. Aber die Auffassung über die politische Lage war im Reichskanzlerpalais wohl so zwingend, daß man auf die Zustimmung der Abgeordneten rechnen

kann. Vielleicht kommt gar bald die Zeit, wo wir gute Freunde überall brauchen können. Eine Bedrohung Kanadas durch die Amerikaner wäre uns dann mindestens ebensoviel wert wie der Marsch unserer 10 000 Südwestafrikaner nach Kapstadt. An seiner Peripherie muß man England fassen, wenn man es verwunden will.“

Dieser Darstellung ist nun zwar von einem Zentrums-Blatte, der „Allg. Volksztg.“, widersprochen worden, dagegen hat sie bis zur Stunde noch keinerlei Dementi in der offiziellen Presse erfahren! Obendrein ist die Ablehnung des Zentrumsblattes sehr eigenartig. Die „Allg. Volksztg.“ behauptet allerdings, daß die ganze Darstellung ein „ganz schiefes Bild“ von dem wirklichen Inhalt der Verhandlungen gebe und daß von der „splendid isolation“, der „Rückendeckung“ durch die Union, dem Professorenaustausch, der „Bedrohung Kanadas durch die Amerikaner“ und dem „Marsch unserer 10 000 Afrikaner nach Kapstadt“ mit keinem Worte die Rede gewesen sei, allein sie bestreitet nicht, daß auch die allgemeine politische Lage berührt worden sei. Zudem berührt es doch seltsam, daß das Zentrumsblatt das, was in der „Allgem. Evang.-luth. Kirchenzeitung“ als Ausführungen Bälous wiedergegeben wird, unterschiedslos mit dem durch einanderwürfelt, was dies Blatt ganz deutlich als eigene Schlussfolgerungen der Andeutungen des Reichskanzlers zu erkennen gibt! Eine solche Art freiwillig-offiziöses Dementieren gibt ebenfalls ein „ganz schiefes Bild“ — und sicherlich nicht ohne Absicht! Daß in der Tat der Reichskanzler auf der Konferenz das weltpolitische Moment sehr in den Vordergrund gehoben haben muß, geht schon aus einer Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“ hervor, die in dem Leitartikel vom 20. Februar schrieb:

„Wir täuschen uns wohl nicht in der Annahme, daß weltpolitische Rücksichten bei der Erledigung der Angelegenheit mitgewirkt haben, wenn sie vielleicht auch nicht ausschlaggebend gewesen sind. Das würde allerdings kaum zu begreifen sein: denn unsere Diplomatie müßte doch die Amerikaner genügend kennen und deshalb wissen, daß diese smarten Herren auch in Algiciras lediglich ihre Interessen vertreten und sich selbst durch die bedeutsamsten handelspolitischen Zugeständnisse nicht bestimmen lassen würden, die deutschen Interessen zu vertreten, wenn diese nicht mit den ihren vollkommen übereinstimmen.“

Alles das beweist, daß Fürst Bälou in der Konferenz sich in der Tat ähnlich so geäußert haben muß, wie es die „Allg. Ev.-luth. Kirchenztg.“ behauptet. Ist das aber der Fall, so treibt unsere Regierung ein weltpolitisches Intrigenpiel, wie es sinnerloher nicht auszubedenken ist. Aus angeblich wirtschaftlichen Interessen bricht sie den Marokkokonflikt vom Zaune, bringt sie Deutschland an den Rand einer Kriegsgefahr mit Frankreich und England, und aus angeblich wirtschaftlichen Gründen sucht sie — angeblich auf Kosten des wirtschaftlichen Vorteils Deutschlands! — die Freundschaft Amerikas zu ergattern, um nicht in der fatalen Isoliertheit dazustehen, in die sie sich selbst geistlich durch den unbegreiflich törichtigen Marokkohanbel gebracht hat! Bei einer solchen Zickzackpolitik, gemischt aus Provolation und Liebedienerei, hört jede Logik auf, sie ist die Politik der vollendeten Sinnlosigkeit.

Welches auch immer die Absichten der Enthüllung der „Allg. Ev.-luth. Kirchenztg.“ gewesen sein mögen — das soll muß dankbar sein für die Aufdeckung dieses täppischen Intrigenspiels. Sie deckt nicht nur die ganze Kallidigkeit der Regierung auf, sie offenbart auch, daß sich die Parteien der Rechten und des Zentrums zu Witschulbigen dieser Politik der Sinnlosigkeit machen lassen. Diese Parteien sind mitverantwortlich für die Politik der internationalen Verhehlung, für das frivole Spiel mit dem Feuer! Aus diesem Gefühl der Unschuld heraus wirft sich denn auch die „Allg. Volksztg.“ zum Verteidiger Bälous auf!

Welche Wirkung solche Vorlesungen auf England ausüben müssen, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Und dann magt noch ein Bälou, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie trage die Schuld an Englands wachsendem Mißtrauen! —

Deutsches Reich.

Die ausgebliebene Amnestie.

Vor der kaiserlichen Familienfeier mußte man allerhand über eine Amnestie, die am Tage der Silberhochzeit erlassen werden sollte. Man wollte wissen, daß diese Amnestie allen denjenigen einen Straf-erlass bringen werde, die zu Freiheitsstrafen bis zu sechs Wochen verurteilt worden seien. Die Strafen für Majestäts-beleidigungen würden nicht unter diese Amnestie fallen, da ja hierfür das Mindeststrafmaß zwei Monate betrage. Nun ist die Amnestie völlig ausgeblieben — zur nicht geringen Beklemmung derjenigen, die sich im Vyzantinismus besonders hervorgetan hatten. So lesen wir jetzt im „Verl. Tageblatt“:

„In sehr weiten Kreisen unseres Volkes gab man sich der Erwartung hin, es würde dem Herrscher gefallen, an diesem feinen Ehrentage von der höchsten ihm verliehenen Macht, die nach des Dichters Worten „den segnet, der gibt, und den, der nimmt“, einen vollen Gebrauch zu machen. Diese Erwartung ist bitter enttäuscht worden. Eine Amnestie für leichtere Vergehen sowie für alle diejenigen strafbaren Handlungen, die eines gemeinen, niederen Charakters entbehren, ist nicht erlassen worden. In allen übrigen Ländern mit monarchischer Spitze ist es üblich, Gebens- und Festtage in den Herrscherhäusern durch derartige Gnadenakte auch für das Volk als Fest- und Danktage kenntlich zu machen. Nur bei uns in Preußen ist das des Landes nicht der Brauch. Wenn viele dabei nicht Hamlets Wort ein: „Das ist ein Brauch, von dem der Bruch mehr ehrt als die Befolgung.“

Man wird es im Volke nicht begreifen, daß der gefrige Tag der Silberhochzeit König Wilhelms und seiner Gemahlin ohne das erwartete Gnadenzeichen verstreichen konnte.“

Daß das Ausbleiben einer Amnestie gerade in „königstreuen“ Bevölkerungskreisen eigenartige Empfindungen auslösen müßte, dessen war man sich bis weit in die Reihen der Rechten hinein bewußt. Hielt es doch selbst ein Scharfmacherblatt, wie die „Berliner Neueste Nachrichten“ — im Interesse der Monarchie! — eine Amnestie erwarte. Das genannte Scharfmacherblatt veröffentlichte bereits am Sonntag im „Sprechsaal“ eine Zuschrift, in der es hieß:

„Während allerseits Private und Kommunen darin wetteifern, durch großartige wohltätige Stiftungen und sonstige dem öffentlichen Wohle dienende Darbietungen ihre freudige Anteilnahme an dem seltenen, hohen Feste, der silbernen Hochzeit unseres Kaiserpaars, zu bezeugen, verhalten bis zur Stunde noch nichts Sichereres darüber, in welcher Weise das Herrscherpaar diese Jubelungen zu erwidern beabsichtigt. Allgemein wird angenommen, daß eine großzügige Amnestie erlassen werden wird, die neben der Begnadigung der wegen politischer Vergehen und wegen Majestätsbeleidigung Verurteilten auch eine solche für jene Personen bringt, die nach der allgemeinen Auffassung durch die Schärfe des Gesetzes zu schwer ge-

troffen sind. Denn es ist bekannt genug, daß viele Urteile der allgemeinen Volksmeinung nicht entsprechen haben. Die Justiz darf ja wohl nur den einen Grund-satz haben: „Fiat justitia, peccat mundus“. Aber der Herrscher kann kraft der ihm innewohnenden Gnadengewalt in barmherziger Liebe verzeihen, kann da, wo Härten vorliegen, durch seine Gnade diese Härten mildern und lindern, kann die, welche aus Schwäche strauchelten, wieder aufrichten und der Menschheit zurückgeben. Wahrlieh, eine herrliche Aufgabe! Möchten seine Ratgeber es nicht veräumen, Seine Majestät zu einem umfassenden Gnaden-akt zu veranlassen. Eine gleiche Gelegenheit kommt niemals wieder. Und man erwartet die Amnestie in allen Kreisen auf das Bestimmteste.“

Wir verstehen sehr gut die schmerzliche Enttäuschung gerade der monarchischen Kreise über das Ausbleiben der Amnestie. Die Ausführungen im „Verl. Tagebl.“ und den „Verl. Neuest. Nachr.“ bedürfen ja keines Kommentars!

Unsere Stellung zu der Sache ergibt sich ja aus unseren politischen Grundfragen. Wir verwerfen prinzipiell jeden Gnadenakt, der geschehenes Unrecht ja nicht aufhebt, sondern im Gegenteil für Kurzsichtige mit dem trügerischen Scheine einer besonderen Milde und Hochherzigkeit verhält. Wir erwarten und verlangen nicht Gnade, sondern soziale und politische Gerechtigkeit, die jede Korrektur durch einen Gnadenakt überflüssig macht! Unser Klassenstaat schließt eine solche Gerechtigkeit aus. Die heutigen Rechtsfassungen sind ja nur ein Niederhaken klassenstaatlicher und kapitalistischer Anschauungen, die vom Standpunkt einer höheren Moral aus nur zu oft das Gegenteil eines wirklichen Rechts darstellen. Das Begnadigungsrecht, namentlich auch eine allgemeine Amnestie, ist deshalb ein klug angebrachtes Ventil, um allzustarrenden Spannungen vorzubeugen. Daher der Schmerz unserer Vourgeoisie, daß man sich dieses Sicherheitsventils nicht bedient hat!

Wir unsererseits haben zuletzt Ursache, in die bürgerlichen Klagen einzustimmen und uns den Kopf darüber zu zerbrechen, weshalb die Amnestie ausgeblieben ist. Vielleicht glaubte man durch die zahlreichen Begnadigungen von Duellanten und Militärpersonen — wir erinnern nur an die Begnadigung Hässeners — einer allgemeinen Amnestie überhoben zu sein. —

Verhaftung des Redakteurs Karl Schmidt.

Wie man infolge der Unpünktlichkeit der Gerichtstermine dem Schicksal einer Verhaftung verfallen kann, erfuhr gestern der Redakteur der „Zeit am Montag“ Karl Schmidt. Schmidt hatte, wie wir an anderer Stelle berichten, einen Strauß mit einem Redakteur, der sich beleidigt fühlte, im Wege der Privatklage auszufechten und saß ihn auch aus. Ferner war Schmidt vor die 7. Strafkammer geladen, um sich um 11^{1/2} Uhr wegen vermeintlicher Beleidigung einiger Sittenpolizeibeamter zu verantworten. Schmidt, der schon seit 10 Uhr auf dem Gericht als Angeklagter beschäftigt war, war mit seinem Verteidiger pünktlich um 11^{1/2} Uhr zur Stelle. Die Kammer verhandelte aber noch andere umfangreiche Sachen. Schmidt begab sich deshalb mit dem Verteidiger in das Rechtsanwaltszimmer und bat, sie zum Aufruf zu tun. Die Sache wurde später vor dem Terminzimmer aufgerufen. Obwohl der Gerichtsdienst mitteilte, daß Schmidt noch dazugewesen sei, beschloß das Gericht ihn zu verhaften. Kurz darauf erschien, inzwischen herbeigerufen, Schmidt mit seinem Verteidiger, legten die Sachlage dar und beantragten, den Haftbefehl aufzuheben. Dem entsprach das Gericht nicht, es stellte der Vorsitzende anheim, einen schriftlichen Haftentlassungsantrag zu stellen. — Uns dünkt, die Aufgabe des Angeklagten ist es nach der Strafprozedur nicht, vielleicht fundentag gerade vor der Tür des nicht rechtzeitig verhandelnden Gerichts zu warten. Ist er im Gerichtsgebäude, hat er mitgeteilt, wo er sich befindet und gebeten, ihn dort zu rufen, so liegt nicht der geringste Grund zu seiner Verhaftung vor. Die Strafprozedur hat nur Verhaftungen nicht erschienener Angeklagter zugelassen. Darunter will und kann sie nicht Angeklagte verhaften wissen, die bis zur Terminstunde erschienen sind und bis zum Aufruf der Sache sich im Gerichtsgebäude aufhalten. Wegen der Möglichkeit von Verhaftungen der geschickten Art muß schleunigst Remedur geschaffen werden. —

Zur Wahlrechtsfrage in Sachsen.

In der dritten Sitzung beschäftigte sich die freie Wahlrechtskommission der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages mit einzelnen Wahlsystemen. Zunächst wurde ein Vorschlag des Reformers Zimmermann auf Herbeiführung eines Zensuswahlrechts abgelehnt. Die Frage nach der Heraufhebung des Wahlrechtsalters wurde verneint und dabei betont, daß die Allgemeinheit der Wahl im jetzigen Umfange bestehen bleiben solle. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Einteilung der Wähler nach bestimmten Steuerklassen, sowie jedes Berufswahlrecht abgelehnt. Nur der Oberreactionär Opitz erklärte, er stände einem Berufswahlrecht sympathisch gegenüber. Derselbe Herr erklärte sich auch für ein System, wonach die Wähler mit mehr als 1500 M. Einkommen nach dem gleichen direkten Wahlrecht innerhalb der jetzigen Wahlkreise wählen sollen, während für ärmere Wähler eine kleine Zahl Wahlkreise (10 bis 15 etwa) neugebildet werden sollen. Mit anderen Worten: er will den Besitzenden 82, den Arbeitern nur 15 Vertreter gewähren!

Der linksliberale Abg. Schulze verbreitete sich über das Pluralwahlrecht ohne Klassenleistung und mit Zusatzstimmen nach Alter, Bildung und Steuerleistung. Jeder 35 Jahre alte Wähler solle eine Zusatzstimme erhalten, jeder 45jährige zwei Zusatzstimmen. Nach der Steuerleistung wünscht er ebenfalls zwei bis drei Zusatzstimmen. Die Bildung wünscht er in der Weise bei der Zuteilung der Zusatzstimmen zu berücksichtigen, daß nicht nur Hochschulbildung zur Zuteilung einer besonderen Stimme berechtigt, sondern auch Mittelschulbildung. Wer sich trotz bloßer Volksschulbildung ein allgemeines Wissen angeeignet hat, soll ebenfalls auf Zusatzstimmen Anspruch haben. Der Verichterhatter bemerkte unter anderem, daß man einem Manne wie Weber die Zusatzstimmen nicht werde ver-sagen können. Abg. Opitz bemerkte, es werde dann ein toller Tanz um die Bildung gehen.

Schließlich brach man die Beratung ab. Es sind jetzt alle Wahlssysteme abgelehnt, geblieben ist nur das Pluralwahlrecht. Man will darüber gründlich in der nächsten Sitzung, die die letzte werden soll, beraten und dann das Ergebnis zu einem Antrage zusammenfassen, der dem Landtage vorgelegt werden soll. Voraussichtlich wird der Vorschlag auf Einführung eines Pluralwahlrechts hinauslaufen!

Konservative Steuer gegen Kleinbauern vom Reichsgericht aufgehoben.

Das von uns und in den Verhandlungen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses mehrfach erwähnte Urteil des Reichsgerichts über die finanziellen Grundlagen der Milchzentrale ist nunmehr den Parteien mit der ausführlichen schriftlichen Begründung zugegangen. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die Milchzentrale als eingetragene Genossenschaft m. b. H. ins Leben gerufen wurde, bei der der Betrag jedes Geschäftsanteils 1 M. betrug. Als sich der Widerstand gegen die Bestimmungen des Milch-ringes in Berlin organisierte, errichtete die Milchzentrale eine große Vertretung der nicht untergebrachten Milchvorräte eine große Molkerei und ging mit dem direkten Verkauf der Milch in Berlin und den Vororten vor. Zur Dedung der hierdurch erwachsenen Ausgaben wurde den Genossenschaftlern durch General-versammlungsbeschlüsse eine fortlaufende Ab-gabe, sogenannte „Provision“ auferlegt, die unabhängig von den Aufzügen von 1 M. auf 10 M. und schließlich auf 19,50 M. erhöhten Geschäftsanteilen,

von allen Milchlieferungen nach Berlin gezahlt werden sollte. Eine solche Vesterung verstößt gegen die Grundlagen des Genossenschaftsrechts. Genossenschaftler, kleine und große Landwirte, weigerten sich, diese rechtswidrige Abgabe, die den Betrag der Geschäftsanteile teilweise um das Hundertfache übersteigt, zu zahlen. Die Leiter der Genossenschaft, der ehemalige konservative Abg. Ring und der wegen Betrugs und Erpressung bereits mit 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis bestrafte Geschäftsführer Krause, strengten darauf Prozesse gegen mehrere Genossenschaftler an. Die verklagten Kleinbauern gewannen diese Prozesse. Darauf wendete sich Herr Ring an den Justizminister Schönstedt und verlangte in einem geharnischten Schreiben, der Minister solle gegen die Richter einschreiten und Fürsorge treffen, daß künftig anders geurteilt werde. Der Justizminister strengte keine Verleumdungsklage, auch keine Anklage wegen Verstoßes zum Mißbrauch seiner Amtsgewalt an. Er forderte, wie er im Abgeordnetenhaus mitteilte, die Akten und ließ den Referenten des — von einem Schreibfehler abgesehen — durchaus zutreffenden Urteils rüffeln. Das Kammergericht entschied noch einmal in einem Prozeß gegen Kleinbauern richtig. Dann aber ergingen Verurteilungen zu der vom Mißbrauch der Bauern und Großgrundbesitzer auferlegten Steuer! Einige Großgrundbesitzer, die zu mehr als 2000 M. verurteilt waren, legten Revision ein. Das Reichsgericht hob darauf, wie wir bereits mitteilten, die Erkenntnisse des Kammergerichts auf und wies Ring und Genossen ab. Die jetzt vorliegenden Urteilsgründe führen aus:

„Die von der Klägerin beschlossene Milchabgabe kann nicht für zulässig angesehen werden. Der Senat hält an dem in seinem Urteile vom 29. Dezember 1900 ausgesprochenen Grundsatz fest, daß mit Ausnahme der Rückschuldspflicht im Kontrakte der Genossenschaft und bei der Auseinandersetzung nach § 73 — welche Fälle hier unzweifelhaft nicht gegeben sind — die Genossen zu anderen Geldleistungen, als der Einzahlung auf den Geschäftsanteil oder den erhöhten Geschäftsanteil, wozu bei der Genossenschaft m. b. H. noch die mehreren Geschäftsanteile kommen, nicht angehalten werden können. Dieser Grundsatz hat allgemeine Bedeutung; er ist nicht ausgeprochen mit Beschränkung auf den damals vorliegenden Fall, daß die beschlossenen Geldbeträge zur Schuldentilgung dienen sollten. Es ist deshalb nicht entscheidend, wenn das Kammergericht ausführt, daß es sich bei der Milchabgabe nicht um einen Rückschuldhandels, welchen der Beklagte über seine Zustimmung hinaus zu leisten hätte, daß sie nicht den Charakter einer dem Beklagten auferlegten Rückschuldspflicht habe. Die Bedeutung der Milchabgabe findet das Kammergericht darin, daß zunächst die 1/2 Pf. Abgabe ein Schuttpapier für die Verarbeitungskosten der nicht verpackten und infolge davon von der Genossenschaft übernommenen Milch für Berlin und Vororte bilden sollte, um die hierdurch ersiehenden Unkosten und Verluste zu decken, und für die spätere Erhöhung darin, daß sie diesem gleichen Zweck unter Verächtsichtigung der Unzulänglichkeit der bisherigen Abgabe dienen sollen. Dagegen ist nichts einzuwenden; es folgt daraus aber nur die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Abgabe. Zulässig würde diese Abgabe nur sein, wenn es zuträfe, daß sie nichts anderes ist, als was die Klägerin meint: Provisions und Spefen, wie sie eine Genossenschaft für den Geschäftsbetrieb verlangen dürfe. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Genossenschaft für die im Betriebe des genossenschaftlichen Unternehmens gemachten Leistungen von demjenigen, der die Leistungen in Anspruch nimmt, eine Gegenleistung fordern kann. Die genossenschaftliche Bank wird auch die Wechsel der Genossen nicht unentgeltlich diskontieren, für die Benutzung des genossenschaftlichen Schlachthauses müssen auch die Genossen eine Abgabe entrichten. Das ist ein Satz, der gar nicht aus dem besonderen Genossenschaftsrecht stammt. Zu Unrecht aber hat die Klägerin und ihr folgend das Kammergericht diesen Gesichtspunkt auch bei der Milchabgabe der anderen Genossen zur Anwendung gebracht. Was die selbstverpackenden Mitglieder auf diese Weise durch die Genossenschaft erhalten, ist nichts anderes, als der Nutzen, den ihnen als Genossen die Genossenschaft kraft ihrer statutenmäßigen Erziehung erbringt. Es ist dabei nicht die Rede von einer besonderen Inanspruchnahme des genossenschaftlichen Betriebes oder der genossenschaftlichen Einrichtungen; es liegt außer der Mitgliedschaft nicht noch ein vom Genossen mit der Genossenschaft abgeschlossenes Rechtsgeschäft vor, welches als Unterlage für ein Entgelt, wie „Provision“ oder „Spefen“ dienen könnte. Demnach ist für den selbstverpackenden Genossen die Milchabgabe eine Geldleistung, die er lediglich als Genosse macht. Sie gleicht insofern einer Steuer, welche die Genossenschaft ohne Rücksicht auf die Benutzung der Genossen auferlegt, um die Kosten für die Unterhaltung ihres Betriebes zu decken. Eine solche Umlage braucht sich der einzelne Genosse nicht gefallen zu lassen. Es mag zugegeben werden, daß eine Genossenschaft mit dem Zweck und den Einrichtungen der Klägerin aus den Ergebnissen des eigenen Betriebes sich voraussichtlich nicht erhalten, noch weniger Gewinn erzielen kann, daß sie vielmehr beständig zunehmender Beträge bedürftig wird, so daß das gesetzliche Mittel der Erhöhung der Geschäftsanteile und der darauf zu machenden Einzahlungen auf die Dauer wohl versagen würde. Aber dies ist die Folge davon, daß im Widerspruch mit dem das Genossenschaftswesen beherrschenden Gedanken des gemeinschaftlichen Betriebes bei der Klägerin der gemeinschaftliche Betrieb eine Nebenabgabe ist, während sie in der Hauptsache eine Ringbildung ist, eine „Kartellisierung“, deren Nutzen nicht der Genossenschaft, sondern unmittelbar den Genossen zufließt. Gegen die unzulässige Milchabgabe kann der Beklagte, dessen Sonderrecht dadurch verletzt wird, sich verteidigen, ohne auf den Weg der Anfechtung der Generalversammlungsbeschlüsse nach § 51 W.-G. beschränkt zu sein, also auch nachdem die Frist für diese Anfechtung unbeschadet verstrichen ist. Demgemäß beruht die Verurteilung des Beklagten in diesem Punkte auf Rechtsirrtum und es muß in diesem Umfange, da es einer weiteren Aufklärung des Sachverhältnisses nicht bedarf, die Klage abgewiesen werden.“

Es hat also das Reichsgericht trotz aller Rechtsbeugungsversuche sich von der klaren, allgemein festgehaltenen, vom Reichsgericht bereits im Jahre 1900 ausgesprochenen Rechtsansicht nicht abdrängen lassen und die Verurteilung der Milchzentrale als rechtswidrige Vesterungen, also als Erpressungsversuche gegen die Genossenschaftler gekennzeichnet. Im preussischen Dreiklassenparlament und seitens der konservativen und der nationalliberalen Parteien und des Zentrums im Reichstage ist kein Wort des Tadels gegen die seitens der Milchzentraleleitung geübten rechtswidrigen Vesterungen der Kleinbauern laut geworden. Ebensovornig hat die preussische Justizverwaltung auch nur ein Wort gegen die von sozialdemokratischer Seite an den Pranger gestellte Brandstiftung der Bauern durch Großgrundbesitzer und ihre Agenten geäußert. Auch diese Mißbräuche zeigen klar, daß der Großgrundbesitzer der schlimmste Feind des Bauern ist und daß Großgrundbesitzer, wenn sie in der geschickten, vom Reichsgericht anerkannten Weise gegen die Feinde verstoßen, ja selbst wenn sie einen Justizminister zur Rechtsbeugung anregen, straffrei bleiben. —

Die Flottenspenden der Bourgeoisjugend.

Wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, sind durch die Flottensammlungen in den Gymnasien und den höheren Lehrerschulen im ganzen 76 000 Mark zusammengelassen, ein sehr klägliches Resultat, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Angehörigen der höheren Schulen in Deutschland ungefähr eine halbe Million ausmacht. Da für den Kopf die Aufbringung der Summe von 50 Pf. festgesetzt worden war, so hätten also, wenn

sich alle Schüler und Schülerinnen beteiligt hätten, etwa 250 000 Mark zusammenfließen müssen. Es hat sich also noch nicht der dritte Teil der Gymnasialen und „höheren Lächer“ bereit gefunden, beizusteuern. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß in vielen Schulen die Leiter und Leiterinnen sehr ungeniert einen „moralischen Druck“ auf die ihnen anvertrauten Kinder zur Erzielung eines guten Ergebnisses auszuüben verstanden.

Da die Flottenspende der höheren Knaben und Lächer doch schließlich eine freiwillige Flottenspende der Eltern darstellt, beweist das klägliches Ergebnis der Sammlung wieder einmal, wie wenig Opferfreudigkeit hinter dem ganzen Flottensummel steckt! —

„Glänzendes Material“. In den letzten Stadtverordneten-sitzungen in Halle hat sich Herr Bürgermeister v. Hölly den Mund bald lahm geredet über das „glänzende“ Material, das ihm bezüglich der am 21. Januar begangenen Nachschußleistungen der Sozialdemokraten zur Verfügung stände. Dieses Material könnte der roten Partei sehr unangenehm werden, meinte er, wenn die Nachspiele kämen. Heute kam nun ein solches Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Auf der Anklagebank saßen als sog. Demonstrant Plah der Baptist Louis Ludmann von hier. Der Mann wollte am 21. Januar die polizeiliche Absperrung durchbrechen und wurde mit auf die Wache genommen. Er behauptete, ein Feind der Sozialdemokratie zu sein, da diese seiner streng gläubigen baptistischen Lehre entgegenwirkte. Im übrigen habe er angenommen, die Absperrung gelte nur den Sozialdemokraten. Der Mann wurde mit 2 M. bestraft; der Staatsanwalt wollte ihn sogar auf eine Woche ins Gefängnis schicken. — Herr v. Hölly soll noch mehr solches Material haben. Man wird doch dem allen ehrlichen Ahtwardt keine Konkurrenz machen? —

Der Sultan von Kamerun.

Weiteres Material zur Beurteilung des Regimes, das Jesko v. Puttkamer sich in Kamerun gestatten zu dürfen glaubte, liefert ein Artikel, den das „Berliner Tageblatt“ am Mittwoch abend veröffentlicht. Da wird zunächst nachgewiesen, daß die parteiliche Bevorzugung King Bells und die Zurücksetzung King Alwas und seiner Kwaala-Leute möglicherweise diplomatisch-politischer „Ueberlegung“ entsprungen sein könnte, indem Jesko den braven Bell für den moralisch Besseren, vor allen Dingen aber für den Mächtigeren gehalten hat. Wenn manche Leute aber erst ins Ueberlegen geraten, so springt nichts Gutes heraus. Und so soll denn Herr v. Puttkamer tatsächlich bei seinem Roddenken gerade zu verkehrten Anschauungen und auf ihnen beruhenden Handlungen gekommen sein.

Jedenfalls steht so viel fest, daß der Herr Gouverneur durch sein Verhalten das gesunde Gerechtigkeitsgefühl der Kwaala-Leute aufs äußerste verletzt hat. Der Gewährsmann des „B. T.“ zitiert z. B. aus der Befehrschrift folgenden Fall:

Der Duala-Händler Priso am Vinn geht zu einer Faktorei, um Gummi auf seinen Wert prüfen zu lassen. Es wird ihm gesagt, daß der Gummi 5 Krach a 12 M. wert sei, und daß er für diesen Betrag Ware erhalten könne. Als er sich nun die Ware ansuchen wollte, wurde ihm erklärt, daß er zum Ansuchen kein Recht habe. Priso ging hierauf zum Sekretär Pennes, der ihm einen Schein gab, laut welchem er berechtigt sei, sich die Ware anzusuchen. Als er damit in die Faktorei zurückgeht, um sich die Ware anzusuchen, wird er durchgeprügelt und hinausgeworfen. Nachdem er mehrmals durchgeprügelt worden, erlangt er einen amtlichen Stopschein, nach welchem er berechtigt sein soll, sich für den Betrag die ihm gefällige Ware oder den Gummi zu nehmen. Als ihm in der Faktorei dies nicht gestattet wird und Priso mit einigen Helfern sich sein Eigentum holen will, wird ihm das nicht nur verweigert, sondern er wird auch mit seinen Freunden zu Gefängnisstrafen von einundeinhalb bezw. zwei Jahren verurteilt, weil sie hätten wissen müssen, daß das Recht, in der Faktorei eines Europäers zu pfänden, keinem Schwarzem gestattet sei. Ein Appell King Alwas an den Gouverneur v. Puttkamer wurde von diesem zurückgewiesen mit dem Bemerkung, Alwas würde, falls er nochmals sich für die Verurteilung verwenden sollte, selbst mit Gefängnis bestraft werden. Erst ein höherer Militär konnte die Befreiung erwirken.“

Daß Puttkamer es fertig brachte, Beschwerden mit den klaffischen Worten zu beantworten: „Nicht nicht befähigen!“ darf nach alledem unbeeiden geglaubt werden.

Besonders hervorzuheben ist aus dem zitierten Artikel, daß die hervorragende Begabung der Dualas betont und darauf hingewiesen wird, daß solche Leute ganz gewiß nicht wie Barbaren und wie Bestien behandelt werden dürften. — Ein Eingeborener äußerte sich wie folgt:

„Wir sind uns unserer Fähigkeiten bewußt. Darum soll man uns Gelegenheit geben, auf unsere Kosten etwas Nützliches zu lernen. Wir wollen ganz besonders auch Gerechtigkeit. Wird uns diese nicht gewährt, dann machen wir es wie die Krachen. Wenn man die Krache schlägt, dann läuft sie davon und wieder davon und nochmals davon; wenn sie aber ganz an die Wand gedrückt wird, macht sie plötzlich kehrt und springt dem Peiniger ins Gesicht. Wir sind Deutsche, wir wollen sehr gern Deutsche bleiben, aber man soll uns auch als Deutsche behandeln. Es wird dies jetzt freilich schwerer sein, als es vor Puttkamer war. Damals liebten wir die Deutschen, aber jetzt lieben wir auch die Engländer, und es erbittert uns sehr, wenn sie verächtlich von uns „Deutsche Sklaven“ sagen.“

Will der Gouverneur für uns ein Geseh machen, dann berufe er unsere Häuptlinge und lege ihnen das Geseh zur Einsicht vor. Diese werden es dann unter sich beraten, und wenn es gut ist, ihre Zustimmung dem Gouverneur sagen. Wenn es nicht gut ist, werden sie es auch sagen, und dann kann der Gouverneur sich die Einwände überlegen. Bleibt er bei seiner Ansicht, dann soll das Geseh zur Begutachtung an das Kolonialamt gehen. So werden wir Gesehe erhalten, die für das Land nützlich sind. Wenn wir so regiert werden, dann werden wir eine gute deutsche Kolonie bleiben.“

In den nächsten Tagen wird sich die Kolonialkommission des Reichstages mit dem Edlen, Herrn v. Puttkamer, zu beschäftigen haben. Ohne Zweifel werden da noch allerlei unliebliche Enthüllungen über das kameruner System erfolgen. So teilt man uns zum Beispiel mit: Im September vorigen Jahres wurde ein Deutscher, der in Kamerun Arbeit suchte, auf Anordnung des Herrn v. Brauchitsch ausgewiesen und nach Deutschland zurückgebracht. Weßhalb? Weil man in Kamerun keine deutschen Arbeitskräfte gebrauchen könne.“

Unzulässige Fehler werden in allen deutschen Kolonien begangen — das wissen wir längst. Wir sind nur neugierig, ob man an den maßgebenden Stellen endlich einsehen wird, daß nur eine totale Ironischwendung, ein radikaler Systemwechsel helfen kann. —

Jubel im Zentrum.

Der Geheim Kommerzienrat Fritz Friedländer, Inhaber der bekannten großen Rohlfirma Cäjar Wollheim, ist toeben in den erblichen Adelsstand erhoben worden.

Herr Fritz von Friedländer hat seit jeher eine offene Hand gehabt, wenn es sich um Hergabe von Geldern für Kirchenbauten handelte. Da er seit mehreren Jahren auch einen gewissen Geburtsfehler korrigierte, indem er zum Katholizismus übertrat, so lag in der Tat kein Grund vor, ihn nicht zu adeln.

Und da sagt das Zentrum immer, die — Katholiken würden in Preußen-Deutschland zurückgesetzt! —

Erzellenzen für Neger und Chinesen.

In der „Deutschen Japan-Post“ lesen wir:

„Dem Gouverneur des Kiautschougebietes ist für die Dauer seines Amtes und seines Ausenthaltes außerhalb Europas das Prädikat Erzellenz verliehen. Dasselbe gilt von den Gouverneuren in Afrika und der Südsee. Alle sind jetzt laut Verfügung im „Reichsanzeiger“ vom 13. Dezember Erzellenzen für die Neger und Chinesen; kommen sie nach Europa zurück, ist es mit der Erzellenzerei aus... Zu einer Zeit, da wir fast in allen Schutzgebieten fortgesetzt Unruhen oder sonstige schwere Sorgen haben, können solche Kapuzierfragen, ob und wie lange der Gouverneur Erzellenz ist und ob vielleicht im Falle der Verurlaubung auch der Stellvertreter Erzellenz sein soll, bis der andere zurückkommt, nur lächerlich wirken.“

Ganz unsere Meinung! —

Südwestafrikanische Verluste. Berlin, 23. Februar. Amtliche Meldung. Am 23. Februar 1908 an Typhus gestorben: Im Feldlazarett Daxur Gefreiter Georg Heinemann, geboren am 23. August 1882 zu Lohre; in der Krankensammelstelle Verleba: Militärkrankenwärter Johann Roth, geboren am 25. Januar 1883 zu Vimbach; am 25. Februar 1908 im Lazarett Barnab Reiter Robert Schmidt, geboren am 5. März 1881 zu Westig und Reiter Adam Böbel, geboren am 14. April 1881 zu Vimbach; Reiter Karl Gerold, geboren am 1. Juli 1882 zu Gingen, von dem gemeldet worden war, daß er am 7. Februar 1908 im Patrouillengefecht bei Gendoom verwundet worden sei, wird jetzt als Vermisst gemeldet. —

Ausland.

Ungarn.

Berbot der Zeitungskolportage.

Der Minister des Innern hat eine Verordnung erlassen, worin der Verkauf sämtlicher Zeitungen auf der Straße verboten wird. Diese Verordnung stützt sich auf ein Gesetz vom Jahre 1848. Auch Zeitungskolportationen sind jetzt an der Tagesordnung. Am Sonntag wurden nicht weniger als sieben Budapester Tagesblätter konfisziert. Schließlich ist über das ganze Land ein Versammlungsverbot erlassen, das sich jetzt nur auf Versammlungen in öffentlichen Gebäuden, sowie auf Meetings unter freiem Himmel bezieht, während Klub- und Kasino-Sofalitäten ausdrücklich ausgenommen sind.

Die Koalition schämt nun vor Mut, obgleich sie jetzt am eigenen Leibe nichts anderes empfindet als was unter ihrem Regime und zwar noch in viel brutalerer Form gegen die Sozialdemokratie Anwendung fand. —

Frankreich.

Der hungrige Militarismus.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ber.)

Die Forderungen des Militarismus sind, nach einer kurzen Pause, wieder in einer starken Aufwärtsbewegung begriffen. Im vorigen Jahre hatte der Demotrat Vertheux sogar einige Ersparungen durchgeführt. Die 685 Millionen, die er verlangte, blieben um 15 Millionen hinter dem Durchschnitt der 35 Jahre der dritten Republik zurück. Diese Summe wird nun von der Parlamentar-majorität, in der wieder der patriotische Furor tobt, gründlich gutgemacht werden. Der Bericht des radikalen Dissidenten Kloy schlägt der Kammer für 1908 ein Heeresbudget von 719 Millionen vor. Von diesen sind 89 für die Kolonialarmee und 27 für „außerordentliche Ausgaben“ angesetzt. Aber darin sind nicht die sehr beträchtlichen Summen inbegriffen, die für die Instandsetzung der Festungen und der Feldarmee ausgegeben werden sollen. Diese sind gar nicht in das Budget aufgenommen. Kloy macht auch dem Parlament Eröffnungen über die Mehrkosten, die sich angeblich notwendig aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit ergeben werden. In diesem Jahre sollen sie 11, im nächsten 25 Millionen betragen. Was später komme — meint Kloy — sei gar nicht auszuenden! Von der ganzen Steigerung des Heeresbudgets kommt nur eine Million einem wirklich zu billigen Zweck zugute, nämlich der Entschädigung von mittellosen Familien der Einberufenen. Aber wieviel noch über die angegebenen Summen ausgegeben werden soll, das kann man nur ungefähr darauf schließen, daß die 500 Millionen, die Kloy im vorigen Jahre in Aussicht nahm, jetzt als zu wenig bezeichnet werden. Diese außerordentlichen Ausgaben sollen zum Teil zur Verbesserung der hygienischen Einrichtungen in der Armee, zum Bau neuer Kasernen usw. verwendet werden, hauptsächlich aber für die Grenzbefestigungen, für Belagerungsgeschütze und Munition. Im vorigen Jahre wurden die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze von der Kammer im Einverständnis mit Vertheux deminoriert, der Marokkosaland aber hat den Patriotismus des Bourgeoisparlaments demnach angefaßt, daß er mit einer wahren Begeisterung die von der militaristischen Clique geforderten Summen den Steuerzahlern aus den Taschen nehmen wird. Man kann heute sagen, daß die friedlichere Stimmung der bürgerlichen Klassen, die in den Jahren 1902 bis 1905 wenigstens eine Verlangsamung des Anwachsenden der Heeresausgaben bewirkte, auf lange Zeit unter dem einflüchtigsten Chauvinismus gewichen ist. Es ist die durch die deutsche Marokkopolitik auf neue entfachte Abneigung gegen Deutschland, die die Republikaner mit leidenschaftlichem Eifer den Militarismus füttern läßt trotz seines nach wie vor offen anti-republikanischen Charakters. Bezeichnend ist der Ausdruck des Generals Langlois in seiner im „republikanischen Temps“ veröffentlichten Kritik der militärischen Projekte: „Vergessen wir nicht, daß, um große Dinge zu verrichten, ein Mann notwendig ist!“ Wenn in Frankreich die bürgerlichen Republikaner allein zu entscheiden hätten, würde „der Mann“ nicht lange auf sich warten lassen. —

Berkehrs-Freunde und -Feinde.

Am Dienstag nahm die Deputiertenkammer mit 502 gegen 37 Stimmen die gesamte Vorlage über die Bewilligung von zwei provisorischen Budgetzweckstellen an und hielt, trotz der Einwendungen des Ministerpräsidenten Rouvier, mit 525 gegen 32 Stimmen den Beschluß auf Ermäßigung der Posttage auf 10 Centimes aufrecht, dessen Aufnahme in die Vorlage der Senat abgelehnt hatte.

Im Senat verlas Poincaré seinen Bericht über die Frage der Herabsetzung des Briefpostes. Ministerpräsident Rouvier weist darauf hin, daß die Kammer die Herabsetzung mit der großen Mehrheit von 525 Stimmen beschlossen habe, und bittet, die Frage zu erörtern und darauf zur Verhandlung über den Entwurf betreffend die provisorischen Budgetzweckstellen überzugehen, der morgen amtlich verkündet werden müsse. Die Diskussion über die Frage der Herabsetzung des Postes beginnt darauf. Der Ministerpräsident erklärt, diese Frage sei zu einer politischen geworden. — Rouvier protestiert dagegen und ersucht Rouvier um Zurücknahme dieser Erklärung, da es sich nicht um eine politische Frage handele. — Rouvier erwidert, er könne, ohne ein Vertrauensvotum erhalten zu haben, den Senat nicht verlassen, und fragt, wer die Vorlage über die Budget-

zweifel zur Abstimmung bringen solle, wenn sich das Kabinett zurückziehe. Der Ministerpräsident bittet den Senat dringend, die Portobehaltung zu genehmigen. Maguin bringt darauf eine Tagesordnung ein, die die Trennung der Portobehaltung von der Budgetverleugung fordert. — Leydet beantragt, die Debatte über die letztere zu vertagen und über die Postreform zu verhandeln. — Ministerpräsident Rouvier erhält die Forderung eines Vertrauensvotums aufrecht. Er werde nicht eher in die Kammer zurückkehren, bis die Postreform beschlossen sei. Der Antrag Leydet wird darauf mit 221 gegen 89 Stimmen angenommen. Schließlich wird die Herabsetzung des Portos mit 158 gegen 92 und die Verleugung betreffend die provisorischen Budgetzweifel einstimmig mit 257 Stimmen angenommen.

Entsprechend den Beschlüssen der Kammer und des Senats wird also vom 18. April ab das Briefporto im inneren Verkehr und im Kolonialverkehr von 15 auf 10 Centimes herabgesetzt.

Zur selben Zeit beantragten in der Steuerkommission des deutschen Reichstages verbohnte Verkehrssteuern Portoverhöhdungen! —

England.

Wichtige Erntewahl.

Bei der am Dienstag vorgenommenen Erntewahl für die Stadt London wurde der frühere Premierminister Balfour mit 15 474 Stimmen gewählt; der Kandidat der Konservativen Freihändler, Gibson Voiles, erhielt 4134 Stimmen.

Bekanntlich war der konservative Reformator Balfour in Manchester durchgefallen. Der in der Londoner City gewählte Parteigenosse Voiles legte sein Mandat nieder, um dem Ex-Premier einen Platz im Parlament einzuräumen, der denn nun auch gegen die Liberalen und die konservativen Freihändler gesiegt hat.

Diese Wahl war sehr wichtig. Bäre nämlich Balfour durchgefallen, so hätte seine politische Karriere auf Jahre hinaus brach gelegen und Chamberlain wäre Herr der Situation geblieben — was nunmehr verhindert ist. —

Schweden.

Der Wahlrechtsvorschlag und die Sozialdemokratie.

Der neue Wahlrechtsvorschlag — es ist der fünfte, den die Regierung dem Reichstage seit dem Jahre 1898 vorgelegt hat — entspricht nicht der Forderung des wirklich allgemeinen Wahlrechts zum Zweiten Kammer. Hunderttausende schwedischer Männer bleiben auch nach diesem Vorschlag noch vom Wahlrecht ausgeschlossen, und zwar größtenteils ihrer Armut wegen. Dennoch wird sich die Zahl der Wahlberechtigten von ungefähr 400 000 auf fast eine Million erhöhen. Staatsminister Staf begründet die verschiedenen Einschränkungen des Wahlrechts mit dem Hinweis, daß es vor allem auf eine schnelle Lösung der Wahlrechtsfrage ankomme. Er selbst hat sich früher als Abgeordneter gegen solche Einschränkungen erklärt und er gibt auch in seiner Begründung des Regierungsvorschlages zu, daß die Bedenken dagegen berechtigt sind. So bemerkt er z. B., daß die Bezahlung der Staats- und Gemeindesteuern als Bedingung des Wahlrechts an den verschiedenen Orten sehr ungleich wirken muß und die unerschöpfliche Mittellosigkeit ebenso sehr treffen muß wie die unerschöpfliche Wohlhabendheit. Aber alle Mängel sollen die Fremde eines wirklich allgemeinen Wahlrechts mit in den Kauf nehmen, weil nach der — wohl nicht unbegründeten — Meinung des Ministers der Vorschlag nur dadurch beiden Kammern annehmbar gemacht wird.

Genosse Prantig schreibt in „Social-Demokraten“, daß man nun erwägen müsse, ob die Vorteile, die der Regierungsvorschlag bringt, so wertvoll sind, daß sich demgegenüber die Aufschubspolitik in der alten Wahlrechtsfrage nicht mehr rechtfertigen läßt und erklärt weiter: „Ganz abgesehen davon, wie diese Abschätzung auch ausfällt, muß es nun Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, einen neuen Vorschlag zu der Lösung der Wahlrechtsfrage vorzulegen, die der Arbeiterschaft nach wie vor als die einzige erscheint, welche wirklich eine Lösung ist.“

Unsere schwedischen Genossen haben bekanntlich bisher alle unzureichenden Wahlrechtsvorschläge abgelehnt und zu Fall gebracht. Dadurch wurde natürlich die Wahlrechtsreform immer wieder hinausgeschoben. Es ist nun fraglich, ob — wenn auch jenen neuesten Vorschläge gegenüber dieselbe Taktik befolgt wird — vom Reichstage eine bessere Lösung in absehbarer Zeit zu erwarten ist, oder ob man auf anderem Wege schneller zum Ziele kommen kann. —

Gewerkchaftliches.

Neue Urabstimmungen gegen organisierte Arbeiter

Sind jüngst wieder von dem berüchtigten Geheimsekretariat des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände verfaßt worden, um Arbeiter, die mit dem Unternehmertum in Differenzen geraten sind, nach allen Regeln deutscher Scharfmacherkunst zu verführen. Es handelt sich um die Arbeiter von 5 Firmen, die — wie immer auf Antrag des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller — in den wirtschaftlichen Vann getan werden, und zwar sind dies 33 Formner, 6 Kernmacher, 3 Gusspuher, 1 Schlosser und 2 Hülfсарbeiter von der Firma Gebr. Pfeiffer in Kaiserslautern, 18 Kupferarmiere der Firma Ulrich u. Hinrichs A.-G. in Ratingen bei Düsseldorf und 10 Formner der Eisengießerei W. Thöing in Ronsdorf. Von letzteren soll ein Teil „in völlig unbedingter Weise“ gekündigt werden; einem anderen Teil ist dagegen gekündigt worden, ob auch in völlig unbedingter Weise, wird allerdings verschwiegen. Ferner weist der Verein deutscher Arbeitgeberverbände seine Mitglieder per Rundschreiben an, alle von der Eisengießerei „Gnom“ in Peer (Distriktland) sowie von der Firma Julius Peyer u. Co. in Norden kommenden Formner, Schlosser, Schleifer, Bernmacher, Emailierer und Hülfсарarbeiter „bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen“, weil ein Teil derselben gekündigt hat und am 17. resp. 19. Februar „in einen unbedingten Ausstand getreten“ ist.

Das koalitierte Unternehmertum setzt also sein gemeingefährliches und gesetzwidriges Treiben gegen die Arbeiter fort.

Freilich hat sich der Scharfmacherverband dazu bequemem müssen, die von ihm über die Arbeiter der Firma R. und L. u. Co. in Magdeburg sowie über „die infolge der Wahlrechtsdemonstrationen in Hamburg von der Arbeitsstätte weggebliebenen Arbeiter“ verhängte Sperre wieder aufzuheben, angeblich deshalb, weil die Arbeit dort wieder aufgenommen worden ist. Vielleicht ist die Aufhebung der Sperre auch erfolgt, weil die Kühnemann in Folge der Veröffentlichung ihrer Verfehmungspraktiken einer neuen Anzahl Schadenersatzklagen von gemäßigten Arbeitern rechtzeitig aus dem Wege gehen wollten.

Berlin und Umgegend.

Tarifabschlüsse im Himmereberg. Der Zentralverband der Zimmerer hat im Gau Brandenburg auch für dieses Frühjahr wieder eine Reihe von Lohnbewegungen eingeleitet. Bisher haben 28 Zählstellen ihre Forderungen den Unternehmern vorgelegt. In drei Zählstellen ist es auf Grund gegenseitiger Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung bereits zu Tarifabschlüssen bzw. Vertrags-

verlängerungen gekommen. So in Schwedt a. O., woselbst der bestehende Vertrag bis zum 1. Januar 1908 verlängert wurde unter gleichzeitiger Lohnerhöhung von 38 auf 40 Pf. pro Stunde, wie gefordert. Die Arbeitszeit bleibt eine zehnstündige; Ueberstunden sowie Ueberlandarbeit werden mit 3 Pf. Zuschlag bezahlt. In Driesen wurde zum ersten Male ein Tarifvertrag abgeschlossen und zwar bis zum 1. April 1907. Der Lohn wurde von 30 auf 35 Pf. pro Stunde erhöht; gefordert waren 38 Pf. Die zehnstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Ueberstunden und Ueberlandarbeit werden mit 5 Pf., Sonntags- und Nachtarbeit mit 10 Pf. Zuschlag entschädigt. In Guben wurde der Vertrag bis zum 1. Januar 1907 verlängert. Der Lohn stieg von 37 auf 41 Pf. pro Stunde; gefordert waren 45 Pf. Auch hier bleibt die Arbeitszeit eine zehnstündige. Für Ueberstunden und Ueberlandarbeit gibt es 5 Pf. und für Wasser-, Mann-, Karolinens- sowie Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. Zuschlag pro Stunde.

Zur Lohnbewegung der Landschaftsgärtner. Bei den Verhandlungen über die Forderungen der Landschaftsgärtner haben die Arbeitgeber bekanntlich erklärt, die Gehältern möchten dafür sorgen, daß er einmal die Stadt Berlin für ihre Gärten den 55 Pf.-Stundenlohn einführe, was ja allerdings auch nach den kürzlich veröffentlichten Vorschlägen der städtischen Pardeputation noch nicht einmal für die ständig beschäftigten Gärtnergehältern der Fall sein wird, während die Saisonarbeiter von der geplanten Lohnregelung überhaupt ausgeschlossen sind. Diese Umstände veranlassen die Ortsverwaltung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins am Dienstag eine öffentliche Verammlung der in den städtischen Parks und Gartenanlagen, wie der in der gewerblichen Landschaftsgärtner tätigen Arbeiter zu veranstalten. Abrecht, der Redakteur des Jahrganges des Gärtnervereins, hielt das Referat. Er schilderte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Gärtnern, Garten- und Parkarbeiter im Sinne des in Nummer 43 des „Vortwärts“ veröffentlichten Artikels und bezeichnete diese Verhältnisse als ein Hemmnis der gegenwärtigen Lohnbewegung. Der Redner bemerkte ferner, daß er es für viel zweckmäßiger hielte, wenn die städtischen Gärtnern und Gärtnerarbeiter dem Gärtnerverein statt dem Gemeindearbeiterverband angeschlossen wären. Hieran knüpfte sich eine lange Debatte, in der die Grenzstreitigkeiten zwischen diesen beiden Organisationen eine große Rolle spielten. Außerdem bemerkte der Sekretär Dittmer vom Gemeindearbeiterverband, daß die in diesem Verband organisierten Gärtnern und Gärtnerarbeiter mit den Vorschlägen der Pardeputation keineswegs zufrieden seien und noch Stellung dagegen nehmen würden. Doch hätten die Privatunternehmer nicht so ohne weiteres recht, sich bei Ablehnung der an sie gestellten Forderungen auf die schlechten Verhältnisse der städtischen Gärtnern zu berufen. Was in dem erwähnten Artikel siehe, sei zum Teil nicht richtig. Ebenso äußerten sich andere Verbandsmitglieder, städtische Gärtnern und Gärtnerarbeiter.

Die Schneider in Charlottenburg befinden sich, wie schon mitgeteilt wurde, in einer Lohnbewegung. Bis zum 4. März wird die Antwort der Arbeitgeber auf die ihnen überreichten Forderungen erwartet. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende Forderungen: Erhöhung der Afford-, Wochen- und Stundenlöhne; Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Mindestlohn zu jedem Tarif; Anerkennung der Organisation; Einführung von Lohnbüchern zu Händen der Arbeiter; Bezahlung der Nacharbeit, der Ueberstunden sowie der Extraarbeiten; Auszahlung der Löhne am Freitagabend.

Deutsches Reich.

Tarifverhandlungen der Lithographen und Steindrucker. Doch die Verhandlungen, welche dieser Tage in Leipzig geführt wurden, ohne Resultat abgebrochen worden sind, teilen wir gestern schon mit. Zum Abbruch der Verhandlungen gaben die Gehälternvertreter eine Erklärung ab, um deren Veröffentlichung wir ersucht werden. Sie lautet:

Die Gehälternvertreter erklären aus folgenden Gründen die Verhandlungen abbrechen zu müssen: Die vorgeschlagene Zeit der Tarifdauer von 5 Jahren und die Länge der Uebergangszeit sind ebenso unannehmbar, wie die Zumutung, bei Aufhebung der örtlichen Tarife Verschlechterungen eintreten zu lassen. — Die Situation würde für die Gehälternschaft anders liegen, wenn die Stärke der Unternehmer-Organisation eine sofortige, allgemeine Einführung des Tarifs erwarten ließe. Da dies aber nicht der Fall ist, die Einführung des Tarifs vielmehr lediglich Sache der Gehälternorganisation sein wird, so sind die Gehälternvertreter der Auffassung, daß die Gehältern bei örtlichem Vorgehen, welches auch zwecks Einführung des Zentraltarifs unermesslich wäre, günstiger Abschlüsse erzielen werden als die Vorschläge der Prinzipalvertreter darstellen. — Die Gehälternvertreter protestieren gegen die Auffassung, als hätte die Gehälternschaft nicht weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt. Dieses Entgegenkommen zeigte sich schon bei Stellung der Anträge. — Sie betrachten das Entgegenkommen der Prinzipale darum als ein geringes, weil die so niedrig gestellten Anträge der deutschen Prinzipalität auf ein weites Entgegenkommen zugeschnitten sind, so daß nur Schein der größeren Rücksichtigkeit vorhanden ist. — Die Gehälternvertreter glauben die Zustimmung sämtlicher deutschen Kollegen zu haben, wenn sie Herrn Stadtrat Dr. Kernmann (dem Verhandlungsleiter. Red. d. „V.“) ihren Dank für seine anerkennenswerten Bemühungen aussprechen.

Lohnbewegung der Formner und Gießereiarbeiter.

In verschiedenen Industrieorten Deutschlands beschäftigen sich die Formner und Gießereiarbeiter gegenwärtig mit der Einleitung einer Bewegung, die von Deutschen Metallarbeiterverbänden vorbereitet ist und eine allgemeine Regelung der Arbeitsverhältnisse für ganz Deutschland zum Zweck hat. Die aufgestellten Forderungen sind den Unternehmern bereits eingereicht. Hauptächlich wird gefordert: zehnstündige Arbeitszeit, mögliche Vermeidung der Ueberstunden, falls sie unerlässlich sind, Bezahlung derselben mit einem Zuschlag von mindestens 10 Pf. Gelernte Formner sollen einen Anfangslohn von 4 M. pro Tag, Hülfсарarbeiter einen solchen von 3 50 M. erhalten. — Für die Affordarbeit sollen folgende Bestimmungen gelten: Dem Arbeiter wird vor Uebernahme jeder Arbeit der Affordpreis mitgeteilt und der verdiente Betrag voll ausbezahlt. Der festgesetzte Affordpreis wird nur dann einer Reduktion unterworfen, wenn dies durch Veränderung in der Konstruktion oder Arbeitsmethode begründet ist. In den Fällen, wo ein Arbeiter ohne sein Verschulden bei Ausführung einer Arbeit zu einem neu festgesetzten oder revidierten Affordpreis den mit ihm vereinbarten Stundenlohnverdienst nicht zu erreichen vermag, wird der vereinbarte Lohn gewährleistet. — Außerdem wird gefordert, daß für Fehlgang, der ohne Verschulden des Arbeiters entstanden ist, der Stundenlohn vergütet wird. Die Entscheidung, ob ein Verschulden des Arbeiters vorliegt, soll einer paritätischen Kommission überlassen werden.

Die Schiffbauwerkstätten des Steinfirer Vulkan befinden sich wegen Lohnhöherungen im Streik. Um strengste Fernhaltung des Zuzuges ersucht die Streikleitung.

Ausland.

Gendarmen und Dragoner zum Schutze der Unternehmerinteressen. Ein Stück Klassenkampf spielt sich zurzeit in den Salinen von Giraud ab; dort ist seit Wochen eine Ausperrung im Gange. Die Verhältnisse, die von dort kommen, lassen auf geradezu ruffische Zustände schließen. Es handelt sich um kaum 500 Arbeiter. Obwohl diese noch keinerlei Ruheforderungen begangen, sind doch 150 Dragoner und 100 Gendarmen in den abgelegenen Ort eingerückt, um die „Freiheit der Arbeit“ zu schützen. Der Belagerungszustand ist verhängt; die Kantine und die Wirtschaftsgebäude sind von Truppen besetzt, so daß die Arbeiter keine Lokale mehr haben, wo sie ihre gemeinschaftlichen Mahlzeiten, die sie seit Ausbruch des Kampfes eingerichtet hatten, verzehren können. Die Milch für die Kinder beginnt zu mangeln, Kohlen zur Feuerung gibt die Direktion der Salinen selbst gegen Geld nicht ab. Die Ausländer (meistens Italiener) müssen innerhalb 24 Stunden das Land verlassen haben. Eine Anzahl von diesen hatte Spargelder bei der Direktion; als sie die Herausgabe derselben forderten, wurden sie brutal vom Werke heruntergetrieben. Das Versammlungsrecht ist vollkommen aufgehoben; das Streikkomitee und viele andere Arbeiter sind verhaftet.

Was sind die Ursachen dieses Kampfes, der in seiner Brutalität in Frankreich fast beispiellos dasteht? Die Salinen von Giraud, verbunden mit chemischen Werken, gehören der belgischen Gesellschaft Solbay und liegen ganz isoliert im Departement Nord-du-Pas-de-Calais. Diese Gesellschaft hat noch 17 ähnliche Werke in Frankreich und heimt alljährlich Millionen ein. Die Ursachen des Kampfes liegen bis Ende Januar zurück. Ein Arbeiter, dessen Löhne systematisch gekürzt wurden, wandte sich zur Wahrung seiner Interessen an die Gewerkschaft. Das genügte der Direktion, um denselben sofort zu entlassen. Unterhandlungen lehnte sie ab und so kam es zum Streik. Die Arbeiter forderten die Wiedereinstellung des Gemahrgestellten und die Herabsetzung der Mieten ihrer miserablen Wohnungen, welche die Gesellschaft ihnen zur Verfügung gestellt. Die Direktion wollte wohl auf eine geringe Herabsetzung der Mieten eingehen, gleichzeitig aber eine gründliche Rüstung ihrer Arbeiterschaft vornehmen; das hieß nichts anderes, als diejenigen fortzujagen, die mit Energie die Organisation der Arbeiter aufbauten hatten. Die Arbeiter schlugen vor, die Differenzen dem Friedensrichter zur Entscheidung zu unterbreiten, aber auch dies wurde abgelehnt und die Werke gänzlich geschlossen. Die Direktion sah nun eine Frist, bis zu der die Arbeiter wieder in das alte Joch zurückgekehrt sein sollten. Dies hatte ebenso wenig Erfolg, wie die Aufforderung, ihre Entlassungsdokumente entgegenzunehmen. Während über diesen Mißerfolg wandte sich die Direktion an den Verfechten und forderte, trotzdem die Ruhe in keiner Weise gestört worden war, eine Vernehmung der Polizeigewalt zum Schutze der Freiheit der Arbeit. Es rüdten in den kleinen Ort 150 Gendarmen ein, welche sich in allerhand Provokationen gegen die Streikenden ergingen. Wenn es bisher noch zu keinem blutigen Zusammenstoß gekommen ist, so ist das lediglich dem kalten Blute der Arbeiter zu danken. In den letzten Tagen ist, wie erwähnt, die Truppenmacht bedeutend verstärkt und die oben mitgeteilten Maßnahmen gegen die Streikenden erlassen worden. Es fragt sich nun, ob man so weit gehen wird, die Arbeiter aus ihren Wohnungen zu verjagen; das formelle Recht hätte die Direktion, denn die Häuser gehören ihr. Wird die Regierung der Republik auch in solchem Falle den ausländischen Kapitalisten, die Millionen aus den Knochen der Arbeiter pressen, ihre Unterstützung leihen?

Die Organisation der niederländischen Eisenbahner.

Von dem Wiedererstarken der Niederländischen Vereinigung von Eisen- und Straßenbahnpersonal zeugt ein außerordentlicher Kongreß, den diese Organisation, die durch die Niederlage im Generalfreistreit von 1903 fast gänzlich vernichtet schien, am 25. Februar in Zutphen abhielt. 10 Ortsabteilungen waren hier vertreten und anherden war eine große Zahl von Gästen anwesend sowie ein Delegierter des Verbandes der Kontoristen der „Staatsbahn“. Der Vorsitzende Dubogest bemerkte in seiner Eröffnungsrede, die Tatsache, daß sich das Parlament fast eine volle Woche mit den Beschwerden des Bahnpersonals befaßt, sei an sich schon ein erfreuliches Zeichen von dem Fortschritt der Organisation. Er erwähnte ferner, daß in dem Maße, wie der Einfluß der Vereinigung wächst, die anderen nach dem Generalfreistreit gegründeten Organisationen in das Nichts versinken. Der mit so viel Respekt von einigen Jugenikern errichtete Verband von Staatsbahnpersonal ist soeben in der vorigen Woche nach einem Leben von Nichtstun fast entfallen, erklärte er. „Bedenkt man, was unsere Vereinigung seit den Ereignissen von 1903 alles an Verfolgung und Widerwärtigkeiten aller Art durchmachen mußte, und daß wir trotz alledem wieder eine respektable Organisation mit ungefähr 1800 aktiven Mitgliedern geworden sind, dann muß man erkennen, daß im proletarischen großen Kräfte schlummern, die nicht zu vernichten sind, die sich nach jedem Rückschlage unmittelbar wieder offenbaren.“

Beschlossen wurde auf dem Kongreß, eine Widerstandsklasse zu gründen und demgemäß die Beiträge zu erhöhen. Ferner wurde über die auf Veranlassung der Regierung eingeführte Gruppenvertretung und die daraus entsprossenen Kategorisierungsklassen diskutiert und schließlich in einer Resolution erklärt, daß man sich dieser auf Zerstückelung berechneten Gruppenvertretungen bedienen müsse, um die Organisation selbst zu stärken. Zum Schluß wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht eine Agitation für die Verstaatlichung der Eisenbahnen einleiten sollte. Bei der Stellung, die der Minister Aard zu den Beschwerden der Eisenbahner angenommen hat, wurde es jedoch in Frage gestellt, ob es gerade unter diesem Ministerium angebracht sei, so sehr auf Verstaatlichung zu dringen. Die Frage soll jedoch auf der Jahresversammlung im Mai erwogen werden. Bekanntlich sind die niederländischen Bahnen Privatunternehmungen, aber die der Staat nur ein Aufsichtsrecht besitzt. Da sich die eine der großen Gesellschaften „Staatsbahngesellschaft“ nennt, wird im Ausland leicht der Irrtum erweckt, daß es sich um wirkliche Staatsbahnen handelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Hamburger Wahlentrichtung.

Hamburg, 28. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Bürgerchaft fand zunächst eine lebhafte Debatte über die Zulässigkeit der Enbloe-Akademie des Wahlgesehes statt. Nach Sanktionierung der Zulässigkeit dieser Abstimmungsart wurde dann das Wahlgeseh mit Dreiviertel-Mehrheit angenommen. Demnach ist die Wahlentrichtung nunmehr endgültig beschlossen.

Berggrütisch.

Zusbruck, 28. Februar. (R. S.) Die Bregenzeralbahn wurde durch einen kolossalen Felseneinsturz zwischen den Ortschaften Langeneck, Krumbach und Boganz verschüttet. Der Verkehr ist auf längere Zeit vollständig gestört.

Sie geben Klein bei.

Budapest, 28. Februar. (R. S.) Sämtliche Beamte des Pester Komitates stellten sich der Regierung zur Verfügung und nahmen den Dienst wieder auf.

Krieg im Frieden.

Lemberg, 28. Februar. (R. S.) Infolge von Gewalttätigkeiten, die nach Auflösung einer in Rignow abgehaltenen Versammlung verübt wurden, wurde die Befestigung einer Anzahl Bauern in der Gemeinde Ladzke bei Rignow verfügt, welche beschuldigt waren, Ausschreitungen begangen zu haben. Die Militärabteilung, welche die Verhafteten eskortierte, wurde von einer großen Menge von Bauern überfallen. Das Militär machte von den Wajonetten Gebrauch, und als dies erfolglos blieb, von der Feuerwaffe. Sechs Personen wurden getötet.

Bombenfunde.

Minsk, 28. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zwei gefüllte Bomben wurden heute in der Straße gefunden und der Polizei übergeben.

Zwölf Personen ertrunken.

Madrid, 28. Februar. (R. S.) Aus Bilbao wird gemeldet, daß in der Nähe ein Rauchen unterging, wobei 12 Personen ertranken.

Reichstag.

63. Sitzung. Mittwoch, den 23. Februar, 1 Uhr.

um Bundesratliche: Freiherr von Stengel. Erster Punkt der Tagesordnung ist der Antrag Rißler (konf.) und Genossen auf Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Abg. Rißler (konf.) begründet den Antrag, wonach Personen des Unteroffizier- und Mannschaftenstandes, welche an den Kriegen 1870/71 und den vorhergehenden Jahren teilgenommen haben, wenn sie auf einen Unterhalt von weniger als 600 M. angewiesen sind, und wenn ihre Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, oder wenn sie das sechzigste Lebensjahr vollendet haben, eine Beihilfe von jährlich 120 M., die in monatlichen Raten im Voraus zu zahlen sind, bekommen sollen.

Reichschatzsekretär Freiherr von Stengel: Die verbündeten Regierungen haben zu diesem Initiativantrag noch nicht Stellung genommen, lassen es jedoch in keiner Weise an Wohlwollen für die Veteranen fehlen. Erst in den letzten Tagen haben sie dem Hause einen fünften Nachtragsetat für 1905 im Interesse von Veteranen, die 1905 nicht berücksichtigt werden konnten, vorgelegt. Es stehen dem Antrage Rißler aber erhebliche Bedenken gegenüber. Als die Veteranenbeihilfen geschaffen wurden, rechnete man mit einer jährlichen Ausgabe von 2 Millionen Mark. Der Reichsinvalidenfonds hatte damals einen Ueberschuß von 88 Millionen Mark. Jetzt kämpft er mit einer Unterbilanz von über 300 Millionen Mark.

Wir schätzen die Zahl der Veteranen zurzeit auf 620 000, von denen etwa 500 000 für eine eventuelle Unterstützung durch das Reich in Betracht kommen.

Gefährlich ist die bestimmte Einkommengrenze, trotz der großen lokalen, familiären und persönlichen Verschiedenheiten. Auch würde durch diese Einkommensgrenze von 600 M. und der Beihilfe von 120 M. ein Existenzminimum von 720 M. geschaffen werden, während für die Kriegsinvaliden nur ein Existenzminimum von 600 M. reichsgesetzlich garantiert ist. Der Kriegsinvalide kann doch aber nicht schlechter gestellt werden als der bloße Kriegsteilnehmer. Noch bedenklicher ist die Altersgrenze von 60 Lebensjahren. Das hieße doch reichsgesetzlich proklamieren: Nach 60 Jahren ist man nicht mehr erwerbsfähig! Sollte diese Bestimmung Befehl werden, so würde das Reich dadurch mit jährlich 50 Millionen mehr belastet werden. (Hört! hört!) Sollte aber der Antragsteller meinen, daß die Beihilfen nur dann zu gewähren sind, wenn das 60. Lebensjahr erreicht ist und Erwerbsunfähigkeit eintritt, so würde seine Annahme auch dann noch 27 Millionen kosten. (Große Unruhe im Hause.)

Der Antrag ist zum Teil überflüssig, zum Teil scheint er mir so bedenklich, daß ich nicht in der Lage bin, bei den verbündeten Regierungen ihn zu befürworten. (Beifall.)

Abg. Tischer (Z.): Das Ziel des Antrages ist gut. Doch können meine politischen Freunde sich nicht davon überzeugen, daß seine einzelnen Bestimmungen besser sind als die Ausführungsbestimmungen, welche der Bundesrat im letzten Jahre erlassen hat. Mit der Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission sind wir einverstanden.

Abg. Bod (Soz.): Die Sozialdemokratie ist — ungeachtet ihrer prinzipiellen Stellung zum Militarismus — immer für die Opfer dieses Militarismus eingetreten. Die kalte, lieblose und ungerechte Behandlung der Veteranen steht im schneidenden Widerspruch zu den Lobpreisungen der Macht und Herrlichkeit des deutschen Reiches. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch diesmal wird wieder für die Armen am wenigsten gesorgt. Klagen von Offizieren sind Ihnen wohl noch kaum, wenigstens nicht in dem Umfang zu Ohren gekommen. Gleich nach dem Kriege von 1870/71 setzte die ungleiche Behandlung der Soldaten und Offiziere ein. Aus den 5 Milliarden Kriegenschädigung wurden damals 5 Millionen Mark für 1 1/2 Tausend Heerführer bewilligt, also für jeden zirkla 1/3 Million, während 1/2 Million Reservisten mit 24 M. pro Kopf abgefunden wurden. (Hört! hört!) Auch hier kann der Staat eben seine Klassennatur nicht ganz verleugnen. Es hat lange genug gedauert, bis Reichstag und Bundesrat, getrieben durch den Ausschrei der öffentlichen Meinung, sich veranlaßt sahen, für die Veteranen etwas zu tun. Der Herr Schatzsekretär sagte, ihm sei fast keine Beschwerde zugekommen. Jeder von uns hat aber, glaube ich, ein Duzend Briefe und mehr in der Tasche mit Beschwerden von zurückgesetzten Veteranen. An den Herrn Reichschatzsekretär wenden sich diese kleinen Leute allerdings nicht, dazu sind sie zu unbedolten, sie gehen zu dem, der ihnen am nächsten steht. Es ist ein trauriger Zustand, daß heute noch zirkla 10 bis 15 000 Veteranen noch nicht im Besitz ihrer Rente sind. Es ist dieser Zustand wiederholt hier im Reichstag auch von nichtsozialdemokratischer Seite als himmelfärend, als schädig für das Deutsche Reich bezeichnet worden. Die Unklarheit der gesetzlichen Bestimmungen hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Veteranen mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden ist.

Dem Antrag Rißler stehen wir sympathisch gegenüber, doch geht er uns noch nicht weit genug. Sie werden zugeben, daß 120 M. zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind. (Sehr richtig!) Wir wünschen, daß die Veteranen mindestens 1 M. pro Tag bekommen, sobald sie über keine anderen Bezüge verfügen. Wenn Sie fragen, wo die Mittel herkommen, so meine ich, daß diese Mittel vorhanden sein müssen in einem Reiche, das über das größte Heer der Welt verfügt, das sich bemüht, die größte Flotte zu bauen, das an seine fürstlichen Familien zirkla 80 Millionen bezahlt. Statt der vielen Denkmäler in Marmor könnten sich die Fürsten kein besseres Denkmal setzen, als wenn sie für anständige und ausreichende Versorgung der Veteranen die Mittel geben. Ich erinnere an die Millionen für unsere vollkommen nutzlosen Kolonien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie auch nur ein, zwei Linienschiffe weniger bauen, haben Sie gleich 50 Millionen. Reinen Sie, daß die Stärke und Größe des Reiches von der Zahl seiner Linienschiffe abhängt und nicht vielmehr von der Bekraft der Mannschaften, mit der diese Schiffe bemannt werden sollen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und glauben Sie, daß es die Kriegsbegeisterung der jüngeren Generation antworten kann, wenn sie sieht, wie ihre Väter ein jammervolles Dasein führen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatz im Juliusturm könnte nicht besser verwertet werden, als wenn man die Zinsen dieser 120 Millionen den Veteranen zugute kommen ließe. Was hat denn dieser Schatz im Juliusturm für einen Wert? Wenn man im Kriegsfall nicht mehr hätte als ihn, dann wäre der Krieg von vornherein verloren.

Von der französischen Kriegenschädigung von 5 Milliarden Franc sind seinerzeit 172 Millionen für die preussischen Staatsbahnen in Beschlag genommen worden. Der preussische Staat sollte diese Summe verzinsen im Interesse der Veteranen. Die Mittel könnten ferner sehr gut aufgebracht werden im Wege einer Reichserbschafts- oder Vermögenssteuer.

Leidet hören wir, daß man nicht nur nicht daran denkt, die Erbschaftsteuer auf die Verstorbenen auszuweiten, sondern daß sie beinahe ganz fallengelassen werden soll. Die deutsche Bourgeoisie sollte es sich als höchste Ehre anrechnen, eine Steuer zu zahlen, die für diejenigen bestimmt ist, welche seinerzeit in den Krieg gezogen sind, um den Reichtum und die Existenz der Bourgeoisie zu verteidigen. Aber das fällt unserer deutschen Bourgeoisie gar nicht ein. Auch die Städte hätten die Verpflichtung, dazu beizutragen, das Los der Veteranen zu erleichtern. Bisher hat nur Hamburg 300 000 M. zu diesem Zwecke gegeben. Vielleicht hat es dadurch seinen durch die Wahlrechtsverfälscherung komponierten Ruf etwas heben wollen.

Wie wäre es weiter mit Sammlungen? Wenn es sich um Kirchenbauten oder ähnliche Dinge handelt, da heißt es ja immer: Wir fechten, wir fechten, wir fechten für das Vaterland! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In den jüngsten Tagen sind zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars zirkla 9 Millionen für wohltätige Stiftungen gesammelt worden. Wie wäre es, wenn die Ratgeber des Kaisers, der ja in diesen Tagen die Ehrenkompagnie von Veteranen abgeschritten hat, ihn veranlaßten, diese Summen für eine Stiftung für die Veteranen zu verwenden? Vor allem hätten, wie gesagt, die besitzenden Klassen die verdamnte Pflicht, für diese Soldaten zu sorgen. Wenn die Franzosen 1870 nach Deutschland gekommen wären, dann hätte die Bourgeoisie viel tiefer in denbeutel greifen müssen. Sie braucht sich also bloß auszurechnen, was sie profitiert hat dadurch, daß die deutschen Soldaten ihre Schuldbiligkeit getan haben. Vor einigen Tagen sagte Graf Pöschel: Der preussische Staat sei durch die preussischen Beamten grobgehungert. Nun — das Deutsche Reich ist durch die Veteranen grobgehungert worden.

Vielmehr werden den Veteranen ganz unberechtigterweise die Beihilfen verweigert. Vor dem Schöffengericht in Nürnberg stand vor kurzem ein Mann, der wegen Betrugs zur Verantwortung gezogen wurde. Er war 60 Jahre alt und infolge der Krankheiten, die er aus dem Feldzuge mitgebracht hatte, geschwächt. Er hatte ein Einkommen von 16 Mark monatlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Mann nicht hungern wollte, mußte er betteln. Tut er das, so wird er bestraft. Ein anderer Fall, der klaffend ist, hat sich vor kurzem in Königsberg ereignet: Der Veteran wendet sich an den Landrat um eine Unterstützung. Er erhält aber eine abschlägige Antwort, und diese wird durch einen Zufall in der „Königsberger Volkszeitung“ veröffentlicht. Da schreibt ihm der Kriegerverein, er solle sich verantworten oder er sei ausgeschlossen. Der Mann schreibt nun, daß er an der Veröffentlichung ganz unschuldig sei. Da schließt ihn der Verein aus. Der Mann geht zum Landrat, um sich einen Armenschein zu holen, damit er gegen die Ausschließung gerichtliche Klage erheben könne. Da schreibt ihm der Landrat: „Sie haben ja noch einige Wirtschaftsgüter, verkaufen Sie dieselben doch.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Apolda war ein Veteran, dem es am nötigsten fehlte. Die eine Tochter verdiente 6 Mark pro Woche, die andere 14 Mark. Da sagte man: Ihre Töchter können Ihnen ja helfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei war die eine Tochter selber krank. Der Mann ist im Elend gestorben und seine Tochter auch. So sind Hunderte und Tausende gestorben und verdorben. Aber je mehr man die Regelung hinausschiebt, desto billiger kommt das Reich dann fort, um so erbärmlicher aber muß es diesen Leuten gehen. Vor einigen Tagen sagte Herr Stöder: Wenn die Arbeiter sich an ihn und seine Freunde wenden wollten und den revolutionären Ideen abschwören würden, dann würden sie etwas für diese tun. Hier ist n i e m a n d e n Sie das! Der größte Teil der Veteranen gehört zu Ihren Leuten. Warum haben Sie für diese nichts getan? Diese Leute sind doch für Sie immer das kräftigste Element für Ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie. Warum lassen Sie die so schände im Stich? Warum weisen Sie diese Leute auf die Armenunterstützung an, die ihnen das Wahlrecht entzieht und sie den Jugendhäusern gleichstellt? Sie können sich doch wahrhaftig nicht wundern, wenn dadurch Unzufriedenheit entsteht und die Disziplin sich lockert. Es würde mir genügen, wenn meine Worte dazu beitragen, an Ihre heilige Pflicht zu erinnern: das allergrößte zu tun für die Männer, die den deutschen Besitz geschützt haben. Wenn Sie dieser Pflicht nicht eingedenk sind, wollen wir Sozialdemokraten zum mindesten Sie an Ihre Pflicht erinnern haben. Das Reich, dessen Lob und Preis, dessen Ruhm und Glanz Sie in Worten und Taten rühmen, sollte sich schämen, eine so lächerliche Summe nicht aufbringen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Oriola (nall.) bedauert auf das äußerste, daß auch bei dieser Gelegenheit der sozialdemokratische Redner das alte Lied vom Klassenhaß gesungen hat. Immer wieder haben die bürgerlichen Parteien Anträge zugunsten der Veteranen gestellt. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) haben dann dazu Abänderungsanträge gestellt, die völlig unbrauchbar waren. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Worte des Präsidenten.) Die Veteranen würden es sicher ablehnen, wenn zu ihren Gunsten das Reich auf den Neu neuer Kriegsschiffe verzichten wollte. Die Aufforderung aber, eine Art Reichswehrverein für die Veteranen zu gründen, kann ich doch nur als einen schlechten Scherz auffassen.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.): Es ist sehr bedauerlich, daß heute seitens der Sozialdemokraten nicht der Abg. Grünberg gesprochen hat, der selbst Veteran ist und aus dessen Reden noch etwas von der Erinnerung aus der großen Zeit herauszuhören war, sondern der Abgeordnete Bod, der auch diese Gelegenheit zu agitatorischen Zwecken benutzte und sich durchaus nicht orientiert über sein Thema erwiesen hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er scheint es nicht zu wissen, daß in Leipzig die sozialdemokratischen Stadtverordneten dagegen gestimmt haben, daß bei Gelegenheit der Silberhochzeit des erlauchten Kaiserpaars Gelder für die Veteranen bewilligt werden sollten. Sie haben also Ihre Abneigung gegen die Monarchie nicht einmal soweit zurückstellen können, daß sie die Veteranenbeihilfe bewilligt haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bargmann (fr. Sp.): Die Praxis der Behörden bei der Gewährung der Beihilfen ist nicht immer gleichmäßig gewesen. Namentlich sind Klagen darüber laut geworden, daß man auf die politische Bestimmung dabei Rücksicht genommen hat. (Hört, hört! links.) Man kann im Zweifel darüber sein, ob es opportun war, jetzt, wo wir an einem chronischen Defizit leiden, diesen Antrag zu stellen. Da er aber einmal eingebracht ist, so können meine politischen Freunde nicht gegen ihn stimmen.

Abg. Kullerski (Pole) vermißt bei der Regierung das richtige Verständnis für die Veteranen. Es handelt sich nicht um Gnadenbeweise, sondern um eine Pflicht des Reiches. Für die Vorbereitung eines Krieges, ist meine für die Vergrößerung von Heer und Flotte, hat das Reich stets genug Geld. Wir sind jetzt niemals sicher, ob ein Veteran, der zufällig Pole ist, auch die Beihilfen bekommt. Wir verlangen daher eine strikte Definition des Wortes „Unterstützungsbedürftigkeit“.

Es ist festgestellt, daß polnische Unterthanen Preußens im Jahre 1870 unter den Klängen polnischer Lieder in die Schlacht geführt worden sind. Singsen nun heute Veteranen diese selben Lieder, so wird ihnen die Berechtigung auf die Veteranenbeihilfe abgesprochen, weil diese Lieder als aufrührerisch betrachtet werden.

Abg. Dr. Rothsch (fr. Sp.): Wir werden nicht nur für die Ueberweisung des Antrages an die Kommission stimmen, sondern wir wären auch dafür, daß wir sofort zur zweiten Lesung des Antrages schreiten, um so mehr, als das Haus heute ja doch nicht viel stärker besetzt ist, als die Budgetkommission. (Weiterkeit und Zustimmung links.)

Gestern wurde mir aus meinem Wahlkreise Waldeck ein an den Kaiser gerichtetes Immediatgesuch zugefandt, um es weiter zu befördern. Es ist rührend und beschämend, daß ein alter Kämpfer bei der Gründung des Reiches sich an einem nationalen Feiertage an den obersten Kriegsherrn wenden muß, damit er nicht hungert. Deshalb befrühworten wir den Antrag Rißler, werden aber in der Kommissionsberatung, die ja vom Antragsteller selbst gewünscht wird, eine redaktionelle Änderung beantragen.

Abg. Werner (Antif.) fordert ebenfalls, daß die zweite Beratung des Gesetzes bald mit den entsprechenden Staatsmitteln auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Präsident Graf Balkeström: Dieser Wunsch ist schon von mehreren Rednern geäußert; ich bin aber verpflichtet, in erster Linie für die Erledigung des Budgets zu sorgen. Wenn das Haus aber anders beschließt, bin ich gebunden.

Abg. Jessen (Däne) tritt im Interesse der Teilnehmer des Krieges von 1864, auch derjenigen, die auf Seiten der Dänen gekämpft haben, für den Antrag ein.

Abg. v. Derken (Sp.) erklärt, er wünsche nicht, daß die Veteranenbeihilfen aus politischen Gründen entzogen würden. Wenn jemand Sozialdemokrat geworden sei, so betrachte er das als eine unglückliche Verirrung, für die man ihn nicht bestrafen dürfe.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.): Die Sozialdemokraten sollten doch ihr Geld aus der Bank von England erst einmal für die Veteranen der Arbeit verwenden. (Belächter bei den Sozialdemokraten.) Den Sozialdemokraten gehe es umgekehrt wie den Wienern. Die Wiener sauge auch aus den giftigsten Blüten Honig, die Sozialdemokratie verstehe es aber, auch aus der edelsten Blüte der Vaterlandsiebe Gift zu saugen und ins Land hinauszuspritzen. (Belächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nall.): Gerade den bürgerlichen Parteien ist es zu verdanken, daß für die Veteranen überhaupt etwas, — und ich muß betonen, viel gechehen ist. Dem Bundesrat können wir für seine Ausführensbestimmungen nur dankbar sein. Es können jetzt Fälle, wie sie Herr Bod anführte und wie ich sie wiederholt angeführt habe, nicht mehr wieder vorkommen.

Abg. Jubelil (Soz.): Herr Abgeordneter hat sich sehr aufgeregt über die Behauptung meines Freundes Bod, daß von dem Kriege 1870/71 die Bourgeoisie den größten Vorteil gehabt habe. Es ist doch aber unbestreitbar, daß die Arbeiterklasse aus diesen Siegen sehr wenig Vorteile für sich errungen hat. Daß sie überhaupt etwas davon gehabt hat, ist lediglich das Verdienst der Sozialdemokraten. Abg. Oriola behauptete ferner, daß Bod den § 17 des Gesetzes vom Jahre 1901 nicht zu kennen scheine. Ich bitte den Herrn Grafen Oriola, mit einem einzigen Fall vorzutragen, wo bei einer Offizierswitwe danach recherchiert worden ist, ob sie bei einem ihrer Söhne, Schwiegeröhne oder dergleichen das Essen erhält, und ob ihr daraufhin die Pension gekürzt ist, wie das bei Veteranenwitwen geschehen ist.

Der Herr Staatssekretär hätte auch darauf hinweisen sollen, welche Anstrengungen hier von Seiten dieses Hauses nötig wären, um die Regierung auch nur zu den Beihilfen, die sie jetzt gewährt, zu bewegen. Die Kriegsveteranen dürfen nicht auf das Wohlwollen des Bundesrats angewiesen sein, sondern alle diejenigen, die auf den Schlachtfeldern Frankreichs usw. ihre Gesundheit gefährdet haben, haben ein Recht auf die Beihilfen. Wenn der Staatssekretär gemeint hat, man könne doch die Veteranen nicht besser stellen als die Kriegsinvaliden, so muß eben nach unserer Meinung auch für die Kriegsinvaliden besser gesorgt werden. Statt dessen stimmte auch bei dieser Gelegenheit der Herr Staatssekretär ein Jammerlied über unsere Finanzen an. Aber Sie werfen jährlich Millionen hinaus. Allein für Deutsch-Südafrika ist in den letzten Jahren fast eine Viertel Milliarde verausgabt worden. Sie bewilligen Milliarden für Schiffsbauten und für eine Weltpolitik, denken also schon an einen neuen Krieg, der neue Invaliden erzeugen wird, bevor Sie die alten Veteranen von 1864—71 sicher gestellt haben. Wir Sozialdemokraten sind sicher nicht schuld an der Unordnung der Finanzen. Der Staatssekretär malt uns den Teufel an die Wand und gibt an, wieviel diese Veteranenbeihilfen im Jahre 1912 ausmachen werden. Aber dann werden ja die meisten Veteranen gar nicht mehr am Leben sein. Es ist schäme genug, daß wir schon so lange gewartet haben, daß so viele Veteranen nicht mehr in den Besitz dieser Beihilfen gekommen sind und daß die anderen nur noch eine kurze Spanne Zeit haben, um in ihren Besitz zu gelangen. Sie haben durch den Chinofeldzug neue Kriegsinvaliden und neue Kriegsveteranen geschaffen, aber auch für diese sorgen Sie nicht ausreichend. Straußellos haben Sie die Lebensmittel verteuert und setzen nun die Kriegsinvaliden der verteuerten Lebenslage aus. Und Sie wagen es nicht, die Regierung zu zwingen, die Veteranenbeihilfen um ebensoviel zu erhöhen, als die Verteuerung des Lebens ausmacht. Mein Freund Bod hat schon ausgeführt, auf welche Weise die Mittel für eine Erhöhung der Beihilfen beschafft werden könnten, und er hat weiter ausgeführt, daß uns der Antrag Rißler nicht weit genug geht. Hunderte von Beschwerden laufen ein, aus denen hervorgeht, daß hungernden Veteranen die Beihilfen nicht gewährt werden, weil ihr Existenzminimum noch nicht genügend herabgesetzt ist. Alle diese Beschwerden stammen vom Lande, nicht aus den Städten. Der Grund ist also der, daß die Gewährung der Beihilfen vom Wohlwollen des Herrn Landrats abhängt. Deshalb müssen wir ein Gesetz schaffen, nach dem die Gewährung in Zukunft nicht mehr den einzelnen Behörden überlassen ist. Die Festsetzung des Existenzminimums von 600 M. ist ein sehr vernünftiger Vorschlag. Dann bedarf es keiner langen Untersuchungen mehr, ob jemand unterstützungsbedürftig ist oder nicht. Aber die Unterstützung muß größer sein und auch für die Witwen muß noch besser gesorgt werden als es der Antrag Rißler will. Ebenfalls erwarten wir von der Kommission, daß die Bestimmung, wer als „unwürdig“ erklärt wird, Beihilfen zu empfangen, genauer definiert wird.

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hätte sich erst genauer über die parlamentarische Geschichte dieses Antrages informieren sollen, ehe er die Behauptung aufstellte, die Sozialdemokratie hätte kein Herz für die Veteranen. Wir haben namentlich stets dagegen protestiert, daß von den fünf Milliarden Kriegenschädigung für die Veteranen fast nichts mehr übrig geblieben ist. Ferner hat Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg gesagt, die Chemnitzer „Volksstimme“ habe 1871 die deutschen Soldaten bekämpft. Hätte sie wirklich das geschrieben, was er anführte, so wäre zweifellos der Staatsanwalt eingeschritten, und das ist nicht der Fall gewesen. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie, wenn es zum Kriege käme, der deutschen Armee in den Rücken fallen würde, erklärt ich für eine infame Verleumdung.

Präsident Graf Balkeström: Sie dürfen einem anderen Abgeordneten keine infame Verleumdung vorwerfen. Falls Sie den Abg. Liebermann v. Sonnenberg gemeint haben, müßte ich gegen Sie einschreiten.

Abg. Jubelil (fortfahrend): Ich habe den Abg. Liebermann v. Sonnenberg gemeint, der die Sozialdemokratie auf diese Weise beleidigt hat.

Präsident Graf Balkeström: Darauf rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Jubelil: Dem Antrage auf Ueberweisung des Antrages Rißler an die Budgetkommission stimmen wir zu. (Bravo!)

Abg. Graf Oriola (nall.) stellt gegenüber dem Abg. Bod fest, daß die Bestimmungen über die Veteranenbeihilfen für Offiziere und Gemeine gleich seien.

Damit schließt die Besprechung. Persönlich bemerkt Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Dem Abg. Jubelil gegenüber bemerke ich, daß Herr Bebel und Johann Jacob ein berechtigtes Beispiel dafür sind, wie die Sozialdemokraten auffordern, dem Heere in den Rücken zu fallen. Das beweist ja der Prozeß des Herrn Bebel, der wegen Aufruhrs verurteilt ist.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat mich einer Handlung bezichtigt, deren ich mich niemals schuldig gemacht habe. Ich bin niemals wegen Aufruhrs angeklagt gewesen. Es man solche Behauptungen andrückt, soll man sich um die Tatsachen kümmern. (Zurufe rechts.) Wenn Sie Hochverrat und Landesverrat nicht unterscheiden können, bedauere ich Sie um Ihre geistigen Fähigkeiten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Aus der Tatsache, daß Herr Bebel wegen Hochverrats angeklagt war, schließe ich allerdings, daß er 1870 dem Heere, das vor dem Feinde stand, schaden wollte.

Abg. Bebel (Soz.): Die damalige Anklage hat mit dem 70/71er Kriege nichts zu tun.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat der Justizverwaltung, Polizeiverwaltung und des Reichs-Eisenbahnamts.)
Schluß 9/10 Uhr.

Berichtigung.

Genosse Fritz Kumerl erhebt sich um folgende Mithingstellung:
In Nr. 46 des „Vorwärts“, 1. Beilage, 3. Spalte läßt mich der Reichstagsbericht irrtümlich sagen: „Der alte Bogen Kanzeipapier, den ich dabei unterrichtig, kommt gegenüber der Wichtigkeit des Aktensüdes, das ich dadurch der Öffentlichkeit zugänglich machte, nicht in Betracht.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Das wäre — von einer Hypothese kann nicht die Rede sein — ein von mir unumwunden abgegebenes Zugeständnis. Eine derartige Wendung habe ich nicht gebraucht, wie der stenographische Bericht der 51. Sitzung vom 23. Februar 1906 zeigt, und zwar auf Seite 1541, Spalte 2 C. D., wo etwa 80 Zeilen von dem angezogenen Dresdener Urteil handeln. Inhaltlich sagte ich ungefähr: „Einige Bogen Kanzeimaterial, die ich nach Ansicht der Dresdener Richter unterschlagen haben soll, kommen gegenüber der Wichtigkeit meiner Veröffentlichung nicht in Betracht; denn sie geschah im Interesse überaus schwer Verurteilter. Es handelte sich um 25—30 Soldaten, die zu einem halben Jahre bis zu 15 Jahren Gefängnis — hauptsächlich wegen Insubordinationen — im Geheimverfahren verurteilt worden waren. Die Wichtigkeit lag ferner damals (1891—93) in dem Nachweis der Notwendigkeit der Öffentlichkeit des kriegsgerichtlichen Verfahrens sowie endlich tatsächlich im Interesse weitest möglicher militärischer und nichtmilitärischer Volksteile.“

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom Mittwoch, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.

Präsident v. Kröcher teilt mit, daß die Glückwünsche des Präsidiums zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars und zur Hochzeit des Prinzen Eitel Friedrich huldvoll entgegengenommen seien.
Hierauf wird die zweite Lesung des Kultusetats fortgesetzt.

Abg. Jisché (Z.) bezeichnet es als dringend geboten, die Lage der ländlichen Volksschullehrer zu verbessern.

Abg. Ernst (fr. Vg.) erkennt mit dem Vordredner die Tatsache der Landflucht der Lehrer an und stimmt ihm auch darin zu, daß materielle Besserstellung das beste Heilmittel sei.

Abg. v. Heydebrand (L.): Unsere gesamte Fraktion sympathisiert mit allen Bestrebungen auf Hebung des Lehrerstandes, jedoch sieht sich aus allgemeinpolitischen und finanziellen Gründen die Mehrzahl meiner politischen Freunde außer Stande, für den Antrag Jedlitz zu stimmen. (Beifall rechts, Unruhe links und in der Mitte.)

Abg. Nesbitzel (st.) befragt den Antrag Jedlitz besonders unter Hinweis auf die Schulzustände in den gemischtsprachigen Provinzen und auf die dort von der Lehrerschaft zu erfüllende nationale Aufgabe. (Beifall.)

Abg. Kopsch (fr. Vp.): Eine Aufbesserung der Lehrer ist um so notwendiger, als die Lehrer in unserer so gereiften Zeit die Rolle sozialer Friedensstifter zu spielen haben. Freilich die häßlichen und gefährlichen Angriffe, die die konservative Presse gegen die berufenen Organisationsorgane der Lehrerschaft zu richten pflegt, dienen nicht gerade dazu, den Lehrern diese hohe Aufgabe zu erleichtern. Die „Kreuzzeitung“ z. B. spricht von „Schwägern und Hehern“ und beschwert sich über den Ton der Lehrertage. Ich möchte aber fragen: Sind je die Lehrertage in den Ton der bekannten Bundesversammlungen im Jütland-Buch verfallen? (Sehr gut! links.) Die nationale Gesinnung der deutschen Lehrerschaft steht so turmhoch, daß Verdächtigungen der „Kreuzzeitung“, des „Reichsboten“ und ähnlicher Blätter sie nicht berühren.

Auch die geistige Schulaufsicht, gegen die sich das gesteigerte Selbstgefühl der Lehrer sträubt, ist ein Grund für den Lehrermangel. Evident ist es, daß auch Abg. Frhr. v. Jedlitz die Notwendigkeit sachmännischer Schulaufsicht betont hat. Hoffentlich wird er mit uns auf die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht hinarbeiten. Nebenher geht schließlich auf den Fall des Lehrers Ridel in Traloch ein und fragt den Minister, ob es wahr sei, daß ohne Wissen der Schulräte von der Schulabteilung auf Veranlassung des Herrn von Setzungen ein Bericht über die Angelegenheit des Lehrers Ridel an das Landwirtschaftsministerium gegeben worden sei. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Hasenberger (natl.): Die Regierung sollte auch die Gemeinden zu besserer Besoldung anhalten und die weiblichen Lehrkräfte nicht als Lohnbrüder verwenden.

Wie manche Lehrerin muß im Schweiß ihres Angesichts für jüngere Brüder oder Schwestern sorgen.

Kultusminister Dr. Studt: Der Lehrermangel ist namentlich auf die in früheren Jahrzehnten unterlassene Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten zurückzuführen, und durch die jetzige Vermehrung dieser Anstalten ist eine Besserung eingetreten.

Den Antrag v. Jedlitz auf Einstellung von 2 Millionen in den nächstjährigen Etat kann die Regierung nicht annehmen.

Die Klagen über ein Uebermas von Beaufsichtigung der Lehrer kann ich als berechtigt nicht anerkennen. Die Unterrichtsverwaltung muß den Unterricht in tunlichst weitem Umfange revidieren.

Ein Regierungskommissar erklärt im Namen des Finanzministers, daß dieser nicht in der Lage sei, dem Antrage Jedlitz zuzustimmen. (Gört! hört!)

Abg. Dr. Wizerki (Pole) klagt über die Schulpolitik der Regierung in den gemischtsprachigen Provinzen und namentlich darüber, daß nicht einmal mehr der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde.

Minister Dr. Studt erklärt, daß die zum Schutze des Deutschlands getroffenen Maßregeln durchgeführt werden müssen.

Abg. v. Sagen (Z.) bittet, privaten Seminaren die Erteilung von Einjährigzeugnissen zu gestatten.

Ein Regierungskommissar sagt Erwägung zu.

Abg. Meyer (natl.) bespricht einen Fall, in welchem einem Volksschullehrer die Erlaubnis zum Besuch der Universität verweigert wurde.

Minister Dr. Studt kennt den Fall nicht.

Die Resolution Jedlitz wird gegen die Stimmen der Freikonserverativen, der Freisinnigen und der Nationalliberalen abgelehnt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Außerordentliches Extraordinarium der Bauverwaltung.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Chineseneinfuhr. — Der Etat an der Sonne. Die Etats für Samoa und Kiautschou nahmen die gestrige Sitzung der Budgetkommission in Anspruch, so daß die angelegte Beratung der Petition der Quaaupflinger verschoben werden mußte. 20 000 M. forderte die Regierung, um in Wia (Samoa) die Eingeborenen, die zwischen den Besitzungen Weiber wohnen, zum Domizilwechsel nach außerhalb der Stadt zu veranlassen. Das soll aus allgemeinen hygienischen Interessen geschehen. Die Kommission strich jedoch die geforderte Summe. Zur weiteren Einfuhr von Chinesen forderte die Regierung 50 500 M.; die Kommission strich davon 25 000 M. Abg. Ledebour besprach die schweren Gefahren, die in gesunder, heftiger Beziehung mit der Einfuhr von Chinesen verknüpft sind; speziell bringen die Kulis oftmals die Verpfändung mit. Geheimrat Kose erklärt, diese Krankheit existiere schon seit 20 Jahren auf Samoa. — Beim Etat für Kiautschou belämpfte Abg. Debel die

geforderten Aufwendungen für Befestigungen und Minensperrungen, und besprach im Anschluß daran die militärische und politische Situation in Ostasien, die für Deutschland keine allzu rosige sei. Staatssekretär v. Tirpitz ließ sich dann über die projektierten Befestigungsbauten aus. Abg. Ledebour charakterisierte den „Platz an der Sonne“ als ein total verfehltes Experiment. Deutschland tue am besten, wenn es sobald als möglich diesen Platz räume, der, nebenbei bemerkt, bei einer Gesamtausgabe von 14,3 Millionen Mark im kommenden Etatsjahr 13,6 Millionen Mark Zuschuß erfordert. Belämpft wurde vom Abg. Sadelum die für den Gouverneur geforderte Gehaltserhöhung von 42 000 auf 50 000 Mark. Die Abstimmung wurde ausgesetzt und die Weiterberatung auf heute vertagt.

Aus der Partei.

Klatzsch und Tratsch mit einem starken Stich ins Verleumderische verbreitet als Staats- und gelehrte Sachen die „Königl. privilegierte Verlinische Ztg.“, genannt Tante Voh, über das Ausscheiden des Genossen Vorchardt aus der Redaktion der „Königsberger Volksz.“. Von den mit einer Sauce von heuchlerischem Getue übergossenen, mit allerhand aus den Fingern gelogenen Invektiven garnierten Tatsachen, die die „Vossin“ aus der „Königsb. Hartungischen Ztg.“ nachlässig, registrieren wir zur Charakterisierung des Gewässers folgendes:

„Genosse Vorchardt wurde im vorigen Herbst krank, und da hat ihm der Parteivorstand einen Erholungsurlaub bewilligt. Während des Urlaubs ist Vorchardt nach dem Besten gereist zu einer Agitationstour. Das hat Braun nicht haben wollen. Da hat ihm Genosse Vorchardt einen großen Brief geschrieben, und nun hat der Parteivorstand dem Genossen Vorchardt die Stelle als Redakteur zum 1. April 1906 gekündigt. . . Der Parteivorstand betrachtet sich als sein Arbeitgeber. Er ist gegen den Arbeitgeber — — gewesen und nun fliegt er hinaus. . .

„Nun will ich schließen und nur noch schreiben, warum Vorchardt den Redakteurposten niedergelegt hat. Der Genosse Vorchardt hat in einem Briefe an die Bezirksführer mitgeteilt, daß einer den Linde wegen Unterschlagung beim Gericht angezeigt hat. Vorchardt hat auch Termin bekommen und ihm ist zuerst gewesen, als wenn er einen Schlag vor den Kopf bekommen hat, und hat nichts ausgesagt wollen. Da hat ihm der Untersuchungsrichter gesagt, er muß aussagen, da hat Genosse Vorchardt ausgefragt wie in der Vertrauensmännerversammlung. Dann ist Vorchardt nach Hause gekommen und hat den Redakteurposten niedergelegt und will aus der Partei austreten.“

Dazu bemerken wir dieses: 1. Der Parteivorstand hat den Genossen Vorchardt nicht als Redakteur angestellt. Das gehört nicht in seine Kompetenz. 2. Der Parteivorstand hat Vorchardt nicht gekündigt, dazu hat er auch gar kein Recht. 3. Genosse Vorchardt ist nie gegen den Parteivorstand gewesen. — Damit ist die Tendenz und „Wahrheit“ der Auslassung schon gekennzeichnet. Aber Tante Voh, in gewissenhafter Pflichterfüllung der Sozialisten vernichtenden Nachlässigkeit mußte das Lügenkind selbst ab, indem sie kritisch nachbrudert, daß Genosse Vorchardt selbst gekündigt hat. Beim Schwindeln sollte man doch etwas vorsichtiger sein. Wäßen die Leser nun einmal Räuberposten aus dem „roten Lager“ verdauen, dann sollte man sie doch nicht noch dazu plump beleidigen, indem von ihnen verlangt wird, Geschichten für bare Münze zu nehmen, die den Stempel der Erfindung und Falschmünzerei an der Stirn tragen. An dem Gesichtswort ist richtig, daß eine anonyme Denunziation gegen den Genossen Linde bei der Staatsanwaltschaft eingegangen ist. Der Erfolg wird auch jedenfalls wohl den Schatz der Tante an Staats- und gelehrte Sachen bereichern, aber angenehm wird die Akquisition kaum sein, denn wenn aus der Sache irgend etwas wird, dann wahrscheinlich ein von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen den Denunzianten wegen wissentlicher falscher Anschuldigung. Weiter auf den Klatzsch der Tante einzugehen, lohnt sich wahrlich nicht der Mühe.

Die Waffe muß es bringen. Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Massenanstalten können zu der Meinung verführen, daß man auch in der Justiz nach dem Prinzip arbeitet: Großer Umsatz, kleiner Nutzen! Jedenfalls hat die Koblenzer Staatsanwaltschaft mit ihren Massenanstalten gegen Flugblattverbreiter kein glänzendes „Geschäft“ gemacht, wenn sie die Erzielung vieler Verurteilungen als ihre Aufgabe betrachtet. Wie unser Kölner Parteiblatt mitteilte, war gegen 38 an sechs verschiedenen Orten des dortigen Bezirks wohnende Personen das Ermittlungsverfahren wegen Vergehen gegen die §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches und die §§ 10 und 41 des Preßgesetzes eingeleitet, also eine besonders große Aktion geplant. Jetzt ist sie etwas bescheidener geworden und will sich mit zwei Opfern, je einem Genossen aus Kreuznach und Airm, begnügen, die wegen Vergehen gegen die § 130 des Strafgesetzbuches (Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander) unter Anklage gestellt wurden. Den § 131 (Verächtlichmachung) hat man fallen lassen. Den übrigen 34, von denen je einer in Koblenz, Neuenahr und Neuwied, zwei in Airm, neun in Oberlein und zwanzig in Kreuznach wohnen, wurde ein Beschluß des Landgerichts Koblenz zugestellt, daß sie auf Antrag der Staatsanwaltschaft mangels ausreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt seien. Einerseits sei nicht genügend festgestellt, daß sie von Inhalt, Zweck und Tragweite des Flugblattes voll unterrichtet waren; andererseits sei die Verbreitung lediglich von Haus zu Haus erfolgt. Es fehle sonach einestheils an dem Erfordernis der Verbreitung an öffentlichen Orten im Sinne des § 10 des Preßgesetzes und im übrigen greife § 43 Absatz 5 der Gewerbeordnung Platz. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. — Wenn nicht mit juristischer Bildung belastete Laien, aus Unkenntnis der Gesetze, anderen Personen oder Korporationen Kosten verursachen, dann sind sie — von Rechts wegen — regreßpflichtig; die Staatsanwaltschaft, die „objektive Behörde“, kann — irren so viel sie will, die Staatskasse, das heißt die Steuer zahlende Bevölkerung muß die Kosten für die juristischen — Irrtümer der Juristen zahlen. Auch: von Rechts wegen!

Spaltung in der schweizer sozialdemokratischen Partei. Den Austritt aus der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat die am Sonntag in Lugano abgehaltene Delegiertenversammlung der tessinischen sozialdemokratischen Partei beschlossen. Der Grund hierzu ist die Stellung des Oltenner Kongresses zur Frage des Antimilitarismus.

Die Wahlerfolge der englischen Arbeiter beginnen ihren Einfluß auch auf die Kolonien geltend zu machen. Aus Kanada wird berichtet: Vor wenigen Tagen war in Maisonneuve in der Provinz Quebec eine Nachwahl vorzunehmen. Der Kreis war bisher von einem Konservativen besetzt, der bei der letzten Wahl mit einigen Tausend Stimmen über seine liberalen Gegner siegte. Die Wahl schlug der Genosse Bawil, ein Gewerkschaftsführer, den konservativen Gegner mit einer Majorität von 1073 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien sind von diesem Ausgang ganz überrascht, und die Ansicht, daß der Erfolg der englischen Arbeiter mit zu dem Siege beigetragen hat, ist eine allgemeine.

Sozialdemokratischer Verein in Bremen. Nach dem Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins in Bremen wurden im vergangenen Jahre 18 565,90 M. Einnahmen erzielt bei 14 980,55 M. Ausgaben, verbleibt ein Bestand von 3585,35 M. Die Mitgliederzahl beträgt 3710 männliche und 202 weibliche, also insgesamt 3912. Die Einnahmen der Bibliothek waren 631,88 M., der eine Ausgabe von 584 M. gegenüberstehen, der Kassenbestand ist 47,88 M. Entliehen wurden 1318 Bücher gegen 688 M. Vorjahre. Der Kassenbestand des Wahlfonds beträgt 2276,51 M.

Trane nicht dem — Amtsanwalt. In einem Prozeßbericht hatte die „Märkische Volksstimme“ erwähnt, der amtierende Amtsanwalt habe auf die sonderbare Tatsache hingewiesen, daß der der Ueber-

letzung von Polizeiverordnungen angeklagte Stadtrat Schmidt von der Polizeiverwaltung nur mit 3 M. Geldstrafe belegt worden sei, während andere Hausbesitzer das Dreifache hätten blechen müssen. Die amtsanwaltschaftliche Konstatierung war aber inoffizell, weil die Polizei regelmäßig nur 3 M. Geldstrafe festsetzte. — Die Polizei schickte sich deshalb beleidigt und stellte gegen den Amtsanwalt — nicht, wohl aber gegen den Richterstatter und den Redakteur der „M. Volksst.“ Strafantrag.

Soziales.

Rechtlosigkeit der Landarbeiter.

Von der Rechtlosigkeit der Landarbeiter und dem „Recht“ der Großgrundbesitzer legen zwei Gerichtsverfahren bezeichnendes Zeugnis ab, deren Schilderung wir unserem Bruderorgan, der medienburgischen „Volkszeitung“, entlehnen:

1. Der Gutspächter Ehlers in Zidhusen hat im Jahre 1904 regelmäßig am Ersten jedes Monats die dem Altenteiler Johann Voh gehörige Altersrente auf dem Postamt erhoben, indem er dem Beamten stets eine Quittung mit der Unterschrift des Altenteilers Voh vorlegte. Diese Unterschriften hatte Ehlers aber selbst angefertigt, und zwar ohne Wissen und Willen des Altenteilers Voh! Die Rentenbeträge behielt Ehlers für sich! Voh erstattete später Anzeige gegen Ehlers und beantragte dessen Bestrafung wegen Urkundenfälschung.

Der Erste Staatsanwalt Hende in Schwerin leitete auch ein Verfahren gegen den Beschuldigten ein. Das Ergebnis der Untersuchungen war die Feststellung des Tatbestandes, wie er vorstehend geschildert ist. Wer aber auf die Erhebung der Anklage gerechnet hat, geht fehl. Denn vor einigen Tagen ging dem Altenteiler Voh folgender Bescheid des Ersten Staatsanwalts Hende zu:

„Auf Ihre Strafanzeige vom 24. November 1906 gegen den Gutspächter Ehlers in Zidhusen wegen Urkundenfälschung teile ich Ihnen mit, daß das Verfahren von mir eingeleitet worden ist. Nach den Ergebnissen der angeforderten Ermittlungen ist Gutspächter Ehlers des Glaubens gewesen, Sie seien, da er für Sie zu sorgen hatte und geforgt hat, damit einverstanden, daß die Quittungen durch ihn für Sie vollzogen würden. Bei dieser Sachlage entfällt der Tatbestand einer Urkundenfälschung. Der Erste Staatsanwalt Hende.“

Der „gute Glaube“ hat also diese Stütze der Ordnung davor bewahrt, mit dem Gefängnis Bekanntschaft zu machen. Die „Glaubenshänke“ derer von Ar und Halm ist einfach pyramidal — wer wagt's nicht glauben!

Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Gutspächter auch wider Gesetz und Recht als Erbsch für die Gewährung des Altenteils sich zunächst die ganze Rente zugute kommen ließ. Nach dem Bestimmung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes steht den Armenverbänden als Ersatz für die einem Alters- oder Invalidenrentner gewährte Unterstützung nur der halbe Betrag der Rente zu, sofern die Unterstützung nicht in der Unterbringung in einer Anstalt besteht. Letzteres war aber bei dem Altenteiler Voh nicht der Fall. Nachträglich hat allerdings Herr Ehlers einen Teil der Rente wieder herausgerückt.

2. Am 28. August 1905 — man merke das Datum — waren in Galenbeck bei Alstedt, dem Generalmajor Eberhard von der Landen gehörig, die Hofgängerinnen auf der Wiese mit Sandstreu beschäftigt. Als Aufseher war ihnen beigeordnet der Statthalter Behndt. Diesem mußte nun bei jener Arbeit des Streuens als besonderes Knebelobjekt die Hofgängerin Meta Buchholz dienen. Und als die letztere schließlich den Kommandierenden Herrn Statthalter aufmerksam darauf machte, daß sie ja mehr leiste als die anderen, rief er ihr zu, sie solle das Maul halten! „Nun, erdreiste sie sich“ — wir reden hier mit den Worten des Herrn Affessors Dr. Ackermann — das Mädchen, zu antworten: „Das täte nicht nötig, denn ihr Mund sähe ja.“ Dies war für den Herrn Statthalter das Zeichen, zum tätlichen Angriff überzugehen. Er packte die Hofgängerin bei den Armen, kniff sie und stieß sie vor sich her. Die Mädchen schrie mehrmals auf und bat, er möge von ihr lassen. Als der Statthalter dann aber nicht folge leistete, schlug sie schließlich mit der Schaufel, die sie in der Hand hatte, um sich und traf den Statthalter auch in der Seite. Nun entriß dieser der Hofgängerin die Schaufel, warf das Mädchen zu Boden, hielt es nieder und bearbeitete es mit der Faust.

Empört über diesen Vorfall, erstattete der Vater der Hofgängerin, dem mehrere Zeugen des Auftrittes bestätigten, daß seine Tochter sich durchaus nichts zuschulden haben kommen lassen, was den Statthalter berechtigt hätte, sich an dem Mädchen zu vergreifen. Anzeige bei dem Gendarmen Burmeister. Dieser erklärte aber, daß er die Sache nicht zur Anzeige bringen könne, vielmehr müsse Buchholz Privatklage gegen den Statthalter anstrengen. Buchholz tat dies denn auch sogleich.

Vergebens aber warnten Vater und Tochter auf Nachsicht seitens des Gerichts. Es geschah nichts in der Sache. Wohl aber erhielt die Tochter — eine Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung. Der Statthalter Behndt hatte sie nachträglich angezeigt unter der Beschuldigung, sie habe ihn, als er sie bei den Armen gefaßt gehabt hätte und sie nicht habe loslassen wollen, zweimal mit der Schaufel in die Seite geschlagen.

Am 20. Oktober 1905 — man merke wieder das Datum — saßen im Schöffengerichtssaale zu Stavenhagen der Affessor Dr. Ackermann und die beiden Erbpächter Scheibel, Neu-Jürgensdorf und Behrens-Gulow über die Hofgängerin zu Gericht und verurteilten sie wegen Körperverletzung auf Grund des § 223a St.-G.-B. unter Annahme mildernder Umstände, zu fünfzehn Mark Geldstrafe.

Da, am 17. Dezember 1905 — man merke wieder das Datum — erhielt der Vater der Verurteilten vom Amtsgericht Stavenhagen, unterzeichnet mit „Ackermann“ folgendes Schriftstück: „Sie haben am 2. September d. J. eine Privatklage gegen den Statthalter Behndt erhoben, da dieser angeblich Ihre Tochter mißhandelt hat. Durch ein bedauerliches Versehen der Gerichtsschreiberei ist diese Privatklage erst heute dem unterzeichneten Richter zur Verfügung vorgelegt, so daß die Angelegenheit eine erhebliche Verzögerung erlitten hat. Der unterzeichnete Richter hat angeordnet, daß die Sache nunmehr aufs äußerste beschleunigt wird.“

Und dann, ausgangs Januar 1906, bekam die Hofgängerin Meta Buchholz dieses Schreiben:

Beschluß.

In der Privatklage des minderjährigen Meta Buchholz zu Galenbeck, geschlichtet vertreten durch ihren Vater, den Arbeiter Christian Buchholz zu Galenbeck, gegen den Statthalter Behndt zu Galenbeck wegen Körperverletzung.

Die am 2. September 1905 erhobene Privatklage wird zurückgewiesen. Die Kosten dieses Beschlusses einschließlich der dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen werden der Privatklägerin auferlegt. Denn nach dem Ergebnis des gegen die Privatklägerin wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleiteten Strafverfahrens — hiesige Akten D 67/05 — ist für festzustellen, daß der Beschuldigte ihr zwar am 27. August 1905 einige Schläge ins Gesicht gegeben und sie zu Boden geworfen hat, daß er dies aber getan hat, um die Privatklägerin davon zu verhindern, daß sie ihn mit einem Spaten noch weiter in die Seite schlage, mithin zur Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs (§ 53 St.-G.-B.).
Stavenhagen, 20. Januar 1906.
Großherzogliches Amtsgericht.
gez. Aufschmann.

Wir brauchen uns nicht in weitschweifige, juristische Betrachtungen dieser kleinen Episode aus der Geschichte der medienburgischen Justiz einzulassen; schon deshalb nicht, weil sie etwas Ueberflüssiges nicht mehr bietet. Hinweisen wollen wir nur darauf, daß durch das angebliche Versehen der Gerichtsschreiberei die Rollen in der gerichtlichen Aktion vertauscht wurden. Aus der Zeugin

Meta Buchholz in der von ihrem Vater beabsichtigten Privatklage wurde der Zeuge Behnde in dem Strafprozeß. Und so wurde denn auch aus der von dem Statthalter bei den Armen gepfunden, gekniffenen, zu Boden gemorfenen und mit den häuften bearbeiteten Hofgängerin die Gesundheit, ja das Leben des Statthalters bedrohende Furie — und aus dem prügeln Statthalter wurde die rechtswidrig angegriffene verlorperte Unschuld.

Der Bauarbeiterstreik auf die lange Bank geschoben.

Der Bauarbeiterstreik, so dringend notwendig er ist, bleibt ungeteilt, weil weder die Reichsregierungen noch die Regierungen der Einzelstaaten ihn ernstlich wollen. Kürzlich haben in Dortmund sich wegen der Bezahlung einiger Ausgaben zum Zweck des Bauarbeiterstreikes der Staat und die Stadt herumgeritten. Jetzt liegt wieder ein Fall vor, daß der Einzelstaat für seine Untätigkeit vorläßt, es handle sich um eine Reichsfrage. Bei Beratung der ersten Kommission des Landesausschusses von Elfaß-Lothringen überwiegen Position des Staats der Verwaltung des Bauarbeiters zu ergreifen beabsichtige und ob nicht eine landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiterstreikes getroffen werden könne, von der Regierung erwidert, daß zunächst der Erfolg der vom Reich in Aussicht gestellten Schritte abgewartet werden müsse. Die Elfaß-Lothringische Regierung hat aber keinen Schritt getan, um das Reich für einen Bauarbeiterstreik in Bewegung zu setzen. Der dem Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion schon in der verflochtenen Reichstagskammer vorgelegte Gesetzentwurf zeigt, daß ein Bauarbeiterstreik leicht reichsrechtlich einzuführen ist, wenn man nur will.

Ministerielle Polizeiverordnung über den Handel mit Giften. Der Kultusminister, der Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe haben unter dem 22. Februar eine gestern im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Polizeiverordnung über den Handel mit Giften erlassen, die heute in Kraft tritt. Aus der Verordnung dürften allgemein nur folgende die Abgabe der Gifte behandelnden Vorschriften interessieren: „Gift darf nur an solche Personen abgegeben werden, welche als zuverlässig bekannt sind und das Gift zu einem erlaubten gewerblichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecke benutzen wollen. Sofern der Abgebende von dem Vorhandensein dieser Voraussetzungen sichere Kenntnis nicht hat, darf er Gift nur gegen Erlaubnisbescheinigung abgeben. Die Erlaubnisbescheinigung werden von der Ortspolizeibehörde nach Prüfung der Sachlage ausgestellt. Dieselben werden in der Regel nur für eine bestimmte Menge, ausnahmsweise auch für den Bezug einzelner Gifte während eines im Jahr nicht übersteigenden Zeitraums gegeben. Der Erlaubnisbescheinigung verliert mit dem Ablauf des vierzehnten Tages nach dem Ausstellungstage seine Gültigkeit, sofern auf demselben etwas anderes nicht vermerkt ist. An Kinder unter vierzehn Jahren dürfen Gifte nicht ausgehändigt

werden.“ Eine Reihe in der Verordnung bezogener Gifte darf ferner nur gegen schriftliche Empfangsbekundigung (Giftschein) des Erwerbers verabfolgt werden. Wird das Gift durch einen Beauftragten abgeholt, so hat der Abgebende auch von diesem sich den Empfang bescheinigen zu lassen.

Hus der Frauenbewegung.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei, der aus politischen und gewerkschaftlichen Frauenvereinen besteht, hielt am 25. Februar in Kristiania seine Jahresversammlung ab. Es waren acht Vereine durch Delegierte vertreten. Der Verband zählt 300 Mitglieder. Es wurde beschloffen, für die Anstellung weiblicher Polizeibeamtinnen zu wirken. Ferner soll der Verbandsvorstand eine rege Tätigkeit für die Organisierung der Arbeiterinnen in den verschiedenen Berufen und Fabrikbetrieben entfalten. Als Vorsitzende des Verbandes wurde Frau Westerdahl gewählt.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminhallen die Generalversammlung statt. Wir bitten um rege Beteiligung unserer Mitglieder, da Bericht und Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung stehen. Der Vorstand.

Verband der Friseurgehülften Deutschlands, Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 1. März, abends 9 1/2 Uhr, Sophienstr. 17/18: Generalversammlung. Tagesordnung: Die Kündigung des Vertrages und welche Forderungen unterbreiten wir den Arbeitgebern? Nur Mitglieder haben Zutritt.

Zentralverband der Konditoren (Mitgliedskasse Berlin). Donnerstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhaller Vereinshaus, Rosenhallerstraße 57: Mitgliederversammlung für Waschgeld. Gäste willkommen.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands (Bezug Berlin). Donnerstag, den 1. März, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über: Die ersten Spuren geistiger Kultur bei den Naturvölkern. Referent: Privatdozent Dr. L. v. Biele. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten der Redaktion.

Heger, Niddorf. 1. 1891. 2. Fragen Sie an im Kunststübchen Bahnhof Alexanderplatz oder Anhalter Bahnhof. — Kanone. Wäher einzelnen Verleihen ist und nur der Streik im Jahre 1900 bekannt, der vom 19.—22. Mai währte. — „Burettenden“. 1. Der Sozialdemokrat ist bezogen was dazu gehört, um dies sein zu können, ist im Parteistatut festgelegt. 2. Diese Frage ist nicht auf prinzipiell, sondern besser von Fall zu Fall zu entscheiden. — G. B. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschaden-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 Pf. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 80—88, IIa 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 60—71, IIa 54—60, Schweinefleisch 74—79. Rothwild 1 Pfund 0,60—0,64. Damwild 0,58—0,68. Gänse 0,00—0,00. Kaninchen 0,70—1,00. Hühner pro Stück, alte 1,40—2,70, junge 0,00—0,00, do. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,50—0,70, alte 0,40—0,45. Gänse, Stück 1,80—2,00. Gänse pr. 100 Stk. Ia 0,00, IIa 0,00—0,00, russische 0,80—0,40 R. Schafschmide 00—0,00 R., Fäuder 7—14 R. pro 100 Stk. Schote 105—110, Schote, unsort. 00,00, Kote, groß 00,00, mittel 00—00; Kote 48—61, Karven 00, Abweilachs 00, Seelachs 00—00 R. pr. 100 Stk. Schottische Bohnen (gelben) 40—44 R. Eier, Schod 3,30—3,50. Butter pro 100 Pfund Ia 121—123, IIa 118—120, IIIa 115—118, abfallende 108—110. Kartoffeln pr. 100 Stk. rote 2,00—2,30, Weiße 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Birnenlohl pr. Schod 7,00—12,00. Reiskohl pr. 100 Stk. 4,25—4,50, Rotkohl pr. Schod 6,00—10,00, Kohl 13—16 R. Same Gurken, Schod 2,00 R., Pfeffergurken 2,00 R.

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (hohes Grad C)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (hohes Grad C)
Emmende	747	SW	3 bedekt	4	Darmstadt	739	SW	2 Schnee	-5
Hamburg	748	SW	3 bedekt	4	Heidelberg	749	SW	1 bedekt	-1
Berlin	749	SW	1 bedekt	5	Stettin	762	SW	5 wollig	6
Königsberg	752	SW	3 bedekt	6	Aberdeen	750	SW	2 bedekt	0
München	754	SW	3 Schnee	1	Paris	754	SW	2 bedekt	0
Wien	750	SW	bedekt	3					

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 1. März 1906. Zeitweise auflockernd, vorwiegend noch trübe, nachts etwas kälter, am Tage mild mit geringeren Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 27. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,50 Meter, bei Dresden - 0,93 Meter, bei Magdeburg + 1,90 Meter. — Unkrut bei Straußfurt + 1,50 Meter. — Oder bei Rathow — Meter, bei Bieslau Oberpegel — Meter, bei Bieslau Unterpegel — Meter, bei Frankfurt + 1,43 Meter. — Weichsel bei Braunsberg — Meter. — Warthe bei Bofen + 1,20 Meter. — Rye bei Ulf — Meter.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. jur. D. Georgi. Zur Reform des Wahlrechts für die Zweite kaiserliche Kammer. 81 Seiten. Preis 1,00 R. Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig.
Robert Bodringer. Kakanas Rede über den Selbstmordentwurf. Sonderabdruck aus den „Schweizerischen Blättern für Wirtschaft- und Sozialpolitik“. Heft 23/24. 1905. 24 Seiten. Druck von Scheitlin, Spring u. Cie., Bern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 1. März, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der schwarze Domino. Schauspielhaus. Die die Alten jungen. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Neues. Morgenröte. Westens. Schindler. Berliner. Jar Feodor Joannowitsch. Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Nacht der Finsternis. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Zwei glückliche Tage. Lessing. Der Ruf des Lebens. Metropol. Auf ins Metropol. Walhalla. Heimlich Heine. Die Balzhans-Kama. Kleines. Kinder der Sonne. Komische Oper. Don Pasquale. Heubenz. Der Prinzeßgemahl. Zentral. Der Vogelhändler. Trianon. Loulou. Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Was ich im Jahre. Vulkan. Der Verschwander. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Apollo. Die Herren Söhne. Apollo. Insel Lulipatan. Spezialitäten. Herrnsfeld. Familienfest im Hause Beckstein. Gollies Caprice. Nach dem Jagdenstreich. Der Bedene. Wintergarten. Zahard: „Die Kaiserin der Sahara“. — Spezialitäten. Urania. Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Herlauf 8 Uhr: Dr. Thesing: Das Problem der Befruchtung und Vererbung.

Berliner Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Zar Feodor Joannowitsch. Freitag: Onkel Wanja. Sonnab. 8. ersten Male: Nachtschl. Sonntag 9 1/2 Uhr: zu ermäßigten Preisen: Der Widerspenst. Zähmung.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Die Morgenröte. Freitag: Ein Sommernachtsstraum. Sonnabend: Erdgeist. Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Kinder der Sonne. Morgen: Kinder der Sonne. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Herlauf 8 Uhr: Dr. Thesing: Das Problem der Befruchtung und Vererbung.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Zentral-Theater. (Operette.) 8 Uhr: Der Vogelhändler.

Komische Oper. Donnerstag, 1. März, abends 8 Uhr: Don Pasquale. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Don Pasquale. Sonntag 3 Uhr: Don Pasquale. 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Verschwander. Freitag: Benefiz F. Niedelich: Graf Oker. Sonnabend: Ein Sommernachtsstraum. Sonntag nachm.: Ein Sommernachtsstraum. Abends: Graf Oker. Montag: Die Waite aus Lomoo.

Apollo-Theater. Heute neues Programm: Liane d'Eve. Herkules u. Venus. Prolongiert! Gobert Belling mit seinen vierbeinigen Komikern. Prolongiert! Gipsy Woolf und ihre 6 Wiccaninis. 8 Uhr: Insel Lulipatan, Operette.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Auf in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. Zum 69. Male: ER & ICH.

Folies Caprice Budapest Possen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecks Friedrichstraße. Zum 165. Male: Nach d. Zapfenstreich. Vorher: Der Beheme u. d. ausgezeichn. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Boxerf. Igl. d. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Uebersetzt von Raphael Lomenschel. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Der Vogel im Käfig. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.). Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage. Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schöndörfen und Gustav Kadelburg. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Ueber unsere Kraft. (1. Teil.) Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

Freie Volksbühne. Sonntag, den 4. März, nachmittags 2 1/2 Uhr: Metropol-Theater. 1./2. Abteilung. Kater Lampe. Ein Frühlingsopfer. Carl Weiß-Theater. 8./9. Abteilung. MÄRZ-FEIER. Sonnabend, den 17. März, Brauerei Friedrichsbain. Programm u. a.: Sinfonie No. 3 Eroika. Beethoven. Violinkonzert Mendelsohn. Der Tempel der Menschheit (für Männerchor) Berlioz. Apotheose (komponiert in London 1848), für gemischten Chor und Solo Berlioz. Die rote Fahne (Männerchor) Czerwinski unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen. 229/9 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Verband der Wäsche- u. Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin. Sonnabend, den 3. März 1906, in den Gesamträumen von Kellers Festsaal, Kopenstr. 29: Das Neueste! Allernueste! Gr. Berliner Maskenball. Um 11.50 Uhr: Demaskierung — Große Pause. Während derselben: Reigenfahrten, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Modellier-Bundes „Solidarität“. Aufführung von Lebenden Bildern: a) Die fünf Sinne: 1. Gesicht. 2. Gefühl. 3. Geruch. 4. Geschmack. 5. Gehör. b) Volkstücker: 1. Verlassen, verlassen. 2. Ruh' ich denn zum 2. 3. bis 5. Rollen auf der Heide. 6. Porelet. 7. Valentinst. Auf den Galerien, in den Bandelgängen, im Tunnelaal sowie auf sämtl. Regeldahnen: Gr. Berliner Rummel. Die Musik wird von vier starkbesetzten Orchestern unter Leitung des Dirigenten Herrn Tietz ausgeführt. Anfang 8.30 Uhr, Einlaßkarten 50 Pf. Ende ??? Wir bitten, in möglichst originaler Kost zu erscheinen. Da sich auch dieses Fest würdig umsetzen in Berlin allbekanntesten Festsaal anziehen wird, bitten wir um zahlr. Besuch. Gäste herzl. willkommen. Tickets sind zu haben: O.: W. Eue, Kömigsbergerstr. 24, part.; Hergt, Wandwehstr. 1, part.; N.: P. Keller, Danzigerstraße 93, I.; Fr. Gericks, Badstraße 42—43; Aglton, Blümler 5, part. (Woods); J. Winkler, Kömigsbergerstr. 39, part.; W.: Fr. Jakob, Kömigsbergerstr. 39; S.: Ladewig, Rie Hofstr. 83; Fr. Weid, Büdlerstr. 45, IV, bei den Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten, Komiteemitgliedern sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften. 252/3 Die Ortsverwaltung. Das Komitee.

Schönhauser Allee 28. „Berolina-Säle“ Schönhauser Allee 28. Sonntag, den 4. März 1906: Heinrich Heine-Abend veranstaltet vom Theaterverein „Bühnenfreunde“ unter gütiger Mitwirkung der Oratorien-Konzert-Sängerin Martha Behnke-Sellin und des Rezitators Karl Albert Stripp. Wir bitten während der Vorträge nicht zu rauchen. Hierauf: Tanzkränzchen. Tanz frei! Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.

Zirkus Albert Schumann. Heute abend präyge 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm. U. a.: Zum 1. Male: Der größte und sensationellste Dressurakt der Gegenwart, vorgeführt von einer Dame. Herrn Julius Seeths wunderbarer dressierte Luise Mary. Ferner: Zum 75. Male: Die größte Pracht-Kunststülpentantomime in 7 Akten. Femina das neue Frankreich. Außerdem das vorzügl. Programm.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr. Das neue März-Programm. Antoinette Sohns Koloraturgängerin. Schwestern Fiacati das reizende Tanzduo. Fritz Schönbauer mit seinen lustigen Geschichten. Ferner: 14 originelle Spezialitäten.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute zum 122. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzeßgemahl. Satirischer Schwank in 3 Akten von E. Karroff und F. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Walhalla-Theater. Heinrich Heine. Lustspiel in 3 Akten von H. Heine. Hierauf: Die Balhans-Anna. Voffe m. Gef. 1. 2. Akt v. Daun u. Hodel. Am 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Kasino-Theater. Vorkriegsstr. 37. Täglich 8 Uhr. Die Herren Söhne. Volkstücker in drei Akten von Walter u. Stein.

Die Herren Söhne. Vorher neue bunte Märzprogramm. Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch. Neu! Dressierte Neu! 70 Eisbären 70 unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck. Zum 1. Male: Die Schokolierin Fr. Marie Elise. Herr Ernst Schumann, Neudressuren, u. die vorzügl. Programm-Nummern. Zum Schluss (am 9/), Uhr: Zum 100. Male! Indien. Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.

Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Carl Weiß-Theater. Hr. Franzfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Die lebende Brücke auf Kuba. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung (Heine Preise): Der gestiefelte Kater.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Grammerstr. 15. Große Extra-Vorstellung! Von Stufe zu Stufe. Lebensbild mit Gef. in 3 Akten v. Müller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2. Min. v. Bg. Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Debüt des brillanten März-Programms. Durchweg neue Nummern. Zum ersten Male: 'ne feine Nummer!

Berliner Uik-Trio. Felix Scheuer Uik-Trio. Café Meyer. Dresdenstr. 128/29. Kaffee 10 u. 15, Bier, heiß u. kalt, 10 Pf. ca. 50 Zeitungsp. 2 Billards. 24. 40 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Saharet
in der Burleske
„Die Kaiserin der Sahara.“
Alonso Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.
Madame Lo, lebende Bilder.
Franco Piper, Banjoisten.
„Rokoko“-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.
Newhouse und Ward, kom. Radfahr.
Alexia, Pariser Tänzerin.
Die 4 Rassen, Luftgymnastiker.
Gabriela Modi, Soubrette.
De Bière, Zauberkünstler.
Der Biograph.

Gebürder
Herrnfeld-Theater.
Fekter Monat
diesjähriger Spielsaison!
Zum 115. Male:
Familientag
im
Kause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den
Hauptrollen A. u. D. Herrnfeld in den
Hauptrollen.
Auf. 8 Uhr. Vorber. 11-2 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Abschiedsvorstellung
im alten Hause!!

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Meer 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Auf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommer-
feste sind noch frei.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Reut. „Mozart, Wagner,
Offenbach“.
Reizt. Zeitbild u. Reizel.
Anfang
Bodenst. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
-Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonn., Rest., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzen.
Sonn. 8 u. 11, Bodenst. 8 u. 11.
Dienst., Mittw.: Theat.-Ab.
Anmeld. f. b. gr. Theateraal
u. nächst. Salon (a. f. Mitt-
wochs) m. schon fest entg.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
an Oranienb. Tor
Zirka 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 55.
Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Der zweiten Bild:
Die sechs schönen Manolisigaretten.
Wunderdem
X das neue Februar-Programm. X

Otto Pritzkows
Berliner Anormitäten-Theater
Münstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und
Sterne der Liliputaner der Welt.
Die Fuch-Rünstlerin Margareta
Marjet, Hellescherin Armida, wahr-
sagende Wunderdame. Plus,
Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen,
2 Köpfe, 1 Kopf, lebend, etc.
Riesen, Boerge, Phänomen,
Kaffre usw.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bezirk Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.
Sonnabend, den 3. März 1906:
Großer Wiener Maskenball
in den Serolima-Sälen, Schönhauser Meer 28.
Eintritt 50 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Kommission.

Zur Beachtung! **Bezirk Süd-Osten.**
Die Zahlstelle 24 ist von Eisenbahnstr. 7 nach Muskauerstr. 9
bei Konrad verlegt. 61/8

Arbeiter-Baugenossenschaft
„Paradies“
zu Berlin. E. G. m. H.
Sonntag, den 11. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Buggenhagen
am Moritzplatz:

Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Erwählung zum Vorstand. 2. Statutenänderung. 3. Beschluß-
fassung über die Ausgabe von Anteilsscheinen für die Entwürfsarbeiten.
4. Etwasige Anträge der Genossen. 5. Geschäftliches und Verschiedenes.
Etwasige Anträge, welche auf die Tagesordnung der Generalversammlung
gesetzt werden sollen, sind bis spätestens Dienstag, den 6. März, an
den Vorstand, SO. Kottbuser Meer 44 einzuwenden.
Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der
Mitglieder, unbedingt zu erscheinen. Nur Mitglieder haben Zutritt! Ohne
Mitgliedsbuch kein Zutritt. 105/20

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0670.

Am Sonntag, den 4. März 1906, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,
Gosjenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Diskussion. 4. Neuwahlen (1. Bevollmächtigter,
2. Kassierer, 1. Revisor und 2. Beisitzer). 113/3
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
NB.: Die für Sonntag, den 4. März, angesetzte Bauanschläger-Versammlung
findet wegen der Generalversammlung nicht statt.
Zur Beachtung!
Die bisher im Restaurant Culo, Schivelbeimerstraße 2 belegene Zahlstelle wurde nach dem Lokal von
H. 3 n. 114, Wilsenerstraße 3 verlegt. — Nächste Zahlstellen wurden neu errichtet: Im Restaurant Götte,
Brandenburgstraße 18; im Restaurant Gaida, Hildorf, Riesenstraße 58; im Restaurant Nierich, Hildorf,
Germannstraße 152; im Restaurant Weniger, Brix, Werderstraße 27.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.

Sekt. d. Gips- u. Zementbranche. Gruppe Rabitzputzer.
Freitag, den 2. März 1906, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung der Gruppe der Rabitzputzer.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zur Beitragszahlung für
das Jahr 1906. 2. Verschiedenes. 137/9
NB. Zu dieser Versammlung haben nur die Kollegen Zutritt, die 75 Pf. Beitrag bezahlen.
Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert es, daß alle in Betracht kommenden Kollegen zu dieser Ver-
sammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Sonntag, den 4. März 1906: 4/10
Revolutionärer Dichter-Abend
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal.
XXX Feste, Gesang und Rezitationen. X Nach dem Konzert: Tanz. XXX
Mitwirkende: Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Bloß (Postvortrag).
Frau Klossack-Müller (Gesang). Herr Max Laurence und Fräulein Fey
(Rezitationen). Herr Waldemar Schmid, Komponist (Begleitung).
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Einlaß 50 Pf. inkl. Garderobe u. Liedertexte.
Billetts sind an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben.

Brauerei F. Happoldt
Berlin S. Hasenheide 32-38
empfiehlt ihr
Lager-Münchener-Bier
Tip-Top=
in Flaschen und Gebinden.
Telephon: Amt IV, No. 9115. 5635L*

Stadt-Theater Moabit
Mit-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 1. März:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Adam und Eva.
Große Hoffe mit Gesang in 3 Akten
von Rannstäd.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Elysium Landsberger Allee
Nr. 40-41.
Jns. G. Eisermann.
Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: O. Frick und
F. Kascho-Krauss.
Anfang 8 Uhr.
Gitarre 10 Pf.
Vorzugsarten gelten.
Nachher: Freitanz.

Spandau.
Allgemeine
Orts-Krankenkasse.
Am Freitag, den 9. März 1906,
abends 8 Uhr,
im Victoria-Garten:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Rechnung des Vor-
jahres und Bericht der Rechnungs-
prüfungskommission.
2. Bericht über die Verschmelzungs-
angelegenheit unter eingehender
Beleuchtung des Zweckes derselben.
3. Erwählung eines Vorstandes-Mit-
gliedes (Arbeitsnehmer).
4. Verschiedenes und Kenntnisnahme
von verschiedenen Verträgen.
Der Vorstand.
A. Kleinert, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0670.

Am Sonntag, den 4. März 1906, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,
Gosjenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Diskussion. 4. Neuwahlen (1. Bevollmächtigter,
2. Kassierer, 1. Revisor und 2. Beisitzer). 113/3
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
NB.: Die für Sonntag, den 4. März, angesetzte Bauanschläger-Versammlung
findet wegen der Generalversammlung nicht statt.
Zur Beachtung!
Die bisher im Restaurant Culo, Schivelbeimerstraße 2 belegene Zahlstelle wurde nach dem Lokal von
H. 3 n. 114, Wilsenerstraße 3 verlegt. — Nächste Zahlstellen wurden neu errichtet: Im Restaurant Götte,
Brandenburgstraße 18; im Restaurant Gaida, Hildorf, Riesenstraße 58; im Restaurant Nierich, Hildorf,
Germannstraße 152; im Restaurant Weniger, Brix, Werderstraße 27.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.

Sekt. d. Gips- u. Zementbranche. Gruppe Rabitzputzer.
Freitag, den 2. März 1906, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung der Gruppe der Rabitzputzer.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zur Beitragszahlung für
das Jahr 1906. 2. Verschiedenes. 137/9
NB. Zu dieser Versammlung haben nur die Kollegen Zutritt, die 75 Pf. Beitrag bezahlen.
Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert es, daß alle in Betracht kommenden Kollegen zu dieser Ver-
sammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Sonntag, den 4. März 1906: 4/10
Revolutionärer Dichter-Abend
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal.
XXX Feste, Gesang und Rezitationen. X Nach dem Konzert: Tanz. XXX
Mitwirkende: Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Bloß (Postvortrag).
Frau Klossack-Müller (Gesang). Herr Max Laurence und Fräulein Fey
(Rezitationen). Herr Waldemar Schmid, Komponist (Begleitung).
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Einlaß 50 Pf. inkl. Garderobe u. Liedertexte.
Billetts sind an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben.

Brauerei F. Happoldt
Berlin S. Hasenheide 32-38
empfiehlt ihr
Lager-Münchener-Bier
Tip-Top=
in Flaschen und Gebinden.
Telephon: Amt IV, No. 9115. 5635L*

Dankfagung. Für die so zahlreich
eingegangenen Glückwünsche zu unserer
Silberhochzeit, Herrn B. Kanaale für
die schöne Ansprache, dem Vizepräsidenten
der Freimaurer für den erbedenden
Besuch sagen wir auf diesem Wege
unseren herzlichsten Dank. 7128
A. Räder und Frau, Eremmensestr. 2.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Montag verstarb unser Mit-
glied und Bezirksführer, der Maurer
August Löwenstein
Stroßlunderstr. 26
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Friedens-
Kirchhofes in Niederhönhausen
(Nordend) aus statt. 247/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Freie Vereinigung
der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Mitglied
Aug. Löwenstein
Zahlstelle Norden I
am 26. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 1. d. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs der Friedens-
gemeinde, Niederhönhausen, aus
statt. 129/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 26. Februar verstarb unser
lieber Kollege und Mitarbeiter,
der Schriftfeger
Oskar Christoph
nach langer Krankheit sanft und
ruhig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 5 Uhr von der Leichen-
halle des neuen Hans-Richthofes
in Nordend aus statt.
Die Arbeiter u. Arbeiterinnen
der Firma
Riefenstahl, Zumpke & Co.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kolleger
Fritz Specht
am 25. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags um 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes in Hildorf, Hermannstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
113/6 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin. Bezirk 17.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
Friedrich Specht
am 25. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Don-
nerstag, den 1. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofes in Hildorf
aus statt. 253/3
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Johannisthal.
Todesanzeige.
Am Montag, den 26. Februar,
verstarb nach kurzen schweren
Leiden unser Mitglied
Wilhelm Laval.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Rudower Kirchhofes
aus statt. 292/5
Der Vorstand.

Achtung!
Losegut per Pfund 85 Pf.,
zusammengesetzt aus Sumatra, Bra-
sil, Java, Vorterland, Domingo, Rio-
Grande und Paraguay. Gemahlte
Tabake zur Zigarettenfabrikation em-
pfehlen bei größter Auswahl zu
äußerst billigen, aber festen Preisen
Hamburger Rohtabakhaus.
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 100.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreissen, Nerven-
schmerzen, Mittelweh, verschlimmert
durch unzeitlichen Gebrauch von
Reichel's „Electricum“
(sicherliches Reifermodell-Waldmoos-
öl). Einleitet und unbeschädliches
Naturprodukt u. harter durchgreifen-
der, sofort schmerzstillender Wirkung.
Tausende verdanken „Electricum“
ihre Gesundheit. F. 1. - u. 2. - Die Wir-
kung wird noch erhöht d. den inneren
Gebrauch von Reichel's Waidmoos-
Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50,
u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken
erhältlich und zu beziehen auch
Otto Reichel, BERLIN 50, 42.
Man achte auf Firma und Wort
„Medico“.
Man verlange ausdrücklich
„Medico“ und nehme
keinesfalls andere
Füllungen.

Königsberger
Geld-Lotterie
Ziehung
10. März.
9580 Goldgewinn bar
ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn: Mark
75000
Originallose a 3 Mark.
Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft.
Berlin W., Friedrichstraße 181
u. Andreasstraße 46a.

Eck-Restaurant
Mittels wegen sofort billig veräußert.
Offerten unter P. M. 17 Post-
amt 112. 1276

„Kreuzberger Harmonie“.
Am Dienstag starb unser aller
lieber Mitglied
Karl Gerlach.
Wir werden ihm dauernd ein
ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 5 Uhr auf dem Kreuz-
kirchhof, Mariendorf, statt. 65/10

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Mechaniker
Karl Gerlach
gestorben ist. 113/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 2. März, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher
Textilarbeiter (Filiale Köpenick).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Otto Gohdes
im Alter von 18 Jahren infolge
Unfalls gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet vom
Trauerhause Kuffenstraße Nr. 14
(Hans Braun) aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung
ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für
Schöneberg,
9. Bezirk.
Am 26. Februar verstarb plötzlich
am Schlaganfall unser Mitglied,
der Mechaniker
Karl Gerlach
im 56. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 2. März, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Heiligkreuz-Friedhofes in Marien-
dorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
15/4 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meiner Frau, sage ich allen An-
verwandten und Freunden sowie den
Genossen des Wahlkreises, den Mit-
gliedern des 9. Kremsbezirks sowie
dem Gelangverein „Rote Rote 1“
meinen innigsten Dank. 1195
Gustav Lehmann, Putzer.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Montag verstarb unser Mit-
glied und Bezirksführer, der Maurer
August Löwenstein
Stroßlunderstr. 26
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Friedens-
Kirchhofes in Niederhönhausen
(Nordend) aus statt. 247/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Freie Vereinigung
der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Mitglied
Aug. Löwenstein
Zahlstelle Norden I
am 26. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 1. d. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs der Friedens-
gemeinde, Niederhönhausen, aus
statt. 129/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 26. Februar verstarb unser
lieber Kollege und Mitarbeiter,
der Schriftfeger
Oskar Christoph
nach langer Krankheit sanft und
ruhig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 5 Uhr von der Leichen-
halle des neuen Hans-Richthofes
in Nordend aus statt.
Die Arbeiter u. Arbeiterinnen
der Firma
Riefenstahl, Zumpke & Co.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kolleger
Fritz Specht
am 25. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags um 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes in Hildorf, Hermannstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
113/6 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin. Bezirk 17.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
Friedrich Specht
am 25. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Don-
nerstag, den 1. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofes in Hildorf
aus statt. 253/3
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreissen, Nerven-
schmerzen, Mittelweh, verschlimmert
durch unzeitlichen Gebrauch von
Reichel's „Electricum“
(sicherliches Reifermodell-Waldmoos-
öl). Einleitet und unbeschädliches
Naturprodukt u. harter durchgreifen-
der, sofort schmerzstillender Wirkung.
Tausende verdanken „Electricum“
ihre Gesundheit. F. 1. - u. 2. - Die Wir-
kung wird noch erhöht d. den inneren
Gebrauch von Reichel's Waidmoos-
Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50,
u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken
erhältlich und zu beziehen auch
Otto Reichel, BERLIN 50, 42.
Man achte auf Firma und Wort
„Medico“.
Man verlange ausdrücklich
„Medico“ und nehme
keinesfalls andere
Füllungen.

Königsberger
Geld-Lotterie
Ziehung
10. März.
9580 Goldgewinn bar
ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn: Mark
75000
Originallose a 3 Mark.
Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft.
Berlin W., Friedrichstraße 181
u. Andreasstraße 46a.

Eck-Restaurant
Mittels wegen sofort billig veräußert.
Offerten unter P. M. 17 Post-
amt 112. 1276

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Johannisthal.
Todesanzeige.
Am Montag, den 26. Februar,
verstarb nach kurzen schweren
Leiden unser Mitglied
Wilhelm Laval.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Rudower Kirchhofes
aus statt. 292/5
Der Vorstand.

Achtung!
Losegut per Pfund 85 Pf.,
zusammengesetzt aus Sumatra, Bra-
sil, Java, Vorterland, Domingo, Rio-
Grande und Paraguay. Gemahlte
Tabake zur Zigarettenfabrikation em-
pfehlen bei größter Auswahl zu
äußerst billigen, aber festen Preisen
Hamburger Rohtabakhaus.
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 100.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreissen, Nerven-
schmerzen, Mittelweh, verschlimmert
durch unzeitlichen Gebrauch von
Reichel's „Electricum“
(sicherliches Reifermodell-Waldmoos-
öl). Einleitet und unbeschädliches
Naturprodukt u. harter durchgreifen-
der, sofort schmerzstillender Wirkung.
Tausende verdanken „Electricum“
ihre Gesundheit. F. 1. - u. 2. - Die Wir-
kung wird noch erhöht d. den inneren
Gebrauch von Reichel's Waidmoos-
Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50,
u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken
erhältlich und zu beziehen auch
Otto Reichel, BERLIN 50, 42.
Man achte auf Firma und Wort
„Medico“.
Man verlange ausdrücklich
„Medico“ und nehme
keinesfalls andere
Füllungen.

Königsberger
Geld-Lotterie
Ziehung
10. März.
9580 Goldgewinn bar
ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn: Mark
75000
Originallose a 3 Mark.
Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft.
Berlin W., Friedrichstraße 181
u. Andreasstraße 46a.

Eck-Restaurant
Mittels wegen sofort billig veräußert.
Offerten unter P. M. 17 Post-
amt 112. 1276

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Johannisthal.
Todesanzeige.
Am Montag, den 26. Februar,
verstarb nach kurzen schweren
Leiden unser Mitglied
Wilhelm Laval.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Rudower Kirchhofes
aus statt. 292/5
Der Vorstand.

Verbandstag der Hafnarbeiter.

Stettin, den 27. Februar 1906.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Sie dreht sich fast ausschließlich um die Frage, ob die Hausfütterung eingeführt und weitere Verbandsbeamte angestellt werden sollen.

In der Abstimmung wird den Vorlagen des Vorstandes betr. Beschäftigung des Schiffsongresses für alle im Schiffbau und in der Schiffahrt beschäftigten Arbeiter, betr. das Gegenseitigkeitsverhältnis mit 24 anderen Zentralverbänden und betr. das Regulaiv für Gaubeamter einstimmig angenommen. Die Anstellung weiterer Gaubeamter wird dem Zentralvorstand überlassen; alle darauf gerichteten Anträge werden ihm zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die Debatte über den Rassenbericht. Nach Schluss derselben wird der Kassierer einstimmig entlastet. Folgende Bestimmungen werden festgesetzt:

Für die Winnenfahrer und Klöcker sollen nach den Hauptströmen Sektionen gebildet werden. Untersektionen oder Mitgliedschaften mit besonderen Vorständen, die Prozenste für sich behalten, sollen nicht gebildet werden dürfen; vielmehr sollen die Beiträge ungefähr an die Sektionskasse abgeführt werden. Im Krankheitsfalle soll die Unterschrift des örtlichen Vertrauensmannes (nach Einsicht des ärztlichen Attestes) zur Auszahlung des Krankengeldes genügen, wenn der Erkrankte Mitglied einer Betriebskrankenkasse ist.

Vors. Döring macht darauf aufmerksam, daß der Verband sich danach auf eine Mehrausgabe von 30—40 000 M. für Krankengeld einrichten müsse.

Es folgt nunmehr der Bericht der Presse, erstattet vom Redakteur Görlich. Er verweist auf den gedruckten Bericht, in dem vor allem der vielen Verfolgungen des Blattes, insbesondere auch durch die Justiz, gedacht ist. Bei der Eigenart des Berufes und den verschiedenen Arbeitsmethoden würde ein Hervorheben der rein technischen Berufsfragen das Organ wirkungslos machen.

Der „Hafnarbeiter“ habe Polemiken mit der Parteipresse möglichst vermeiden. Seine Stellung sei angesichts der verschiedenen in der Partei herrschenden Richtungen, der Verschiedenheit etwa zwischen Rannheim-Ludwigshafen und der Hamburger oder gar der Berliner Richtung nicht leicht. Er habe nach dem Kölner und Jenaer Kongress seine Auffassung ruhig und sachlich dargestellt und die Stellung der Gewerkschaft zum Generalfreieit und der Kaiserin präzisiert. Unzufriedenheit habe nur der Artikel zum „Vorwärts“-Konflikt erzeugt. Doch hätten sich ja inzwischen die Wogen geglättet.

Marquardt-Hamburg stellt namens seiner Organisation den Antrag auf Einsetzung einer Prekommission. (Zuruf: Wo soll die sitzen? — Ein anderer: In Ludwigshafen! Große Heiterkeit.) Der Artikel über den „Vorwärts“-Konflikt, den während einer unfreiwilligen Badereise Görlich Döring verantwortlich gezeichnet habe, beweise ihre Notwendigkeit.

Winter-Hamburg: Auch der berühmte Artikel in Nr. 24 („Vorwärts“-Konflikt) erschien erst, nachdem über die ganze Affäre Groß gemacht war. Die Partei sei selbständig genug, ihre Angelegenheit allein zu regeln. Im „Hafnarbeiter“ ist ein solcher Angriff auf die Partei um so schlimmer, als er vielfach in die Hände politisch rückständiger Arbeiter kommt.

Scheef-Hamburg: Es war geradezu empörend, daß in dem Artikel die Ansicht der Berliner Genossen einfach als Instimm hingestellt wurde. Dergleichen Artikel sollen nach unser aller Wunsch künftig nie wieder erscheinen.

Vors. Döring: Von den hochgehenden Wogen der Empörung habe ich nichts bemerkt. Man hat aus dem Artikel Angriffe auf die ganze Partei, Verhöhnung des ganzen Sozialismus herausgelesen. Wohl enthielt der Vorlauf scharfe Angriffe (Abal-Rufe), aber nicht gegen die Partei, sondern gegen einzelne Handlungen und Personen. Der Artikel entsprang nicht allein aus dem „Vorwärts“-Konflikt, sondern aus einer Reihe von Vorgängen, die sich seit Jahren abgespielt haben. Man sagt, die Gewerkschaften sollten sich nicht in die Verhältnisse der selbständigen Partei einmischen. Aber dann sollen die Parteiblätter sich auch nicht in unsere Dinge einmischen. (Zuruf von Bogemann-Hamburg: Das verbiten wir uns auch!) Gewiß, aber derartig bodenlose Gemeinheiten, wie uns Delegierten von Köln an den Kopf geworfen worden sind, haben Sie in Gewerkschaftsblättern noch nie gefunden. (Zustimmung.)

Seidel-Mannheim (Bezirksleiter): Wir haben uns über den Leitartikel in Nr. 24 nicht entrüstet; wir hatten überhaupt weniger Interesse für den ganzen Vorfall.

Schlörz-Danzig: Bei uns hat die Nr. 24 keinen Staub aufgewirbelt. Im Gegenteil. Döring hat den rechtmäßigen Standpunkt der Gewerkschaften dargelegt und gerade dadurch das Gerübe der bürgerlichen Blätter über den „Vorwärts“-Konflikt widerlegt. Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch vertagt.

Kommunales.

Hoch- und Untergrundbahn.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend die Weiterführung der Hoch- und Untergrundbahn nach dem Alexanderplatz und Schönhauser Allee legte am Mittwoch seine Beratungen fort. Bei eingehender Beratung des § 8 wurden einzelne redaktionelle Änderungen beschlossen und der Antrag unserer Freunde, den Absatz 3 in § 8 (Weiterführung der Bahn vom Alexanderplatz nach der Schönhauser Allee) zu streichen, abgelehnt. Der § 1 wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Bekanntlich hatten unsere Genossen beantragt, die Linie von Alexanderplatz nach der Schönhauser Allee in eigener Regie zu bauen und zu betreiben. § 2 wurde nach längerer Erörterung ohne Änderungen angenommen. Zu § 4, Absatz 2, welcher lautet:

Die Hochbahngesellschaft verpflichtet sich, für die Bahn und spätere Erweiterungen, die zur Bahneinheit gehören, ohne vorherige Zustimmung der Stadtgemeinde keine Anträge auf Ausdehnung der staatsbehördlichen Genehmigung über den 5. November 1907 hinaus zu stellen oder den Betrieb über diesen Zeitpunkt hinaus fortzusetzen.

wurde folgender Zusatz angenommen: „Berlegt die Hochbahngesellschaft diese Bestimmungen des Vertrages, so ist sie verpflichtet, vom Tage des Vertragsbruchs ab ihre Reineinnahmen an die Stadt abzuführen.“

Der Ausschuss vertagt sich bis nächsten Montag 5 Uhr mit der Maßgabe, daß die Beratung zu Ende geführt werden muß.

Für die Pflege der Bewegungsspiele bei der Schulschule wird in Berlin immer noch nicht viel getan. Die Gemeindebehörden betrachten das wenig, was sie auf diesem Gebiete bisher gewährt haben, nicht als eine pflichtgemäße Leistung, sondern als eine Frucht ihres Wohlwollens. Zu Fortschritten bequemere sie sich nur zögernd, und lange dauert es, ehe sie anerkennen, daß ein Bedürfnis vorliegt, mehr als bisher zu tun.

Ein Fortschritt, den wir mit besonderer Freude begrüßen, soll den Berliner Kindern in dem kommenden Sommer geboten werden. Die regelmäßigen Bewegungsspiele der Gemeinde-

schulen, die in den Sommermonaten an schulfreien Nachmittagen unter Leitung von Lehrern auf neuen öffentlichen Spielplätzen abgehalten werden, waren bisher nur den Knaben zugute gekommen. Für die Mädchen fehlte es noch an solchen regelmäßigen Spielen; nur die Ferienspiele, für die auch eine Anzahl Schulhöfe hergegeben werden, waren den Mädchen wie den Knaben zugänglich. Künftig sollen nun auch für Mädchen regelmäßige Bewegungsspiele abgehalten werden. Der Magistrat plant für den diesjährigen Sommer solche Spiele und hat hierfür zunächst vier Spielplätze auszuwählen. Die Kosten dieses Unternehmens, das vorläufig nur ein Versuch ist, aber sich hoffentlich zu einer dauernden Einrichtung auswächst, sind auf ganze 1500 M. pro Sommer veranschlagt. Sie werden später einmal höher werden — die regelmäßigen Spiele der Knaben auf neuen Spielplätzen werden in diesem Sommer eine Ausgabe von 2200 M. erfordern — aber das darf für unsere Gemeindebehörden kein Grund sein, im nächsten Jahre mit der Erweiterung dieser Spiele für Mädchen, die sich hoffentlich sofort als notwendig erweist, zu zögern. Den Mädchen sind die Bewegungsspiele nicht weniger dienlich als den Knaben.

Eine Erweiterung sollen übrigens in diesem Jahre auch wieder die Ferienspiele erfahren. Der Magistrat ist bereit, die herzugehenden Geldmittel von bisher 15 000 M. auf 18 000 M. zu erhöhen. Er begründet das damit, daß diese Spiele „sich bewährt haben“ und „sich des steigenden Beluges von Kindern jedes Alters zu erfreuen gehabt haben“. Wenn wir uns recht erinnern, so war im vorigen Sommer, wie in den vorhergehenden Jahren, in der bürgerlichen Presse wieder dreist behauptet worden, diese Spiele würden nur wenig besucht und seien eigentlich überflüssig.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

Das holländische Realschulwesen hat in Berlin einen großen Aufschwung genommen. Die erste Realschule wurde Michaelis 1884 in der Luisenstadt eröffnet und die 14. zu Ostern 1905. In diesem Jahre werden wieder neue Klassen eröffnet, wodurch deren Zahl — abgesehen von den Ober-Realschulen — sich auf 168 erhöht. Unter den 6126 Schülern, die im vorigen Jahre die Realschulen besuchten, befanden sich 441 auswärtige. Die Aufwendungen für die bestehenden 14 Realschulen belaufen sich nach dem Etatsentwurf für 1906/07 auf rund 1 1/2 Millionen Mark, dem 1/2 Million Mark Einnahmen gegenüberstellen, so daß ein Zuschuß von 1 Million Mark erforderlich wird, und zwar nur für Unterrichtszwecke. Die Ausgaben für die Gebäude, Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien für die Grundstücke sind hier außer Betracht gelassen.

der reinen Werke stark in Erscheinung, so daß, wenn des Syndikats Herrschaft zu Ende ist, einige wenige Leute, die leicht zu Verschiebungen gelangen, den Markt beherrschen. So ist jetzt die Verschmelzung der Rheinischen Anthrazitwerke mit den der Kontrolle des Bergwerkes Zunk — der auch zum Aufsichtsrat der genannten Gesellschaft gehört — unterstehenden Gewerkschaften Hercules, Ver. Pörlingshagen und Ver. Dahlhauser Tiefbau geplant. In diesem Jahre soll das Aktienkapital der Rh. Anthrazit, von 8,9 Millionen Mark auf 19 000 Millionen Mark erhöht werden. Davon sollen 13 Millionen Mark für Ablösung der Gewerke der drei übrigen Zechen Verwendung finden. Durch die jetzt eingeleiteten Transaktionen wächst das Gewerke Zunk neben den Kirchorf, Thyssen, Daniel, Stinnes und einigen anderen zu einem der Hauptleute der Großindustrie heraus.

Die Getreideverschiffungen nach Europa betragen in der vergangenen Woche in Quartals, von

Table with 6 columns: Getreideart, Nordamerika, Argentinien, Australien, Rußland, Donau-Länder. Rows: Weizen, Weizenmehl, Mais, Roggen, Gerste, Hafer.

Insgesamt beliefen sich die Verschiffungen auf 2 269 000 Quartals gegen 2 430 000 Quartals in der Vormoche und 2 180 000 Quartals in der korrespondierenden Woche des Vorjahres.

Gerichts-Zeitung.

Urteil im Prozeß Schellhaas.

München, den 28. Februar 1906. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Geschworenen bejahen die gegen die Eheleute Schellhaas gerichteten Fragen, ob diese des Mordes an den Rentier Tramm schuldig sind, verneinten aber die wegen Hehlererei und Urkundenfälschung gegen den Mitangeklagten Rader formulierten Fragen. Das Gericht sprach hierauf Rader frei und verurteilte die Eheleute Schellhaas auf Grund des § 211 des Strafgesetzbuchs zum Tode. (§ 211 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.“) — Die Eheleute Schellhaas wollen die Revision anmelden. Die Revision ist nicht ganz aussichtslos, weil die Weisiger, Landgerichtsräte Pfeilschiffer und Salamoni, im Laufe der zweijährigen Untersuchung in Vertretung des Untersuchungsrichters freilich unerhebliche Verfügungen erlassen haben. Rader wurde aus der Haft entlassen.

Ein eigenartiger Redakteur. Eine Journalistenschilde wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zum Ausdruck gebracht. Der Redakteur der Zeitschrift „Kritik der Kritik“ Leo Horwitz hatte gegen den Chefredakteur der „Zeit am Montag“ Karl Schenck die Privatklage angebracht, weil er sich durch einen in der letztgenannten Zeitung enthaltenen Artikel beleidigt fühle. Die „Kritik der Kritik“ hatte in ihrer Nr. 1 einen Artikel gebracht, der dem Schriftsteller und Theaterkritiker Erich Schläpfer den Vorwurf machte, daß er sich in seinem Kritikeramt durch persönliche Motive beeinflussen lasse. Herr Schläpfer hatte darauf in der „Welt am Montag“ schon eine energische Abwehr veröffentlicht, aber auch Herr Schenck nahm in seiner Zeitung zu dieser Frage das Wort, indem er gleichzeitig mit dem Privatkläger eine kleine persönliche Abrechnung hielt. In dem sehr scharf gehaltenen Artikel wurden dem Privatkläger „Verdrehungen“, „Lügen“ vorgeworfen, er wurde ein „literarischer Säugling“ genannt, der sich seinerzeit „in schamloser Weise“ um eine Kritikerstelle beworben habe“ usw. usw. — Der Anwalt des Klägers, Viktor Bräunl, beantragte wegen der Schwere der Beleidigungen eine empfindliche Strafe! Der Angeklagte erhob Widerspruch und behauptete, daß das ganze Vorgehen des Privatklägers gegen ihn selbst und gegen einen angesehenen Kritiker ihm die Berechtigung zu einer äußerst scharfen Abwehr gegeben habe. — Das Schöffengericht erkannte bezüglich der Widerklage auf Freisprechung und verurteilte auf die Klage den Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe event. 60 Tagen Gefängnis. Dem Privatkläger wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. Daß ein Schriftsteller, und sei es der Redakteur der „Kritik der Kritik“, wegen einer abfälligen Beurteilung seiner Leistungen klagt, zeugt von keinem sehr hohen Verständnis für die Notwendigkeit einer freien Kritik. Wenn aber der Red

Angeklagten von der Verpflichtung zur Einhaltung der Dienstvorschriften.

Beamtenqualität. Das Reichsgericht hat in Übereinstimmung mit den Anschauungen des früheren preussischen Obertribunals stets anerkannt: Beamter im Sinne der Städteordnung ist jeder, der nicht nur vorübergehend zur Wahrnehmung von Beamtenpflichten angestellt ist. Dementsprechend sind die bekannten Hilfsarbeiterprozesse zugunsten der Angestellten entschieden. Es geht jetzt durch die Zeitungen eine Mitteilung über eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, nach der dies Gericht eine andere Praxis zu befolgen scheint. Es heißt dort:

„In dem Steuerstreit eines Magistrats-Bureauhilfsarbeiters D. aus Breslau, bei dem es sich um Zubilligung des Beamtenprivilegs handelte, verneinte das Oberverwaltungsgericht die Beamten-eigenschaft des betreffenden, indem es unter andern aussprach: Nach Ansicht des Gerichts sei unter der Herrschaft des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899 für die Begründung eines Beamtenverhältnisses ein notwendiges Erfordernis die Aushändigung einer Anstellungsurkunde, die hier nicht erfolgt sei. Es sei dem Kläger auch nicht gelungen nachzuweisen, daß vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. April 1900) ein Beamtenverhältnis entstanden sei. Dazu wäre erforderlich gewesen eine ausdrückliche Erklärung des Anstellungswillens oder sonst eine Handlung des Magistrats, aus der mit Notwendigkeit auf diesen Willen geschlossen werden müsse. Und von einer stillschweigenden Uebertragung eines Amtes könnte nur die Rede sein, wenn unzweideutige Handlungen, besonders die Uebertragung der Geschäfte einer innerhalb der Verwaltung schon bestehenden Amtsstelle auf den Anstellungswillens des Gemeindevorstands einen sicheren Schluß zulasse. Im Falle des Klägers lägen nun aber entgegengesetzte Tatsachen vor. Unter anderem habe er seinerzeit schriftlich erklärt, daß seine zukünftige Beschäftigung wie seine frühere nur als eine vorübergehende angesehen werde, sowie ein andermal, daß sie eine länderbare sei. Er könne sich nicht darauf berufen, daß er dies nur getan habe, um die Stellung nicht zu verlieren. Auch habe Kläger nichts dagegen erinnert, daß er vor seiner Anstellung als ständiger Hilfsarbeiter, die unter dem neuen Gesetz durch Privatvertrag erfolgte, mehrmals

entlassen worden sei. — Dem Urteil des Reichsgerichts vom 10. Februar 1898 könne das Oberverwaltungsgericht sich nicht anschließen.“ Wir werden auf das Urteil zurückkommen, sobald es im Druck vorliegen wird.

Vermischtes.

Schiffsunfall. Kiel, 28. Februar. Ueber einen Unfall, der sich bei einer Torpedoschießübung des kleinen Kreuzers „Frauenlob“ ereignete, wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Eine Seemeile nordöstlich von Glodentonne wurde ein Dampfsboot des Kreuzers „Frauenlob“ von einem ankommenden Torpedo getroffen. Das Dampfsboot und der Torpedo sind gesunken. Verletzungen des Personals haben nicht stattgefunden. Sogleich vorgenommene Tauchversuche blieben erfolglos, da wegen der beträchtlichen Wassertiefe die Taucher einem zu hohen Druck ausgesetzt sind. Ein Dampfer ist zur Hebung nach der Unfallstelle abgegangen.

Ein Familiendrama. Das „Zwidauer Tageblatt“ berichtet: Gestern in der späten Abendstunde hat in dem benachbarten Willau der 23jährige Fabrikarbeiter Stemm seine 23jährige Ehefrau durch vier Weilschläge tödlich verletzt, dann durch einen Weilschlag sein fünf Monate altes Kind erschlagen und sich selbst mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Während die Frau noch lebend, aber ohne Hoffnung auf Wiederherstellung in das königliche Krankenhaus zu Zwidau gebracht wurde, verstarb der Mann nach etwa zwei Stunden. Das Kind war sofort tot. Die Ursache zu dieser Tat ist unbegründete Eifersucht.

Die Millionpartie. Aus Venedig wird berichtet, daß dort ein Paar ausgehoben wurde, das sich die schöne Stadt der Lagunen als Terrain seiner Heiratschwindeleien ausgesucht hatte. Der Urheber der Verhaftung, ein Berliner, ist ein zweiundzwanzigjähriger Student der Jurisprudenz Ignaz Str. Der hoffnungsvolle junge Mann las vor kurzem in Berlin folgende Annonce:

„Vencianerin mit einer Million Mitgift sucht Gatten. Studierter Deutscher bevorzugt. Zu erfragen unter H. S. J. postlagernd Venedig.“

Das runde Millionchen reizte den Bruder Studio, und er ba sofort unter der angegebenen Adresse um nähere Auskunft. Nach drei Tagen schon erhielt er ein Briefchen folgenden Inhalts: „Wenn Sie der Sache näher treten wollen, müssen Sie nach Venedig kommen. Ich wohne im Hotel Vittoria. Teresa Lambrecht.“ In der Freude seines Dergens setzte sich der heiterlustige Student sofort in den Zug, der gen Italien fährt und traf am 20. Februar in Venedig ein. In dem angegebenen Hotel fand er seine Teresa Lambrecht nicht vor, wohl aber ein neues Briefchen von ihr, in dem sie ihn für 3 Uhr nachmittags zu einem Stelldichein auf dem San Marco-Platz einlud, unter genauer Angabe der Erkennungszeichen. Auf dem Platz traf Str. ein schwarzbraunes Weibchen in mittleren Jahren und einen hochgewachsenen blonden Mann, der sich John Pustalier nannte und soeben erst aus New-Orleans eingetroffen sein wollte. Zu seinem Leidwesen erfuhr der Berliner Jüngling von der Lambrecht, daß die angebotene Millionärin nicht in Venedig, sondern in Treviso in der Villa Armann wohne, und daß er daher noch eine kleine Reise machen müßte. Diese Reise wollten Teresa und John mit ihm aber nur dann antreten, wenn er bereit wäre, ihnen ihre „Auslagen“ für Korrespondenzen, Reisen usw. mit 200 Lire zu bezahlen. Wenn einem eine sichere Million in Aussicht steht, kann man schon 200 Lire Trinkgeld geben und so besann sich unser Berliner seinen Augenblick und gab in seinem Enthusiasmus sogar noch etwas mehr als 200 Lire. Darauf verabredete man für 5 Uhr eine Zusammenkunft am Bahnhof, von dem aus man nach Treviso fahren wollte, um die Million zu erobern. Der Jüngling war pünktlich zur Stelle, aber die braune Lambrecht und der geheimnisvolle Mann aus New-Orleans ließen sich nicht blicken. Mit echt deutscher Gründlichkeit und Geduld wartete der Berliner bis tief in die Nacht hinein, und als der Morgen graute, war er noch immer oder schon wieder da, um die Züge nach Treviso abfahren zu sehen. Da entschloß sich der betrogene Jüngling endlich, den deutschen Konsul von seinem Mißgeschick in Kenntnis zu setzen. Den Bemühungen der Polizei gelang es dann, das Schwindlerpärchen bei einem Zimmervermieter zu entdecken und festzunehmen.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht.

3 Tage für Handschuhe

Ein Posten	Damen-Glaçé mit kleinen Fehlern, schwarz, weiss, farbig	58 Pfg.
Ein Posten	Damen-Glaçé mit Druckverschluss oder 3 Knöpfen, schwarz, weiss, farbig	85 Pfg.
Ein Posten	Damen-Schwedisch Leder, farbig, mit Druckverschluss oder Knöpfen	1 ²⁵
Ein Posten	Damen-Ziegenleder, farbig, 2 Druckknöpfe	1 ⁹⁰

Donnerstag, Freitag, Sonnabend,

Damen-Confektion

Soweit der Vorrat reicht.

Bluse	aus hübschen, leichten, karierten Stoffen	95 Pf.	Kleiderrock,	fussfrei, aus Stoffen engl. Charakters	3 ³⁵
Bluse	aus feinen Baumwollstoffen, in Lawntennisstreifen, engl. Façon	1 ⁷⁵	Kleiderrock,	fussfrei, aus gutem, dunkelblauem Cheviot	4 ³⁵
Bluse	aus guten, dunkelgestreiften Wollstoffen, ganz gefüttert,	2 ⁴⁵	Kleiderrock,	fussfrei, elegante Façons, gute Stoffe	6 ⁸⁵
Bluse	aus modernsten Wollstoffen, hell und mittelfarbig, ganz gefüttert,	3 ⁷⁵	Kleiderrock,	aus gutem schwarzen Cheviot, gefüttert, hübsch besetzt	5 ³⁵
Bluse	aus gutem schwarzen Cloth (Wiener Bluse! Sehr praktisch!)	4 ³⁵	Kleiderrock,	aus gutem schwarzen Satin, gefüttert, reich besetzt	7 ⁵⁰

Machen Sie einen Versuch mit Dänischem

Kapitän-Kautabak

gesetzlich geschützt!

und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe am besten schmeckt.

(5 u. 10 Pf.-Rollen u. Schleifen.)

Nur echt mit Zettleinlage.

Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.
× × Amt VII, 3861. × × 212L*

Kapitän-Cigaretten

gesetzlich geschützt!

— unerreicht in Qualität durch Mischung —
der feinsten türkischen Tabake.

Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.
× × Amt VII, 3861. × × 211L*

Volkskaffee und Speisewirtschaft
Prinzenstr. 73, neben der Turnhalle. 1582*
Mittags- und Abendtisch, Speisen von 20 Pf. an in großer Auswahl. Bonillon und Kaffee zu jeder Tageszeit. Großes Vereinszimmer, empfiehlt
Heinrich Hoppe, früher Alderstr. 21.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

H. & P. Uder

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5651L*
Amt 4, 3014.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn

N. 39, Gerichtstr. 10 am Hochplatz.

Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.

Komplette bunte Küchen von 56 Mark an
sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren
nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.

Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**

Engros-Vertrieb: **Romain Talbot, Berlin S.**

Warenhaus

FR. PFINGST & CO

Ecke Neue Friedrichstrasse

Berlin C., Königstrasse 33

Direkt am Alexanderplatz

Eröffnung



unseres neuen Geschäftshauses
heute Vormittag 8 Uhr

FÜHRER:

Parterre

Kurzwaren, Posamenten
Weisswaren, Spitzen
Handschuhe, Strümpfe
Herrenwäsche, Krawatten
Herrenhüte Parfümerie
Bijouterie, Galanterie
Lederwaren
Schreibwaren, Bücher
Konfituren

1. Etage

Kleiderstoffe
Seidenwaren, Sammete
Leinen- und Baumwollwaren
Tischwäsche, Taschentücher
Kinder- und Damenwäsche
Trikotagen, Korsetts, Schürzen
Blumen, Federn, Putz
Schirme und Stöcke
Kinder-Mützen, Tapissierie

2. Etage

Damen-Konfektion
Blusen
Kinder-Konfektion
Schuhwaren
Herren-Garderobe
Teppiche, Gardinen
Steppdecken, Tischdecken
Portieren, Möbel-, Läuferstoffe
Erfrischungsraum

Kostümröcke
Unterröcke
Morgenröcke
Pelzwaren

3. Etage

Wirtschafts-Artikel
Holzgalanterie, Korbwaren
Lampen, Spielwaren
Nickel- und Bronzeware

Photographische Artikel
Abteilung für Lebensmittel
Konserven - Weine - Liköre

4. Etage

Photographische Ateliers

Fahrstühle bis zur 4. Etage.



Ihre **Qualitätseigenschaften** erklären, warum sich **Joseetti-Cigaretten** unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen.

Die **grosse** Anzahl, welche von denselben verkauft wird, warum derartig feine Cigaretten so billig abgegeben werden können.

Wenn sie weniger populär wären, müssten sie **teurer** verkauft werden. - Cigaretten „gerade so gut“ kosten zweimal so viel.

JOSETTI CIGARETTEN

sind das Resultat mustergiltiger Mischung, welche die **Qualitätseigenschaften** feiner, vollreifer türkischer Tabake am besten zu voller Geltung bringen, würzig aromatisch, gehaltvoll und doch lieblich mild.

Joseetti

Joseetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Joseetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Reichels Universal-Magenpulver
Wagenhäufend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend. Stets prompt in seiner Wirkung. Dose M. 1.-, 3 Dosen M. 3.50 (fr. Verl. Otto Reichel, Berlin 49, Eisenbahnstr. 4.)

Hygienische
Bedarfsartikel. Nonesst-Katalog m. Empfehlung viel Ärzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichsgraben 11/12

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes **erstklassiges Solidaria-Fahrrad**. Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen **Teilzahlungen**.
Annahme Mk. 30, 30 bis Mk. 50; Abzahlung monatlich Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reichsräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 50 an ab. Auch Zubehörteile wie Laufräder, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No.



Husten, Heiserkeit, Reizhusten
Hustentropfen
überraschend schnell und sicher. Nur sonst, wenn mit Marke „Medico“ verschrieben. Flasche 50 Pf.
Gehälftlich in den Drogerien und bei **Otto Reichel, Berlin 50.43 Eisenbahnstr. 4.**

Von der **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**
sind bisher folgende Hefte erschienen: 233/9*

Heft 1
Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller
Nah in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2
Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3
Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Virchow
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.

Heft 4
Der Achtstundentag von Dr. Jabel
Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung. (Bergrüßen, die zweite Auflage erscheint in circa 14 Tagen.)

Heft 5
Alkoholfrage und Arbeiterklasse . von Dr. Frühlich
Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.

Heft 6
Das Schulkind von Dr. Silberstein
Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Schulschleiers.

Heft 7
Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten
von Dr. Gebert
Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8
Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes
Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.
Jedes Heft kostet 20 Pfennig.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Sophien-Säle Berlin C., Sophienstr. 18.
4 neuverbaute **Festsäle**
sind unter den kulantesten Bedingungen täglich zu vergeben. . . .
XXXXXX 10 Vereinszimmer. XXXXXX

Graumanns Festsäle
Bühne! **Naunynstr. 27.** 3 Kegelbahnen
Achtung! Vereine! Samstags, Sonntags im April, Mai und Juni noch frei.
Gustav Graumann.

Voigts „Krampenburg“
gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
auf einer von herrlichen Waldungen umgebenen Halbinsel am Zangen- und Zedlin-See und der Großen Krampe gelegen. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 2 Dampfanlagen, 3 große Säle, circa 3000 Personen fassend, schöne Restaurationsräume, Veranden, Terrassen, 35 Meter hoher Aussichtsturm, Kegelbahnen, Kaffeehaus, Ruderboote, prächtige Spielplätze im schönsten Hochwald, Golfbelustigungen aller Art stehen zur Verfügung, gute Bewirtung (auch Beiblenausgang) zu soliden Preisen. - Jeweils Abstände für Sommerpartien erlaube größere Vereine, Familien usw. um baldigste Rückfrage in meinem Berliner Lokal **H. Voigts Ritterstraße, 8., Ritterstraße 75.** Uchtungsboell
552* **Robert Voigt.**

Restaurant Bellevue
früher Rieck-Werder
Waltersdorfer Schleuse, Werderstraße 37
am Flakensee
empfiehlt sich den geehrten Vereinen etc. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer. 2582*

H. Greifenhagen Nachfolger

Brunnen-Strasse 17-18. Veteranen-Strasse 1-2.

Extra billiger Verkauf in Glacé-Handschuhen, Strümpfen, Tricotagen, Schirmen soweit der Vorrat reicht.

Diese selten wiederkehrende Gelegenheit bitten wir ausgiebig wahrzunehmen.

Damen-Glacé-Handschuhe

Ein Posten (zum Teil mit kleinen Fehlern), Paar	58 Pf.
Ein Posten mit 2 Druckknöpfen, farbig u. weiss, Paar	95 Pf.
Ein Posten bessere Qualität, zwei Druckknöpfe, farbig und weiss. Paar	1.25 M.
Ein Posten Ia Qualität, zwei Druckknöpfe, farbig und weiss. Paar	1.65 M.
Ein Posten weisse Herren-Glacéhandschuhe, Paar	75 Pf.

Tricotagen

Ein grosser Posten Herrenhemden, Herrenhosen, Herren- u. Damen-Jacken etc. mit und ohne Fehlern
in Maccó-Baumwolle, Vigogne, Halbwole u. Wolle

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Wert bis 2,00	Wert bis 3,00	Wert bis 4,00	Wert bis 5,00
95 Pf.	1.45 M.	1.95 M.	2.85 M.

Ein Post. Knaben- u. Mädchen-Hosen in Vigogne 65 Pf.
Ein Post. Velour-Echarpes, sechsfach kariert 85 Pf.
Ein Post. Corsetschoner 14, 23, 35, 45 Pf.

Schirme

Ein grosser Posten **Damen- und Herren-Schirme** in guten, haltbaren Qualitäten.

für Damen:	95 Pf.	1.45	2.45	3.45	4.95 M.
für Herren:	1.95	2.45	3.45	4.95 M.	

Reinseidene Garantie-Schirme für Damen und Herren.
1000 Tage Garantie gegen regulären Verschleiss in den Lagen
Stück 4.95 M.

ca. **18000** Paar Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Kinderstrümpfe und Söckchen, ganz bedeutend unter regul. Wert

Serie I	II	III	IV	V	VI
Paar	15,	25,	35,	48,	65, 95 Pf.

Gaukonferenz des Holzarbeiter-Verbandes.

Am 25. Februar fanden sich die Delegierten des Berliner Gaus im „Edorado“ zu Frankfurt a. O. ein.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Gauvorstandes

erhält Gauvorsteher Stusche das Wort. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die letzten beiden Jahre recht arbeitsreich, aber auch erfolgreich gewesen sind.

Die Diskussionsredner sind mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufrieden. Dem

Rassenbericht, den Leopold Berlin gibt, ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 25 347,95 M. eine Ausgabe von 25 215 M. entgegensteht.

Am Nachmittag des ersten Sitzungstages referiert R. Leopold Berlin über:

Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen.

Er führte aus, daß man bei Anwendung der Kampfmittel darauf bedacht sein müsse, daß dieselben Erfolg versprechen. Hier liege aber noch vieles im argen, es werden oft an einer Stelle ganz nutzlos die Mittel verbraucht, und an anderer Stelle, wo der Erfolg ganz sicher wirkt, fehlen dieselben zur Führung des Kampfes.

Ein größerer Teil der Diskussionsredner ist mit den Ausführungen Leopolds nicht einverstanden. Thiemer-Spandau verlangt, daß bei Lohnregelungen energischer seitens der Organisation eingeschritten wird.

daß er von einzelnen Diskussionsrednern falsch verstanden worden ist, er stellt richtig, er habe nicht gesagt, daß man sich alles von den Arbeitgebern bieten lassen soll, wie ihm einige Redner unterstellt haben.

Am zweiten Sitzungstage hielt Reihner-Frankfurt einen Vortrag über

Agitation.

Er führte aus: Es komme darauf an, die verschiedenen Arten der Agitation richtig anzuwenden, um den Erfolg derselben zu sichern. Bei der Agitation in der Werkstatt ist es notwendig, daß sich der Agitator die Achtung der gesamten Mitarbeiter erwirbt, dann wird es ihm möglich sein, neue Mitglieder der Organisation zuzuführen und zu erhalten.

Die Diskussionsredner sind mit den Ausführungen meistens einverstanden. Einzelne bemerken, daß man nicht schablonisieren solle. Schneegaz tritt dafür ein, daß die Agitation recht vielseitig gestaltet werden muß, um dauernden Erfolg zu erzielen.

Hierauf referiert Erner-Berlin über

die Einführung der Krankenunterstützung im Holzarbeiterverband.

Er wies auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hin, von der die Gegner derselben behaupteten, sie sei verderblich für die Organisation. Was ist nun davon eingetroffen? Gerade das Gegenteil. Die Organisation hat große Fortschritte gemacht.

Hierzu haben sich 32 Diskussionsredner gemeldet. Nachdem sieben Redner dagegen und sieben dafür gesprochen, bleiben noch 18 übrig, die alle dafür votierten.

Verfammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Ueber „Soziale Strömungen“ sprach Genosse Düvell in einer Volksversammlung am 27. Februar in Habels Brauerei. In seinen Ausführungen bezeugte der Redner den zahlreichen Einwänden und Scheingründen der Gegner der Sozialdemokratie. Da wird behauptet, daß die Lage der Arbeiter sich gegen frühere Zeiten bedeutend gehoben habe, die Löhne seien gestiegen und die Ansprüche gewachsen.

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenmaderstraße 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Friß, Pringelstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Frankfurter Allee 79. — SO.: Paul Böhm, Rauhherweg 14/15 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Buchi, Reibellstraße 42 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding: Karl Weike, Bienenstraße 41/42. — Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adlerstr. 36, Eingang Anklamstr. — Gesundbrunnen: F. Trapp, Rügenstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Höfenerstr. 123. — Alt-Gliencke: Reinhold Schulz, Rudowerstr. 88. — Charlottenburg: Gustav Charuberg, Selenbühlstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — Wilmersdorf: Georg Heese, Berlinstr. 46, Laden. — Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg: Otto Seidel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, l. — Grünau: D. Blume, Biltorfstr. 2. — Rixdorf: R. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — Schmargendorf: Gustav Kaminski, Cunostraße 2. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Tempelhof: R. Müller, Berlinstr. 41/42. — Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edlstr. 10, l. — Nieder-Schöneweide: Bonafonsch, Haselwerderstr. 1d. — Johannisthal: Franz Hünold, Blomendorferstr. 7. — Adlershof: Erich Steiner, Reuterstr. 8, l. — Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenmaderstr. 4b. — Köpenick: Friedrich Boldt, Grünstr. 4. — Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Röhre, Duppelstraße 8, und Dr. Schellhase, Hornstraße 15a. — Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — Baumschulenweg: Eiod, Grünstr. 2, l. — Treptow: R. Boigt, Ellenstr. 37, vorn III l. — Neu-Weißensee: W. Weste, Sedanstr. 105, part. — Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurisch, Preussingstraße 108, II. — Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Borchwalde, Schubarstraße 43. — Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Mühlentstr. 73. — Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hankels Ablage: Alfred Gräß, Eichwalde, Kronprinzstr. 82, l. — Teltow: Hermann Krüger, Reuterstr. 2. — Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — Spandau: Röhren, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

Die Möbel-Fabrik

A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5

empfehlen Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt geübter Ausführung in jeder Holz- und Stahlarbeit sowie auch Holzwaren eigener Fabrikation zu außerordentlich billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Beste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.



Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen u. s. w.

33.- 30.- 27.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 9.50 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe u. s. w. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 10 M.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Inventur-Ausnahmepreis

Mit kleinen Webfehlern! Eine große Partie echter

Plüsch-

Tischdecken

mit reicher Stickerei ca. 33% unter Preis!

Table with 3 columns: Size (cm), Price (M.), Value (M.). Rows include 130x130 cm (6.75 M., Wert 10.00), 140x140 cm (7.85 M., Wert 15.00), 130x180 cm (10.50 M., Wert 16.00), 145x175 cm (13.50 M., Wert 22.50).

Nach außerhalb per Nachnahme.

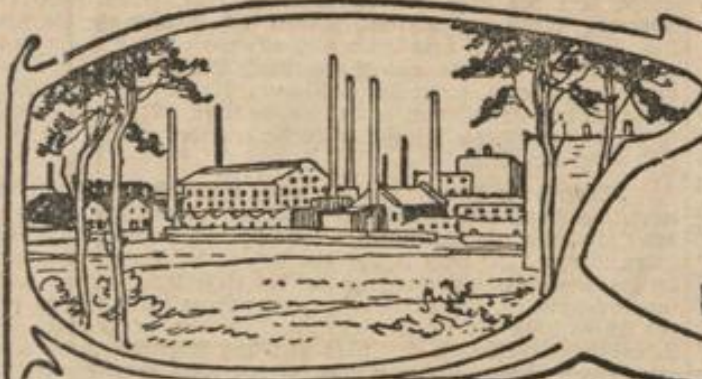
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranien-Strasse 158.

Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Verkaufe mein 20 Jahre bestehendes Material, 200 u. Gemäldegalerie (H. G. G.). Beste billig. Was. Palentons-Beigeburgerstr. 70.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 50. Donnerstag, den 1. März 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Parteigenossen, am Freitag, den 2. März, abends 7 Uhr, findet Flugblattverbreitung statt von den bekannten Stellen aus. Es ist Pflicht jedes Genossen daselbst pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Jühdorf (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 25. Februar, starb unser treuer Genosse Karl Schröder nach kurzen, schweren Leiden.

Vorort-Nachrichten.

Die Liebesgabe des Landpfarrers.

Vor einigen Wochen hatten wir mitgeteilt, daß der in Zettig bei Güntersberg a. D. wohnende Pastor Vorhauer einen von dort nach Berlin verzogenen Jungen brieflich gemahnt habe, für seine Konfirmation dem Herrn Pastor die ihm gebührende Gans oder gleichwertige 3 Mark zuzumachen. Der Mahnbrief war nicht etwa an die hiesigen Angehörigen des Jungen oder an seinen Lehrherrn (bei dem er wohnt) gerichtet worden, sondern ganz unbedenklich an den Jungen selber. Als dann der Vorhauer durch schriftliche Anfrage bei dem Herrn Pastor festzustellen suchte, ob denn der erwähnte Brief überhaupt echt sei, bekam er von dem Pastor eine Antwort, in der die Echtheit bestätigt und die Mahnung erneuert wurde. Wir haben diese beiden Briefe im Wortlaut veröffentlicht und hinzugefügt, durch sie werde in eigenartiger Weise die Stellung beleuchtet, die so ein Landpfarrer in seiner Gemeinde einnimmt.

Inzwischen ist nun zur Kenntnis des Pastors Vorhauer gelangt, daß seine Rede im „Vorwärts“ mitgeteilt worden sind. Er hat daraufhin einen dritten Brief geschrieben, in dem er dem Jungen dominiert wegen der Veröffentlichung macht und im übrigen auf die ihm zukommende Konfirmationsgäbe verzichtet. Der Brief lautet: „Gieber K.! Im November vorigen Jahres richtete ich die Bitte an Dich, mir zu bezahlen, was Du für Deine Konfirmation mir schuldig bist. Du hast mich keiner Antwort gewürdigt, auch Deine Schuld nicht bezahlt. Dagegen erfahre ich, daß mein Brief an Dich im „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Blatt, veröffentlicht ist. Ich hoffe, Du hast doch noch eine Empfindung davon, wie beschämend es ist, nicht für mich, sondern für Dich, daß mein Brief, der vertraulich an Dich gerichtet war, auf diese Weise veröffentlicht ist. Ich verzichte auf die 3 Mark, die Du mir schuldig bist, und werde dieselben nun aus meiner eigenen Tasche bezahlen. Trotz des Gespötes des „Vorwärts“ will ich als Dein ehemaliger Seelsorger aber nicht unterlassen, Dich noch einmal recht dringend und herzlich an Deinen Konfirmationspruch zu erinnern. Mit bestem Gruß bleibe ich Dein B. Vorhauer, Pfarrer.“

Der Herr Pastor klagt über „Gespöte“ des „Vorwärts“. Hat er unseren Artikel überhaupt gelesen oder ist ihm nur davon erzählt worden? Wir hatten in jenem Artikel uns mit Vorbedacht jedes „Gespötes“ enthalten, weil es uns lediglich darauf ankam, den kulturhistorisch beachtenswerten Tatbestand festzustellen und ihn der Nachwelt zu überliefern. Aus demselben Grunde und auch der Vollständigkeit wegen veröffentlichen wir jetzt auch den dritten Brief, trotz des Geklagtes des Pastors. Uebrigens läßt die Bemerkung in diesem dritten Brief, Pastor B. werde die drei Mark nun aus eigener Tasche bezahlen, darauf schließen, daß er die lebende Gans oder die drei Mark für eine Pfarrergehaltskasse einfordern mußte, an die er sie abzuliefern gehabt hätte. Dann hätten wir es nicht zu tun mit einer Liebesgabe in dem engeren Sinne, der den Berlinern geläufig ist, sondern mit einer althergebrachten Abgabe, die man als Liebesgabe weiteren Sinnes bezeichnen kann. Unter dieser Voraussetzung würde aber die Idee, die Gans beziehungsweise die drei Mark von dem Jungen selber einzufordern, noch befremdlicher erscheinen.

Für uns entsteht hier noch die Frage, was der Rendant der Pfarrergehaltskasse mit all den lebenden Gänsen anfängt, die ihm von den Konfirmanden dargebracht werden. Rästet er sie, um sie nachher zu versilbern, oder werden sie in natura dem Pfarrer als ein Teil seines Gehaltes überwiesen? Vielleicht kann uns Herr Pastor B. darüber belehren. Er selber aber möge sich einmal die Frage vorlegen, was ein Berliner Kaufmannslehrling (auf dem Niveau des ersten Briefes hatte ihn Pastor B. als Maurerlehrling bezeichnet) dazu sagen soll, wenn ihm sein in Zettig wohnender Pastor schreibt, er — der in Berlin wohnende Lehrling — solle dem Herrn Pastor eine Gans (gemeint war eine lebende, wie der zweite Brief ausdrücklich hervorhob) zukommen lassen.

Zur Gemeindevahlbewegung.

In Steglitz erstente sich eine am Montag abgehaltene öffentliche Wählerversammlung, in der der Kandidat des ersten Bezirkes, Genosse Ahmann, unsere kommunalpolitischen Forderungen erläuterte, eines guten Besuches. Am Montag, den 5. März, haben es die Wähler in der Hand, auch ihr Teil zur Befragung unserer Gemeindevahlbewegung beizutragen, indem sie für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen abgeben. Zur jeder Arbeiter seine Pflicht, dann muß der Sieg unser werden. In der Diskussion sprach Genosse Leimbach einen Artikel aus dem Organ des Mietervereins, der „Steglitzer Zeitung“. Aus dem Artikel geht ebenso wie aus der kürzlichen Rede des Redakteurs in der Gemeindevahlbewegung aufs deutlichste hervor, daß diese Leute niemals als Vertreter der Arbeiterschaft gelten können; deshalb kann auch kein Arbeiter dem Kandidaten des Mietervereins seine Stimme geben. — Gegner waren nicht anwesend. Die „Vollstübchen“ schienen sich entweder oder halten sich für zu gut, zu den

Anhängern der „sogenannten Arbeiterpartei“ (wie sich das Mieterorgan geschmackvoll ausdrückt) zu geben. Deshalb wurde befürwortet, auch die Versammlungen, die von jenen „Arbeiterfreunden“ einberufen werden, nicht zu besuchen. Man lasse die Volksbegleiter hübsch unter sich — über zu starken Besuch werden sie sich dann nicht zu beklagen haben.

Die Kommunalpolitik der Gemeinde Zehlendorf läuft darauf hinaus, Zehlendorf zu einem vornehmen und sehr gesuchten Villenort zu machen. Zum Gemeindevorsteher haben wir nun glücklich einen ehemaligen Bürgermeister und brauchen hinter anderen größeren Orten nicht zurückstehen. Reichlich wurde das Geld hergegeben, um eine höhere Mädchenschule und ein Gymnasium zu bauen. Um mit dem letztgenannten Bau zu renommieren, wurde die Schule am Rangier- und Güterbahnhof erbaut. Natürlich ist das für die Schüler und Lehrer ganz ungewöhnlich, da durch das Geräusch der Unterwelt gestört wird. Großes Entgegenkommen finden bei uns die Bau- und Terrängegenossen, für die die Gemeinde sogar große Bauten (Bahnhof Beckenstraße) ausgeführt hat. Daß dabei einige Prozesse angestrengt wurden, bei welchen die Gemeinde zur Zahlung von zirka 72 000 Mark verurteilt wurde, sei nur nebenbei bemerkt. Revision ist ja eingelegt, aber der Ausgang sehr fraglich. An Kirchenbauten fehlt es auch nicht. Kaum ist die evangelische Kirche eingeweiht, trägt man sich schon mit dem Gedanken des Baus einer katholischen. Die Arbeiterbevölkerung kann sich eines solchen Entgegenkommens nicht rühmen. Es hat sogar den Anschein, als ob man nur eben so viel Arbeiter am Orte haben möchte, daß man gerade die unbedingt nötigen Bauarbeiter, Portiers, Gärtner, Diener, Waschk- und Aufwartefrauen stellen kann. Nur in einer Beziehung ist für das „Wohl der Arbeiter“ gesorgt, nämlich durch Ankauf des Restaurants „Fürstentof“ durch die Gemeinde. Es befindet sich auf diesem Grundstück im Gegenatz zu dem vornehmen „Fürstentof“-Restaurant eine Stehbarke, die vorwiegend von auswärtigen Arbeitern besucht wird. Diese rentiert sich so gut, daß aus dem Ertrag die gesamte Verzinsung des Anlagekapitals bestritten wird. Das nennt man doch wenigstens eine vom sozialen Geiste getragene Kommunalpolitik. Möge die Arbeiterschaft endlich erkennen, daß in diese Interessen- und Claqueurwirtschaft mit dem eisernen Felsen dazwischen gefahren werden muß. Die bevorstehenden Gemeindevahlen bieten Gelegenheit dazu, Leute in die Vertretung zu schicken, die es an der nötigen Kritik dieser Zustände nicht fehlen lassen.

Ober-Schöneweide. Zu der am 3. März stattfindenden Gemeindevahl nahm eine öffentliche Versammlung Stellung. Genosse Brunow erstattete den Bericht über die Tätigkeit unserer Vertreter. In demselben schloß sich eine lebhaft Diskussion, in welcher die einzelnen Vorgänge in der Gemeinde einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Einwohnerversammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter einverstanden. Sie erhebt Protest gegen die Bewilligung von Gemeindegeldern für Kirchenbauten und Alterheime aus Anlaß der Silberhochzeit usw. Vor allen Dingen ist das ungeredete Klassenwahlrecht schuld daran, daß die Mehrheit der Einwohner in der Gemeinde rechtlos ist und deshalb eine Klassenvertretung besteht. Die Versammlung erklärt, dafür sorgen zu wollen, daß dieses Wahlrecht verschwindet, und die Interessen der Gemeinde in die Lage kommen, ihre Kirchenbauten selbst zu bezahlen.“

Bezüglich der Kandidatenfrage wurde beschlossen, für den ersten Bezirk den Genossen Brunow, der wegen Ablauf seiner Wahlperiode ausscheidet, wieder aufzustellen. Im zweiten Bezirk ist infolge des Beschlusses über die Vermehrung der Vertreterzahl die Wahl eines Haus- oder Grundbesitzeres erforderlich. Der Vorstand des Wahlvereins empfahl der Versammlung in Anbetracht dessen, daß uns geeignete Haus- oder Grundbesitzer-Kandidaten nicht zur Verfügung ständen, im zweiten Bezirk Wahlhaltung zu befolgen. Die trüben Erfahrungen, die hier und anderweitig mit Kandidaten gemacht worden sind, die nicht aus der Reihe der aktiv tätigen Genossen kommen, sprechen dafür, in solchen Fällen von der Wahl abzusehen. Von einem Jünglein an der Woge der Abstimmungen kann bei der Zusammensetzung der Gemeindevahlbewegungen in Bezug auf unsere Genossen auch nicht die Rede sein. Unser Wirken begrenzt sich hauptsächlich auf die Kritik dieser Interessensvertretungen, und hiervon müsse ausgiebiger Gebrauch gemacht werden. Die Versammlung stimmte dem zu. Demzufolge haben nur die Wähler des ersten Bezirkes zu wählen. Betont wurde aber, daß der Wahlverein ein wachames Auge auf die Kandidaten haben werde, die seitens des Bürger- und Grundbesitzervereins aufgestellt werden, um im geeigneten Augenblick, wenn von dieser Seite Kandidaten kämen, die auf alle Fälle zu allem Ja und Amen sagen, das entscheidende Wort zu sprechen.

In Tegele stellte die Mitgliederversammlung des Wahlvereins als Kandidaten zur Gemeindevahl den Genossen Max Lichtenberg auf.

In Reinickendorf-Ost gilt es diesmal, das fünfte und letzte Mandat der dritten Abteilung zu gewinnen, außerdem soll versucht werden, in der zweiten Abteilung Fuß zu fassen und so in die Hausbesitzermajorität Presse zu legen. Als Kandidat der dritten Abteilung fungiert Genosse Schiller. Der Kandidat für die zweite Wählerklasse soll in einer noch stattfindenden Versammlung aufgestellt werden. Auch der westliche Bezirk hat beschlossen, sich in der zweiten Klasse an der Gemeindevahlbewegung zu beteiligen und den Restaurateur Otto, Berlinerstraße, als Kandidaten aufzustellen. Am Sonntag, den 11. März, soll ein Flugblatt verbreitet werden und am Montag, den 12. März, findet im Restaurant Denter, Nordbahnstr. 22, eine öffentliche Gemeindevahlbewegung statt.

Rixdorf.

Einen gewissen Maßstab für die rapide Entwicklung Rixdorfs gibt die umfangreiche Tätigkeit der städtischen Hochbauverwaltung. Mehrere Bauten sind neben der Projektierung weiterer ständig in der Ausführung. So jetzt der Rathausbau und die Schulhäuserbauten. Die Skizzen für das neue Strandhaus werden ja wohl nun auch ihrer endgültigen Feststellung nicht mehr fern sein und bald — hoffen wir, recht bald — wird dann endlich Rixdorf durch den Baubeginn einer energischen Förderung seiner Bürgerchaft entsprechen und auf dem Gebiete des Gesundheitswesens in die Reihe moderner Großstädte einrücken. — Drei weitere Projekte werden in Kürze ihrer Verwirklichung zugeführt werden. Auf dem Hinterlande des Realgymnasiums in der Kaiser Friedrichstraße soll für die Vorzucht ein eigenes Gebäude mit einem Kostenaufwande von 150 000 Mark errichtet werden. Vorgesehen sind außer einem Gefangensaal und den nötigen Nebenräumen zwölf Klassenzimmer. Die Entwürfe für die in der Emserstraße zu errichtende Realschule sind jetzt gleich-

falls, nachdem das Provinzial-Schulkollegium diese nach einigen kleinen Änderungen genehmigt hat, fertiggestellt. Auch die Ausführung dieses Schulbaues wird nicht lange auf sich warten lassen. — Die geplante Errichtung einer höheren Mädchenschule mit Turnhalle und Direktorenwohnhaus auf dem städtischen Grundstück in der Berlinerstraße, gegenüber der Hohrechtstraße, ist in zweifacher Hinsicht als wünschenswert zu bezeichnen. Einmal der Zweckbestimmung an sich wegen, dann aber auch deshalb, weil die unter dem Namen „Die Kasse“ bekannten baufälligen Baracken vom Erdboden verschwinden werden. Die Schule soll nach dem Projekt auf dem Hinterlande des geräumigen Grundstücks ihren Platz finden. Der Zugang wird durch eine 20 bis 30 Meter breite, etwa die Fortsetzung der Hohrechtstraße bildende kurze Straße hergestellt, die in ihrem mittleren Teile gärtnerisch ausgeschmückt werden soll. Am Ende dieser Zugangsstraße ist der Mittelbau der Schule oder vorgelegert, an den sich links und rechts die weiteren Flügel anschließen. Die Flächen an der Berlinerstraße beabsichtigt der Magistrat, wie wir hören, als Paarparkellen zu veräußern. Ob dies notwendig oder wünschenswert ist, möchten wir bezweifeln. Sollte sich nicht auch für diese Grundstücke ein städtischer Verwendungszweck später finden? Beispielsweise wird doch sicher in diesem Stadteil einmal ein Standesamt oder eine Steuerklasse oder ein ähnliches Bureau gebraucht werden.

856 Ausfiker von Privatfahrzeugen sind im Monat Dezember wegen Befahrens der Straßenbahnlinien durch Rixdorfer Polizeibeamte festgehalten worden. Die Fahrer des Straßenbahndepots in Rixdorf hatten sich bei der dortigen Polizei beschwert, daß der Straßenbahnverkehr durch das Befahren der Schienen, besonders seitens der Ausfiker von Mäul-, Rost- und Steinwagen, unangenehm beeinflusst werde. Der Polizeipräsident hat daraufhin eine Verfügung erlassen, durch welche die Straßenpolizei angewiesen worden ist, streng auf die Durchführung der im verkehrspolizeilichen Interesse gegebenen Bestimmungen zu achten und gegen Zuwiderhandelnde ohne weiteres vorzugehen.

Ein alter Abonnent bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Ein Pompadour mit zirka 35—36 Mark Inhalt, sowie Damenuhr und einige geschäftliche Nachrichten ist am Sonntag früh 10 Uhr auf dem Wege vom Hermannplatz bis Blücherplatz abhanden gekommen. Der Verlust ist um so schmerzlicher, da es die Ringe sein sollte. Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen gute Belohnung das Gefundene abzugeben bei Hans, Rixdorf, Rainerstr. 54.

Die Bauarbeiten für die Verbindungsbahn Rixdorf-Nieder-Schöneweide sind soweit vorgeschritten, daß mit der Gleisoberlegung begonnen werden kann. Ein schwieriges Stück Arbeit bildet hierbei die Herstellung der Anschlüsse an der Abzweigung bei dem Bahnhof Rixdorf, woselbst die neue Bahnstrecke eine größere Anzahl Gleise des Güter- und Personenbahnhofs zu kreuzen hat. Die Eröffnung der Bahnstrecke, auf welcher vorläufig nur Pendelzüge verkehren werden, ist für den 1. Oktober in Aussicht genommen.

Ein ganzes Geschäft zusammengekauft. Unter dieser Epithete brachten wir gestern eine Notiz, nach welcher der Hausdiener Rudolf Gläsen sich aus dem Seifenverandhaus „Heimchen“ in der Rindstraße 23 ein eigenes Geschäft zusammengekauft hat. Die Aufdeckung der Diebstähle hat nun zu einer weiteren Verhaftung geführt. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß noch ein zweiter Hausdiener mit Namen Friedrich an den Diebstählen teilgenommen. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung des F. in der Willibalds-Alerisstraße wurden für etwa 800 Mark gestohlene Waren vorgefunden. Jedenfalls hatte F. die gleiche Absicht, sich, sobald das Warenlager „besser assortiert“ war, selbständig zu machen. Uebrigens kommen in der Diebstahlsache noch weitere Teilnehmer in Betracht und es stehen auch neue Verhaftungen bevor.

Ein Schauspieler auf der Bühne angeschossen. Ein tragischer Vorgang spielte sich Mittwoch abend während der Vorstellung auf der Bühne des Variété-Theaters in der Hermannstr. 20 zu Rixdorf ab. Aufgeführt wurde das Volksstück „Am Tage des Gerichts“ mit der Charakterdarstellerin Marie Contrelly als Gast. In einem der Auftritte muß ein Schuß gefeuert werden. Als nun der Darsteller, der zu schießen hatte und der hinter den Kulissen auf sein Schicksal wartete, den Revolver in der Hand hielt, muß er unvorsichtlich mit der Waffe umgegangen sein, denn plötzlich entlud sich der Revolver, ein Schuß trachte und die ganze Pulverladung drang dem dicht dabei stehenden Schauspieler Hermann S. aus der Hintersch. 20 in das Gesicht. Augen und Gesicht wurden entsetzlich verbrannt. Da sich der Vorgang hinter der Bühne abspielte, wurde er von den Zuschauern nicht bemerkt; man glaubte, der Knall gehörte zum Stück. Ein sofort hinzugerufener Augenarzt mußte konstatieren, daß die Sehkraft auf dem einen Auge des Verletzten vernichtet war. Das zweite Auge glaubt man erhalten zu können. S. wurde auf seinen Wunsch in seine Wohnung gebracht.

Schöneberg.

Eine Schreckensszene, bei der zahlreiche Personen in größter Gefahr schwebten, rief vorgestern nachmittags am Kaiser Wilhelmplatz in Schöneberg ungeheure Aufregung hervor. In der Nähe des Rathauses hatten sich auf der Straße Menschenmengen, darunter auch viele Kinder, angesammelt, um sich die festliche Ansammlung des Platzes anzusehen. Plötzlich kam von der Kolonnenstraße herunter ein schengenordenes Gespann in wilder Karriere sährelos dahergerast und raste direkt auf die Menschenmenge zu. Schreie des Entsetzens ertönten und der gefährdeten Passanten, die sich infolge des starken Gedränges kaum auf die schlagenden Bürgersteige zu retten vermochten, bemächtigte sich große Aufregung. Im Moment der höchsten Gefahr stürzte sich der auf Posten stehende Schutzmann Lomb den wilden Tieren entgegen und warf sich ihnen in die Hügel. Er wurde zwar eine Strecke mitgeschleift, doch gelang es ihm schließlich durch einen geschickten Griff, die Pferde zum Stehen zu bringen.

In dem gestrigen Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung ist ein Irrtum unterlaufen. Es ist dort gesagt, daß die obligatorische Fortbildungsschule eingerichtet werden soll, wenn der Staat die Hälfte des Zuschusses beitrage.

Weißensee.

Am Dienstag fand in Weißensee die feierliche Eröffnung der vom Verein zur Errichtung eines Säuglingskrankenhauses zu Berlin eingerichteten Säuglingsklinik unter zahlreicher Beteiligung statt. Nach einer Feier im Amtshaus, die von dem Gemeinde- und Amtsvorsteher Herrn Dr. Böll geleitet wurde, begaben sich die Teilnehmer zur Verfertigung der Klinik in das Haus Parkstr. 81, in dem die ersten vier Betten eingerichtet waren.

Nummelsburg.

Eine Arbeitsordnung, wie sie nicht sein sollte, hat die Gemeindeverwaltung von Nummelsburg für die von ihr in den verschiedenen Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter erlassen. Die Arbeitsordnung kennt nur strenge Pflichterfüllung auf Seiten der Arbeitnehmer, jeder Verstoß gegen die Arbeitsordnung wird mit sofortiger Entlassung bestraft. Dagegen scheinen auch die selbstverständlichen Rechte der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer — wie Beschwerderecht, Wahl eines Arbeiterausschusses — der Nummelsburger Gemeindeverwaltung böhmische Dörfer zu sein. Dafür bestimmt aber § 2, daß nur solche Arbeiter eingestellt werden, welche sich dieser Arbeitsordnung bedingungslos unterwerfen. So ist nach § 4 jeder Arbeiter verpflichtet, zu jeder Zeit — ob bei Tage oder Nacht — zur Arbeit zu erscheinen. Im Weigerungsfalle tritt sofortige Entlassung ein. Für Zutritt zum Werk für jede angefangene Stunde $\frac{1}{10}$ des Tageslohnes in Abzug gebracht, geschieht dies häufiger, so ist Entlassung zu gewärtigen. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden, im Winter $8\frac{1}{2}$ Stunden. Es erhalten die noch nicht 45 Jahre alten Arbeiter den horrenden Lohn von 21 M. pro Woche, die über 45 Jahre alten Arbeiter dagegen einen Stundenlohn von 35 Pf. Die unbefristeten Nachbesetzungen der Gemeindeverwaltung gegenüber ihren Arbeitern sind für sämtliche Betriebe einem sogenannten Straßenmeister übertragen.

Da die Gemeindeverwaltung von ihren Arbeitern die Befolgung der Arbeitsordnung auf das strengste verlangt, so sollte man andererseits auch von der Gemeindeverwaltung verlangen, daß sie sich ebenfalls nach den Bestimmungen richtet. Der folgende Fall scheint uns aber das Gegenteil zu beweisen. Die Arbeitsordnung legt für die Zeit vom 1. Februar bis 15. März die Arbeitszeit von früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bis 5 Uhr nachmittags fest. In der vorigen Woche wurde nun plötzlich befohlen, von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr zu arbeiten, und als ein Arbeiter auf Grund der Arbeitsordnung sich die bestehende Anfrage erlaubte, ob die längere Arbeitszeit als Leberstunden extra bezahlt würden, erhielt er die freundliche Auskunft, da jetzt nach Wochenlohn bezahlt würde, gebe es keine extra bezahlten Leberstunden. — Dem's nicht paßt, der kann gehen. Als nun zwei Arbeiter diesen gütigen Rat befolgten, fragte der freundliche Straßenmeister auch die übrigen Arbeiter, ob sie ihre Papiere ebenfalls haben wollten, sie könnten dieselben auch sofort bekommen. Es meldete sich aber niemand weiter. Entweder sich fügen oder fliegen ist hier die Parole.

Auf Antrag unserer Parteigenossen in der Gemeindevertretung haben die Arbeiter und andere in der Gemeinde beschäftigten Personen eine einmalige Feuerungszulage von 50 M. erhalten; sollen nun vielleicht durch diese Verlängerung der Arbeitszeit diese 50 M. aus den Arbeitern wieder herausgewirtschaftet werden?

Lichtenberg.

Ein dreier Diebstahl ist in der Gemeinde-Gasanstalt in Lichtenberg verübt worden. Dort wurde in der Nacht ein zehn Meter langer Zwickel, der einen Wert von etwa 500 M. repräsentiert, von der Transmissionswelle herab gestohlen, obwohl das Anstaltsgrundstück von einem Wächter, der einen scharfen Hund bei sich führt, ununterbrochen bewacht wird. Der Diebstahl erscheint uns so rätselhafter, als der Täter zur Ausführung bediener unbedingte längere Zeit gebraucht hat und die Tore zu dem Grundstück sämtlich verschlossen waren.

Zegel.

Im Zegeler See ertrunken ist der Bootsführer Hermann Fischer, der auf einem Lastkahn tätig war. Auf bisher noch nicht ermittelte Weise war er von dem Fahrzeug in den See gefahren und konnte trotz der sofort vorgenommenen Rettungsversuche nicht mehr an die Oberfläche gezogen werden. Gestern nachmittag ist die Leiche des Ertrunkenen unweit des Porphyr-Ablageplatzes gelandet und von der Polizei nach der Leichenhalle gebracht worden. Hinterläßt Frau und Kinder.

Pankow.

Für den Spielesunterricht in den Volksschulen wurden von der Schulkommission 540 M. gefordert, welche auch bewilligt wurden. Aus Anlaß der Hochzeitsfeier am Hofe wurden 400 M. zu Festkräften für die Volksschulen bereitgestellt. Ein Antrag unserer Genossen, diese Summe zur Anschaffung von Lehrbüchern für bedürftige Kinder zu verwenden, wird abgelehnt. — Der Spürhund der Kriminalbeamten, welcher der Gemeinde pro Jahr 120 M. Futterkosten verursacht, ist desertiert und bis jetzt noch nicht zur Gemeindeuntertruppe zurückgeführt. Da der Hund sich einige Jahre im Kriminaldienst vollständig ausgebildet hat und sein Verschwinden mit dem des Raubmörders Hennig zusammenhängt, so behaupten Angehörige, daß er eines Tages den Hennig an die hiesige Kriminalpolizei abliefern wird.

Treptow-Dammhülseweg.

Eine emsige Tätigkeit entfaltet zurzeit unsere Polizei. Es handelt sich hierbei nicht etwa um die Verhaftung des Hennig oder anderer mit schweren Verbrechen behafteter, sondern um die Auslösung der Wohnungsverhältnisse unserer Parteigenossen Gemeindevorordneten L. Hofmann. In der Köpenicker Landstraße 51, welches Haus zu Nixdorf gehört und dessen Eingemeindung von den betreffenden Körperschaften schon vor längerer Zeit beschlossen worden ist, hat Hofmann ein Lokal gemietet, um, wenn die Konzeption hierfür erteilt ist, dahin überzusiedeln. Bis zu diesem Zeitpunkt hat er in dem Hause, in welchem er schon $1\frac{1}{2}$ Jahre gewohnt hat, ein Zimmer bezogen, welches von einem Mieter abgemietet ist. Dem Herrn Amts- und Gemeindevorsteher genügt es aber nicht, daß aus dem Meldedienst die vorchriftsmäßige Anmeldung und auf dem Steueramt die prompte Steuerzahlung erfolgt ist. Er schickt einen Beamten, welcher sich erkundigen mag, ob Hofmann auch wirklich ein Zimmer gemietet hat und ob sich darin auch zwei Betten befinden. Aber nicht genug damit, der Beamte erkundigt sich auch nach dem Verwalter, ob Hofmann im Hause wohnt und ob er, der Verwalter, die Anmeldung auch selbst unterschrieben habe, was alles bejaht wurde. Man sollte meinen, jetzt wäre die Polizei befriedigt, aber weit gefehlt! Der Verwalter wird in „eigener Sache“ — nicht nach dem Polizeibureau, sondern nach dem Gemeindebureau beordert und ein hochnotpeinliches Verhör veranstaltet, aber ohne den gewünschten Erfolg. Auch der Hausbesitzer, welcher in Nixdorf wohnt, wurde in Anspruch genommen. Der gute Herr will jetzt selbst nach dem Polizeiamt und Hofmann abmelden, er vergißt aber, daß man ohne Grund niemand aus der von ihm gemieteten Wohnung entfernen kann, auch der Amtsbehörde zuliebe nicht. Ob sich die Ortsbehörde auch von denjenigen Gemeindevorordneten, welche den sogenannten bürgerlichen Parteien angehören und in Berlin ihren Wohnsitz haben, die Seiten zeigen läßt, wissen wir nicht. Wir fragen aber, was bedeutet diese ganze polizeiliche Aktion? Mangel an der Behörde an Arbeit? Wenn dieses der Fall, sind wir bereit, derselben geeignete Arbeit zu verschaffen.

Als vor noch nicht langer Zeit unsere Genossen im Gemeindeparlament beantragten, die Jahresrechnung vervielfältigen zu lassen und sie den Gemeindevorordneten zuzustellen, wurden dieselben mit der Begründung abgewiesen, daß die Beamten schon genügend zu tun hätten. Man sieht aber, mit welchen Arbeiten die Beamten belastet werden.

Rosfen.

In der letzten Wahlerversammlung wurden die Genossen Zausenfreund und Hoberg als Delegierte zur Generalversammlung am 11. März gewählt. Am 18. März soll aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Vereins im Schinckel'schen Lokale ein Stiftungsfest mit einem reichhaltigen Programm arrangiert werden. Genosse Rodow wünscht eine bessere Agitation unter den Frauen. Ausgeschlossen wurde das Mitglied Schmeibendorf, weil er sich Handlungen zuschulden kommen ließ, die sich mit unseren Anschauungen

nicht vereinigen lassen. Zum Schluß wurde noch auf regere Benützung der Bibliothek aufmerksam gemacht.

Hertzfelde.

Am Sonntag, den 25. v. Mts., hielt der Wahlverein seine Mitgliedsversammlung ab. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Trennung von Strauß in der Weise stattgefunden habe, daß die hier vorhandene Bibliothek in das Eigentum unseres Vereins übergeht, ebenso 20 Mark, welche Strauß uns überlassen hat. Sodann erließ der Genosse Stoff Bericht von der Gemeindevorordneter-Konferenz und Genosse Schröder von der Kreisdeputation in Nummelsburg. Da Genosse Brämer die Zeitungspedition niederlegte, wurde dieselbe dem Genossen Wislang übertragen. Zum Schluß wurden die Genossen erzuht, möglichst viel Genossen für unseren neuen Wahlverein heranzuziehen und für Verbreitung der Arbeiterblätter zu agitieren. — Ferner wird noch bekannt gegeben, daß das Lokal zum Kaiserhof, Gastwirt Steinicke, der Arbeiterchaft jetzt zur Verfügung steht.

Köpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zur Feier des dreißigjährigen Stiftungsfestes der freiwilligen Feuerwehr beantragt der Magistrat, 200 M. zu den Unkosten aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Genosse Herbst wendet sich gegen die Bewilligung. Er und seine Freunde achten und schätzen die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr als eine gemeinnützige. Es gebe aber nicht an, zu solchen Privatgesellschaften städtische Mittel zu bewilligen. Zur allgemeinen Heberaushebung stimmte die Versammlung den Ausführungen unseres Genossen zu und lehnte mit 18 gegen 14 Stimmen die geforderte Summe ab. Der Antrag der Schulkommission, 600 M. zu bewilligen für Mehrverbrauch von Kohlen für das Etatsjahr 1905/6, wurde nach längerer Debatte und, nachdem festgestellt war, daß ein Schuldiener für seine Wohnung in einer Woche, anfangs Dezember 1905, 7 Zentner Kohlen verbraucht hatte, von der Tagesordnung abgesetzt und die Baukommission beauftragt, eine Nachprüfung der Feuerungsanlagen in der betreffenden Schule vorzunehmen. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, aus Anlaß der silbernen Hochzeitfeier des Kaiserpaars 600 M. zur Unterstützung von 30 würdigen und bedürftigen Kriegsveteranen zu spenden, wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Dem Antrage des Magistrats, einen Landmesser anzustellen, wurde zugestimmt. Das Gehalt soll 2000 M., steigend bis 4100 M. und 400 M. Pensionsentschädigung betragen.

Bei der am Sonntag stattgehabten Gewerbeprüfung machten von 1020 eingetragenen Wählern nur 605 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gewählt wurden mit je 605 Stimmen die Genossen Fritz Bold (Arbeiter), Adolf Sonntag (Tischler), Eduard Dietche (Bauarbeiter) und Bernhard Dietche (Färber). Als Stellvertreter wurden gewählt die Genossen Hermann Koad (Weizer), Franz Kahlenberg (Metallarbeiter), August Langmann (Handels- und Transportarbeiter) und Alfred Rothe (Bauarbeiter).

Pankow.

Lebhaftes Klagen werden über die miserablen Verhältnisse der Kreischauffee Tempelhof-Südende-Pankow geführt. Diese Chauffee soll sich in einem Zustande befinden, der Fußwerkern das Befahren nur mit äußersten Schwierigkeiten ermöglicht. Infolge der vielen Steigungen können Lastfahrwerke es kaum wagen, die Chauffee zu benutzen. Der Kutscher, der das aus Unkenntnis tut, läuft Gefahr, stecken zu bleiben. Wollen Fuhrgänger die Chauffee benutzen, so müssen sie sich schon mit langen Stiefeln versehen, und tritt gar Regenwetter ein, so muß der Waghalter, der die Chauffee benützt, des Schimmels kundig sein. Für Nachfahrer ist das Passieren nur mit Lebensgefahr verbunden. Es wäre wirklich Zeit, daß der Kreis sich seiner Pflicht bewußt würde.

Potsdam.

Die Errichtung einer Volkshochschule in Potsdam gehört zu denjenigen städtischen Aufgaben, die schon längst erfüllt sein sollten. Durch die Eingabe des hiesigen Naturheilkundigen K e i d e l betreffend den Bau einer Schwimm- und Badeanstalt an den Magistrat und die Stadtverordneten ist diese für die Volksgesundheit äußerst wichtige Einrichtung wieder mal aus der magistratischen Verwaltung aus Tageslicht gebracht worden. Die eigenartige Behandlung dieser doch im Interesse der gesamten Bürgerchaft liegenden Angelegenheit, die bereits an 20 Jahre ihrer Erledigung harzt, veranlaßt den Stadtd. W e d e m a n n in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu einer recht drastischen, aber leider zutreffenden Kritik der rüchständigen Verhältnisse in der zweiten Reichstadt. Gegnähig waren die Ausführungen des Deputierten, Stadtrats J w i d e r, zu diesem Thema, der um das Projekt herumging, wie die Sache um den heißen Brei. Es ist eben die alte Geschichte, doch wird sie in Potsdam auch jetzt wieder neu: für gemeinnützige Zwecke ist niemals das nötige Geld vorhanden; für Einzugsfeierlichkeiten und andere Hofdienste finden sich aber immer noch Mittel. So haben die städtischen Körperschaften aus Anlaß der kommenden Hochzeitsfeier die zuerst auf 800 M. festgesetzte Summe allein für die Illumination des Rathauses auf 1500 M. erhöht. Diese Erhöhung hat allerdings ihre recht durchsichtigen Gründe, denn sie erfolgte sofort nach dem „wohlwollenden“ Dankschreiben des Kaisers auf die Geburtstagsgratulation der städtischen Behörden.

Berliner Nachrichten.

Preussischer Verkehrsverschnitt. Man könnte auf den Gedanken kommen, die Angelegenheiten, die zum Ressort des Ministers für Handel und Industrie gehören, würden im Landwirtschaftsrat oder in der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ erledigt, wenn man folgende Zuschrift eines Speditors an die „D. Tz.“ liest: Der Teltowkanal soll demnächst zur Erleichterung des Verkehrs eröffnet werden; es soll aber beabsichtigt sein, derartig hohe Kanalabgaben zu fordern, daß von der neuen Verkehrsstraße weder die Schiffahrt noch die Kaufmannschaft viel Gebrauch machen können. Während z. B. die Fracht von Hamburg nach Breslau über Berlin inklusive Kanal- und Schleusenabgaben und Dampfschlepplohn zusammen für 1000 Kilogramm 8 M. beträgt, sollen bei Benutzung des Teltowkanals gezahlt werden 0,80 M. Kanalabgabe und 1,85 M. Zwangsschlepplohn für 37 Kilometer a 5 Pf., also mehr: 2,45 M. oder 41 Proz. Verteuerung der Fracht nach Breslau über Teltow. Noch erheblich höher ist die Verteuerung nach Berlin 8. Tempelhof. Die Fracht inklusive aller Kanal- und Schleusenabgaben und Dampfschlepplohn von Hamburg nach Berlin kostet zusammen für 1000 Kilogramm 8 M., hierzu können nach Tempelhof 0,60 M. Kanalabgabe und 1,25 M. für 25 Kilometer Zwangsschlepplohn, also mehr: 1,85 M. oder 23 Proz. Verteuerung der Fracht durch den Teltowkanal nach Tempelhof. Während andere Kanäle und Schleusen nur 3 bis 11 Pf. für 1000 Kilogramm Zoll und keinen Zwangsschlepplohn erheben, soll für den Teltowkanal Zoll bis zum 80fachen Betrage zur Erhebung gelangen, womit schon vor Eröffnung die Schließung des Kanals dekretiert sein würde, da weder ein Speicher noch eine Fabrik bei einer Ertragsabgabe von 1,85 M. pro Tonne bestehen kann und die Durchgangsschiffahrt auch keine Zugunsgaben zu machen in der Lage ist, sondern den billigsten Weg wählen muß.

Omnibus durch die Zimmerstraße. Die neuen Omnibuslinien mit Pferdebetrieb, die wir angekündigt hatten, sind sämtlich eröffnet. Eine weitere neue Linie beabsichtigt die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft demnächst einzurichten. Sie erhält im Anschluß an die bestehenden 32 Linien die Nummer 33, an die sich wiederum die geplanten Automobillinien 34 bis 39 anschließen werden. Die neue Linie soll den Potsdamer Ringbahnhof mit dem Küstriner Platz verbinden. Sie erhält in der Köpenickerstraße beim Eingang zu dem Bahnhof ihre Endstelle. Von dort geht sie durch die Köpener- und Königsgräberstraße zur Prinz Albrechtstraße, durch die Zimmer-, Jerusalem-, Kräusen-, Kommanbanten- und Leipzigerstraße bis zum Spittelmarkt, weiter durch die Wall-, Insel- und Köpenicker-

straße, über das Engelufer, die Schillingbrücke, ferner durch die Andreas-, Preßlauer-, Koppeln-, Wabert- und Bruckstraße bis zum Küstriner Platz. Die neue Linie wird also vor allem die Straßenbegradigung bringen, ferner den Potsdamer Platz auf dem schnellsten Wege mit dem Spittelmarkt in Verbindung setzen. Anders wichtig ist ferner die dadurch hergestellte Verbindung des Ostens mit dem Südwesten der Stadt.

„Schließt die Türen!“ Die Königliche Eisenbahndirektion warnt neuerdings durch rote Plakate das Publikum vor Unfällen, die durch das Offenlassen der Abteiltüren der Stadt- und Ringbahnzüge entstehen können. Sie weist darauf hin, daß es den Bahnsicherheitsbeamten bei der kurzen Haltezeit der Züge auf den einzelnen Stationen nicht immer möglich ist, alle Türen ordnungsgemäß zu schließen, und daß das Türöffnen der bereits fahrenden Züge für die Beamten mit Lebensgefahr verbunden ist. Aber auch das Publikum kann durch offengebliebene Türen schwer verletzt werden. So sprangen gestern aus dem Abteil zweiter Klasse eines von Charlottenburg nach Grünau fahrenden Zuges zwei anscheinend angetrunkene Herren, während sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte. Großen Charlottenburg und Savignypark kam auf dem Nebengleise ein anderer Zug entgegen gefahren. Die Lokomotive des letzteren ritz die offengebliebene Abteiltüre mit den Achsen aus den Türrahmen und zerstückelte sie, so daß die Glassplitter im Abteil umherflogen, als ob eine Bombe in dasselbe geschleudert worden sei. Glücklicherweise hatten alle Fahrgäste das Abteil gemieden, weil die zwei bezeichneten Herren die Folgen der Aneignerei dort zurückgelassen hatten. Pötte Passagiere in dem Abteil gefessen, so wären sie schwer verletzt worden.

„Wer wird Ihnen denn zu diesem Zweck einen Tauschein ausstellen?“ Diese Antwort gab der Kaiser der Elisabethkirche am 26. v. M. einem Arbeiter, welcher zum Zwecke des Austritts aus der Kirche einen solchen für sein gutes Geld verlangte. Auf den Hinweis, daß das Gericht laut Vorladung einen Tauschein verlangt, erklärte der geschickte Herr: „dann muß ich erst von höheren Orts eine Anweisung erhalten, sonst mache ich mich ja strafbar.“ Da vermutlich mit „höheren Orts“ nicht der Turmwächter gemeint ist, beabsichtigt die Berliner Freireligiöse Gemeinde die Sache in die Hand zu nehmen und dem betreffenden Arbeiter Rechtschutz zu bewilligen. Der Herr Kaiser wird dadurch in die Lage kommen, die zutreffenden Kosten zu zahlen und sich dann die Anweisung „höheren Orts“ erteilen lassen.

Wegen unglücklicher Liebe hat gestern die 24jährige Martha Klarnier, Wöhlertstraße 2 wohnhaft, zu dem Modestoff gegriffen. In fast hoffnungslosem Zustande wurde sie in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert. — Todlich wirkte das Gift bei dem 45jährigen Kaufmann Karl M. aus der Kesselfstraße 24. Der Lebensmüde hatte wegen einer unheilbaren Krankheit Selbstmord verübt. Seine Leiche kam in das Schauhaus.

Reiche Erntetage haben die Taschendiebe aus Anlaß der Festlichkeiten am Hofe gehabt. Wohl noch niemals dürfte die „Gelegenheit“ für diese Diebespezialisten so günstig gewesen sein als an den vergangenen drei Tagen. Ganz besonders waren die Langfinger am Montagnachmittag während des Einzuges der Prinzessin und am Abend bei der Illumination rege tätig. In der Leipzigerstraße waren sieben Verhaftungen vorgenommen. Es war auch ein harter „Rapun“ von außerhalb zu verzeichnen. Die Diebesgrößen nahmen vorübergehende Gelegenheiten stets wahr und scheuen keineswegs die Gefahr, die ihnen bei derartigen „Geschäftsreisen“ entziehen. Eine Reihe der vorgenannten Taschendiebe hatten aber diesmal großes Pech; sie wurden nicht mehr nach ihrer alten Wirkungsstätte zurückgeführt.

Einen glücklichen Griff machten Embreder, welche in der gestrigen Nacht in das Zigarrengeschäft von Simon, Spandauer Brücke 12, eingedrungen waren. Von 30 jährige Waise Zoge vorher gewaschen und die gesamte Wäsche, um sie am folgenden Tage zur Rolle zu bringen, ebenfalls nach dem Laden gebracht. Die Embreder stahlen den gesamten Wäschevorrat im Werte von mehreren Hundert Mark, ferner 140 Mark Bargeld, für etwa 15 Mark Wertgegenstände der Badefahrtsgesellschaft, sowie auch einen größeren Posten Zigarren und Zigaretten.

Eine freudige Heberaushebung wurde gestern einer jungen Mutter zuteil, die einen Straßenhändler der Linie 4 zur Fahrt nach der Charité benutzt hatte. Unmittelbar wurde sie von dem erwarteten Ereignis überrascht und wurde Mutter eines kräftigen Knaben. Der junge Weltbürger wie seine Mutter wurden mittels Drofsche nach der Charité übergeführt.

Vermißt. Der Kellerarbeiter Otto Franke, am 26. November 1881 in Berlin geboren, Velle-Allianzstr. 54 bei seiner Mutter wohnhaft gewesen, wird seit dem 18. Februar d. J. vermißt. Er war längere Zeit wegen Lungenleidens in ärztlicher Behandlung, verließ zum ersten Male nach seiner Krankheit die Wohnung, um spazieren zu gehen, und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Franke ist 1,75 Meter groß, hat blonde kurzgeschorene Haare, blonde Augenbrauen, graublau Augen, lückenlose Zähne, kleinen blonden Schnurbart, blaue Gesichtsfarbe und schlanke Gestalt. Bei seinen Fortgehen war er bekleidet mit schwarzen Winterüberzieher, innenbig Monogramm O. F., dunkelgrauem weichen Filzhat mit Firma Wiede, Lindenstraße, dunkelgrauem Jachttanzg, schwarzen Samstiefeln, weißer Wäsche und schwarzer Kravatte. Unglück wird vermutet, auch ist Selbstmord nicht ausgeschlossen. Nachrichten über den Vermissen werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/3, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich und mündlich zu 1280 IV. 6. 06 entgegengenommen.

Ein schwerer Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern mittag an der Ecke der Lessing- und Prenzlauerstraße zugetragen. An der dortigen Haltestelle hatte die 30jährige Frau Maria Schütz, Altonaerstr. 20 wohnhaft, einen Straßenbahnwagen des Ringes 3 verlassen und war um den Waggon herumgegangen, um sich auf den anderen Bürgersteig zu begeben. Sie bemerkte dabei nicht, daß auf dem Nebengleis ein Straßenbahnwagen vorübergefahren kam, wurde niedergedrückt und überfahren. Die Verwundeten, die einen Verwundeten und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, fand im Krankenhaus Wobbit Aufnahme.

Ein fatales Malheur. Während eines an sich unbedeutenden Brandes, der gestern nachmittag (Mittwoch) in einem Keller, Lindenstraße 115, ausbrach, ereignete sich der sehr seltene Fall, daß die Dampfpräge in Brand geriet und die Feuerwehr ihr eigenes Fahrzeug löschen mußte. Petroleum und Heilmaterial waren auf der Dampfpräge in Brand geraten und da die Flammen die Arbeiter ergriffen, so mußten die Mannschaften schnell eingreifen, um das Fahrzeug zu retten.

Verkauf von Lysol. Durch Bundesratsbeschl. ist der Verkauf von Lysol und verwandten Präparaten wesentlich eingeschränkt worden. Es sind nämlich der „Apotheker-Ztg.“ zufolge die Kreisverordnungen, Lysol, Lysolöl usw. in die Abteilung 8 des Giftgesetzes eingereiht worden. Sie dürfen in unbedünntem Zustande oder in Lösungen, die mehr als 1 Proz. enthalten, nur an zuverlässige Personen und nicht an Kinder abgegeben werden.

Feigen gesucht. Personen, welche den Hergang der Schlägerei am Sonntag, den 25. Februar d. J., früh 6 Uhr, vor dem Hause Mariannenstr. 34 (1 Radfahrer mit 2 oder 3 Männern und mehreren Frauen) beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse an Paul Rippe, Subenerstr. 23, zu senden.

Der Verband der Maurer ersucht um Aufnahme folgender Zellen: Bei dem am 24. Februar stattgefundenen Rasenball in der Königsbahn, Große Frankfurterstr. 117, vom Verbands der Maurer, Bezirk Ost 1, ist ein Damenportemontais mit Inhalt gefunden worden. Abgehoben bei H. Weier, Remerstr. 64, III.